

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustriertes Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnungs-
 stelle. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 3 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Recen-
 sion und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (fest-
 gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schluß-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Ersteilte Geld außer Montag.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 19. Januar 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Blutiger Wahlrechtskampf!

Wieder hat der Polizeisäbel auf den Schrei der Entrechteten nach dem gleichen Recht geantwortet, wieder ist das Blut von Wahlrechtsdemonstranten in Deutschland geflossen! Blutkaufe ist dem neuen Abschnitt des Wahlrechtskampfes geworden, der in Sachsen gegen die empörenden Pläne der Reaktionskräfte auf erneute schändliche Entrechtung des Proletariats entbrannt ist.

Den beiden blutigen Dezembertagen des Jahres 1905 in Dresden, dem 17. Januar in Hamburg, dem 12. Januar 1908 in Berlin schließt sich ein neuer Bluttag an, der 17. Januar 1909 in Dresden! Zum dritten Mal schon ist in den Straßen Dresdens Arbeiterblut um das Wahlrecht geflossen. Immer ist's derselbe Verlauf. Wenn die Massen im heißen Zorn auf die Straße strömen, um dieses letzte Mittel anzuwenden, ihren Protest gegen die Schmach, die man ihnen antut, den Herrschenden zu Gehör zu bringen, so sind sie in den Augen der Verteidiger des Unrechts wilde Horden, die mit Waffengewalt im Zaum gehalten werden müssen. So ist es die Aufgabe der Polizei, zu verhindern, daß der, den es am meisten angeht, der Monarch, das demonstrierende Proletariat, die Masse der Unzufriedenen, der Rebellen, erblicke. Der Schloßbezirk wird abgesperrt und wagt sich die Schar der Demonstranten heran an die Kette der sperrenden Polizisten, in dem Bestreben, den ihr gelassenen Spielraum bis zum letzten Schritt auszumessen, die Wirkung der Demonstration möglichst intensiv zu gestalten, so ist der Kriegsfall für die Polizei gegeben. Es ist ihr einerlei, daß die Menge sich durchaus friedlich verhält. Das Herankommen an die Kette, das Verweilen, das Demonstrieren durch Rufe und Gefangung gilt als Herausforderung, als Bedrohung der Sperrenden. Im Gehirn eines überreizten, nervös überreizten Kommandeurs bildet sich schnell die Vorstellung, daß die Masse sich anschicken könnte, ihn und seine Mannschaften zu überrennen und daß ihm schwere Pflichtvernachlässigung und mangelnde Schmeid zum Vorwurf gemacht werden müßten, wenn die „Aufrihrer“ bis ans Schloß gelangen könnten. Schnell erläßt er die bekannte wirkungslose dreimalige Aufforderung zum Auseinandergehen, die die dichtgedrängte Menge nicht befolgen kann. Er läßt die Säbel ziehen und er wartet nicht etwa ab, ob die Menge einen Versuch machen werde, gegen die Kette anzugehen, er überlegt nicht, daß eine Arbeiterschaft, die im selben Dresden erst vor wenigen Wochen im gewaltigen geschlossenen Zuge bewiesen hat, daß sie musterhafte Disziplin zu halten weiß, auch auf dieser Stelle ihre Besonnenheit zu bewahren wissen wird, wenigleich die Empörung über unerträgliche Schmach sie schüttelt. Er läßt ohne weiteres drei hauen, da seine unerfüllbare Forderung nicht sofort erfüllt wird!

Und nun wiederholt sich das alte traurige Schauspiel, das bei allen diesen Gelegenheiten und das Blut der Scham ins Gesicht treibt! Söhne des Volkes hauen auf Volksgenossen wie auf gefährliche Bestien ein. Schlagen um sich in wilder Wut, schlagen auf fliehende ein, auf Weiber, verfolgen die Flüchtenden in die Hausflure. Ein Blutausch raßt. Selbst der Samariter, der die Verwundeten verbindet, ist vor der Polizeiklinge nicht sicher. Fast hätte der Handhabender von Breslau einen würdigen Nachfolger in Dresden erhalten. Und gleichzeitig brachen die Geheimpolizisten in die Massen ein. Wer ein Hoch auf das freie Wahlrecht ausbringt, ist ihr Jagdobjekt. Der Gummischlauch saust. Der Entrechtete hat innum zu sein im Massenstaate. Sein Schrei nach dem gleichen Recht beunruhigt die guten und braven Staatsbürger, er ist gefährliche Ordnungstörung, zum mindesten frecher grober Unfug!

Nach der Polizei wird die Klassenjustiz die „Rebellen“ lehren, daß sie nicht fordern, daß sie nicht protestieren dürfen, daß sie Schmach nicht Schmach und Unrecht nicht Unrecht nennen dürfen!

Und auch sie wird nicht Ruhe schaffen im Lande! Ebensovwenig wie die attackierende Polizei die Demonstration beenden und unterdrücken konnte. Der Polizeisäbel konnte Arbeiterköpfe blutig schlagen, die Kundgebung des Volkszorns, die Demonstration des entschlossenen Proletariats konnte die Macht der Gendarmen nicht hindern. Der Anblick der von einem einzigen Willen zusammengeführten Proletariatscharen ist den Herrschenden nicht erspart geblieben. Und diese feste Entschlossenheit, die sich in dem festen Zusammenhalten der Massen nach der Polizeiatade kundgab, sie ist uns der Gewinn des Tages!

In ihr liegt die Gewähr, daß der Wahlrechtskampf weiter geht, daß Sachsens Proletariat nie wieder in summer Ergebung das Wahlunrecht zu tragen lernen wird!

Und der Wahlrechtskampf in Sachsen wird den Wahlrechtskampf in Preußen aufpeitschen und das Blut unserer Brüder, das die Straßen Dresdens färbte, soll die Proletarier Preußens anfeuern zum Kampfe!

Auf den Blutsonntag in Dresden antwortet der Wahlrechtskampf! In Sachsen wie in Preußen!

Ueber die Ereignisse in Dresden wird uns berichtet:
 Dresden, 17. Januar.

Am Sonntag vormittag 11 Uhr tagten in Dresden - Altstadt vier große Volksversammlungen, die sich mit der Vierklassenentrechtung beschäftigten. Obwohl eine Stunde vor Beginn der Protestkundgebungen ein arges Unwetter tobte, bei dem Regen, Schnee und Hagel miteinander zu wetzeln schienen, die Demonstration zu Wasser zu machen, waren schon lange vor der festgesetzten Zeit sämtliche Lokale überfüllt und mühten abgesperrt werden, obwohl die Polizei eine behäufliche Ueberfüllung zuließ, um nach Möglichkeit Ansammlungen auf der Straße zu verhindern. Die versammelten Massen waren von Entrüstung und Kampfstimmung befeuert. Mit särmischen Kundgebungen wurde die vernichtende Kritik der Redner aufgenommen und unter lebhafter Bewegung kam zum Ausdruck, daß die Dresdener Arbeiterschaft das neue Wahlrechtschauspiel einmütig verwirft.

Während dieser Zeit strebten die oberen Sehtausend der sächsischen Landeshauptstadt in Droschken, Equipagen und Automobilen nach dem Gewerbehause auf der Oststra-Allee, wo der Kolonialsekretär Dernburg über die deutsche Kolonialberückslung einen Vortrag halten sollte. Da die nach Tausenden zählenden Massen entrechteter Wähler, die keinen Zutritt in die vier Lokale gefunden hatten, die Hauptstraßen auf- und abwogelten, kamen die Proletarier und die Privilegierten in enge Berührung. Oft konnten die eleganten Wagen der Kolonialenthusiasten nur mit Vorsicht und Mühe durch die Scharen der Demonstranten gesteuert werden. Als gegen 12 Uhr vom Königsschloß her die sogenannten höchsten Herrschaften nach dem Gewerbehause zogen, mischten sich die Hochrufe des allerdings nur schwach vertretenen honetten Publikums mit den Protestrufen der Wahlrechtsdemonstranten.

Die Polizei hatte umfangreiche Vorkehrungen getroffen, um sowohl das Schloß wie die Oststra-Allee, vor allem aber den Platz vor dem Gewerbehause von den demonstrierenden Massen frei zu halten und die höchsten und allerhöchsten Ehren vor den brausenden Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht zu bewahren. Nicht nur die Hauptzugänge nach dem Gewerbehause waren durch doppelte Gendarmenketten und berittene Säuhleute abgesperrt, auch jedes Gäßchen war von uniformierten Ordnungshütern streng bewacht, ja selbst die Haustüren der Häuser waren mit Gendarmen besetzt, von wo aus ein Vordringen über Höfe nach dem Gewerbehause möglich gewesen wäre. Mit einem noch größeren Aufgebote von Gendarmen war von allen Seiten in weitem Umkreise das Schloß „gesichert“ worden.

Fast zu derselben Zeit, da die Hofequipagen am Postplatz vorüberzogen, kamen im dichten Zuge die Teilnehmer aus drei Versammlungen die Wettinerstraße und Annenstraße her an. Die Massen füllten den Platz und marschierten ungehindert durch die Wilddruffer Straße dem Altmarkt zu, wo sich die Teilnehmer der vierten Versammlung, die von der anderen Seite gekommen waren, bereits eingefunden hatten. Der weite Platz war bald gefüllt von den protestierenden Massen. Die Donnerhallen klangen die Löhne des Sozialistenmarsches und der Arbeitermarschallie aus Tausenden von Arbeit-leuten. In brausenden Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht kam der Zorn der Entrechteten zum Ausdruck.

Ein Teil der Demonstranten wandte sich nach der Schloßstraße, die etwa in der Mitte des Teils zwischen Schloß (Georgentor) und Altmarkt von einer doppelten Schuhmannskette abgesperrt war. Von hinten drängten die Menschen nach, so, daß etwa tausend Männer und Frauen wie festgeleilt in der Schloßstraße standen. Die Menge verhielt sich im allgemeinen ruhig, nur einige Hochs auf das Wahlrecht und einige Protestrufe gegen die neue Wahlrechtschaus wurde laut. Als nach etwa zehn Minuten, in welcher Zeit die festgedrängten Demonstranten, die durchaus Disziplin gewahrt hatten, ein in den vordersten Reihen stehender Mann ein Hoch auf das Wahlrecht ausbrachte, in das lebhaft eingestimmt wurde, kommandierte ein junger Polizeileutnant, der die Doppeltette befehligte, zum Platzziehen. Im selben Augenblick stürzten sich die Gendarmen auch schon mit geschwungenen Säbeln auf die Massen und hieben wie besessene drein. Ein allgemeiner Wutschrei erlönte, bald darauf wurden Schmerzensrufe laut. Die Wehrlosen in den vordersten Reihen konnten nicht zurück, weil die weiter zurückstehenden Massen nachdrängten. Ein fürchterliches Durcheinander entstand. In einem Nußnel drängender, stürzender Menschen hieben die Polizisten wie Wilde ein. Schließlich flüchtete die Menge dem Altmarkt zu und die Wilddruffer Straße entlang, die Gendarmen, wie besessene um sich schlagend, dahinter her. Selbst in Hausflure hinein wurden die Flüchtenden verfolgt. Alsdab wurden, teilweise von Mitgliedern der Arbeiter-Sanitätskolonne, die zahlreich am Plage waren, über und über blutende Männer aus den durcheinander wogenden Massen herausgeführt. In den nächsten Hausfluren wurden sie notdürftig verbunden. Zwei, drei und vier Verletzte lagen an einzelnen solcher Zustuchtsstätten. Die Sanitäter hatten alle Hände voll zu tun, und immer wurden noch mehr verletzte Personen herbeigebracht. Einzelne Gendarmen drangen selbst in diese Ver-

bandstätten ein und bedrängten sogar die Arbeiter-Sanitäter. Einer von ihnen wurde, während er beim Verbinden war, durch einen Säbelhieb an der Hand schwer verletzt. Die Sehnern der Hand wurden ihm zerschritten und der Daumenknochen gespalten! Die Hand wird voraussichtlich steif bleiben! Die Schwerverletzten hatten alle Säbelhiebe auf den Kopf erhalten; zumeist waren auch die Hüfte zerhauen. Die Gendarmen hatten also rücksichtslos auf die Köpfe einer unbewehrten, fliehenden Menge eingehauen. In einigen Hausfluren, wo Verwundete verbunden wurden, schwaum das Blut; auf der Schloßstraße und Wilddruffer Straße sah man Blutlachen stehen. Die Zahl der schwerer Verletzten beträgt 20! — Zerbrochene Stöße und Schirme, zerlegte Hüte lagen in Massen auf der für die Sieger unruhlichen Walfahrt.

Die Empörung der Menge stieg aufs äußerste, „Muschunde“ rief man aus hundert Aehlen den Polizisten zu. Von neuem drängte die ergrimnte Menge vor. Bekanntere Genossen taten ihr mögliches, Schlimmeres zu verhindern und die Menge zum Verlassen der Schloßstraße zu bewegen. Das gelang schließlich auch zum Teil.

Von Geheimpolizisten, die sich unter die Menge mischten und sich in Hausfluren versteckten, wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, wobei nicht selten der Gummischlauch eine Rolle spielte. Leute, die ein Hoch auf das Wahlrecht ausbrachten, wurden mehrfach von einigen auf sie zusitzenden Geheimpolizisten ergriffen und vielfach auch gefesselt. Viertelstundelang war jeder Verkehr auf der Kreuzung Schloßstraße-Altmarkt unmöglich. Die Straßenbahnwagen bildeten bald eine lange Kette.

Die Demonstranten, deren Zahl 12-15 000 betragen haben mag, wandten sich gegen 1 Uhr in dichtem Zuge die Seefstraße entlang nach dem Ministerhotel Hohenthals. Unter Hochrufen auf das Wahlrecht wurde vorbei und nach dem Postplatz marschiert.

Gegen 1 1/2 Uhr kehrte der König im Wagen vom Gewerbehause zurück. Als er am Postplatz vorbeifuhr, brachten die dort stehenden Massen gerade ein Hoch auf das Wahlrecht aus. Der König, der offenbar über die Bedeutung des Hochs im Irrtum war, grüßte dankend. Die Masse wollte aber nicht, daß er in dem Irrtum besangenen nach Hause fuhre, die Demonstranten hielten ein Hoch auf ihn ausgebracht, sie beantworteten den irrtümlich dargebrachten Dank für ein falsch verstandenes Hoch mit einem so intensiven Pfeifen, daß es weithin vernehmbar war. In derselben Weise wurden nun auch die übrigen Hofwagen begrüßt. Kurz danach verließen berittene Polizisten den Postplatz zu räumen, was aber erfolglos war. Von dem Säbel wurde kein Gebrauch mehr gemacht. Offenbar war die Attacke auf der Schloßstraße hauptsächlich auf den Ueberreifer des jungen Polizeileutnants zurückzuführen, der dort kommandierte.

Allmählich löste sich dann die Masse der Demonstranten auf. Um 2 Uhr war die imposante Kundgebung beendet.

Aber noch lange zitterte die Aufregung nach, die das Vorgehen der Polizei auf der Schloßstraße in der ganzen Stadt hervorgerufen hatte. Ueberall waren die Wahlrechtsdemonstration und die Polizeiatade das Tagesgespräch, und bis nach Mitternacht bildeten sich immer wieder Ansammlungen auf dem Altmarkt.

Verteidiger der Schurkerei.

Wir hatten geglaubt, daß es genüge, die beispiellosen Praktiken des Fischesel und seiner Leute in Sachen des Verfalls des Viermandats raubes klar und allennähig darzustellen, um auch in der bürgerlichen Presse einen einmütigen Entrüstungsschrei über solche politische Verleumdung auszulösen. Wir dachten unberechnungen genug selbst von der offiziellen Preissenspresse, um anzunehmen, auch sie würde nach Aufbedung des standalös parteiischen Attentats auf die kammerrlichen Rechte der Entrechteten Herrn Fischesel sofort desavouieren. Statt dessen erleben wir, daß, abgesehen von einigen linksliberalen Blättern, die außerhalb des offiziellen Parteirahmens stehen, kein einziges bürgerliches Blatt den niederträchtigen Gewaltakt, der sich mit insamer Heuchelei in die Formen des Rechts kleidet, mißbilligt, vielmehr den — „Vorwärts“ der Unrechtheit zeugt!

Diese Haltung der bürgerlichen Presse verrät eine Verlogenheit und moralische Stupellosigkeit, wie selbst wir sie für unmöglich gehalten hätten!

Weshalb hatten wir denn den Plan des Viermandatsraubes einen Schurkenstreich genannt? Weil der Freisinn nicht für sänliche 12 Berliner Mandate rechtzeitig die Ungültigkeitserklärung beantragt hatte, sondern erst dann für die vier sozialdemokratischen Mandate, als die Einspruchsfrist gegen die sechs freisinnigen Berliner Mandate verfloßen war. Unser Artikel „Ein Schurkenstreich“ ließ selbst für den Begriffsunfähigen, also selbst für freisinnige Redakteure, nicht den mindesten Zweifel darüber, daß wir kein Wort der Entrüstung dafür gehabt hätten, wenn der Freisinn rechtzeitig für alle zwölf Berliner Mandate — für die genau nach dem gleichen Prinzip die Listenaufstellung erfolgt war — die Ungültigkeitserklärung beantragt hätte. Wir hätten dann wohl mit dem Freisinn darüber geredet, ob seine, der ministeriellen Anweisung sich anschließende Auffassung des Wahlscheides die richtige sei, aber wir hätten anerkannt, daß der Freisinn in seinem Eintreten für ein vermeintlich richtiges Prinzip auch seine eigenen Mandate diesem Prinzip geopfert hätte!

Was aber stellten wir fest? Erstens: Daß der Freisinn sich erst dann auf dies Prinzip berief, als er die Sicherheit erlangt

habe, daß seine sechs Mandate durch Anwendung dieses „Prinzips“ nicht mehr gefährdet waren!

Zweitens: Daß der Freisinn zwar ursprünglich glaubte, gegen sämtliche Berliner Wahlen Protest erheben zu müssen; daß er dann aber, um seine eigenen Mandate nicht aufs Spiel zu setzen, hinterlistig so lange wartete, bis die Einspruchsfrist dagegen abgelaufen war und nur noch die aus anderen Gründen beanstandeten sozialdemokratischen Mandate diesem Rechtsprinzip zum Opfer gebracht werden konnten. Daß also der Freisinn bewußt und hinterhältig das jetzt so pathetisch angesehene Recht beugte, um in reaktionärem Volkshass vier sozialdemokratische Volksvertreter zur Strecke zu bringen!

Drittens: Daß Herr Fischbeck, der Manager dieses lächerlichen Streiches, als Mitglied des Berliner Magistrats das jetzt von ihm als gesetzwidrig verbotene Verfahren genau kannte, ohne pflichtgemäß seinen Einfluß anzubieten, dies Verfahren rechtzeitig zu inhibieren!

Viertens: Daß Herr Fischbeck von den Verhandlungen des Berliner Magistrats mit der Regierung wegen der Listenaufstellung Kenntnis haben mußte, ohne auch nur den Versuch zu machen, den Regierungskommissar Falkenhain in der denkwürdigen Wahlprüfungskommissionssitzung vom Sonnabend darüber zu interpellieren, wie sich denn die zwiespältige Haltung des Ministeriums erkläre!

Wer nach solchen Darstellungen nicht begreifen will, daß und weshalb die freisinnigen Mandatschaften gegen die vier sozialdemokratischen Abgeordneten ein postiches Schurkenstreich sind, der ist kein simpler Dummkopf, sondern erwidert unveräußerliches Anrecht auf die gleiche moralische Qualifizierung, wie wir sie Herrn Fischbeck und den Seinen widerfahren liehen!

Nach alledem ist es nur zu begreiflich, daß es selbst die „Vossische Zeitung“ offenbar als Schmach empfindet, daß der arglistig verspätete Wahlprotest wegen der Ungleichheit der Listenaufstellung von freisinniger Seite ausgegangen sei. Sie versucht sich damit herauszureden, daß dieser Protest „von konservativer Seite vor die Wahlprüfungskommission gebracht“ worden sei. Wirklich?? Die doch wahrlich mindestens ebenso gut unterrichtete „Freisinnige Zeitung“ sagt darüber wörtlich:

„Gegen alle diese Wahlen war von freisinniger Seite (!) Protest eingelegt wegen der von den Sozialdemokraten betriebenen Vorkürzungen von Geschäftsleuten, welche den bürgerlichen Parteien angehören, sowie wegen der nicht rechtmäßigen Aufstellung der Abteilungslisten.“

Wenn schließlich die „Voss. Ztg.“ nach dieser verunglückten Retnade noch die lächerliche Behauptung riskiert, nicht der Freisinn, nicht die Wahlprüfungskommission habe parteiisch gehandelt, sondern die Sozialdemokratie, weil sie zwar das Verfahren in Rixdorf-Schöneberg durch Protest angefochten habe, nicht aber das des Berliner Magistrats, so genügt zur Zurückweisung dieser albernen Unterstellung die knappe Feststellung folgenden Tatbestandes:

Der Berliner Magistrat stellte die Wählerliste nach den „zu existierenden Steuern“ gewissenhaft dar, aus, daß für die Steuerstufe bis 3000 M. für die die Einschätzung oder Aufstellung der Wählerlisten vorlag, das Jahr 1908 in Anrechnung gebracht wurde; für die der Selbstbeschätzung unterliegenden Wähler mit mehr als 3000 M. Einkommen, bei denen die Einschätzung noch nicht beendet war, das Jahr 1907. Im Wahlkreis Rixdorf-Schöneberg jedoch wurde in Schöneberg das Steuerjahr 1908, in der Arbeiterstadt Rixdorf dagegen das der Arbeiter schwer benachteiligende Steuerjahr 1907 in Anrechnung gebracht werden müssen, weil dort die Steuerunterlagen noch nicht vorlagen. Herr Fischbeck hat aber nicht einmal eine Beweiserhebung für diese Behauptung beantragt!

Die Parteilichkeit liegt also ganz auf Seiten des Fischbeck und seiner Gefolgschaft!

Es bleibt also dabei: den Schurkenstreich wäscht keine Scholastik, keine noch so dreiste Unterschlagung und Verdrehung vom Fischbeckanerium ab! Und wer trotz unserer Aufdeckung dieses skandalösen Streichs mit Fischbeck geht, macht sich zum Mitschuldigen dieser Schurkerei!

Von den einstweilen sehr spärlichen anständigen Freihandlungen registrieren wir die folgenden:

„Morgenpost“:

„Werden die sozialdemokratischen Mandate von Rechts wegen für ungültig erklärt, so müßten die freisinnigen Mandate von Unbilligkeit wegen als ungültig angesehen werden, denn sie wären ja mit demselben Mangel behaftet wie die sozialdemokratischen. Daß aber die freisinnigen etwa die Absicht hätten, ihre Mandate im Falle der Vertreibung der sozialdemokratischen Konkurrenz aus den heiligen Hallen des Dreiklassenparlamentes niederzulegen, glaubt kein Mensch. Die ganze Einfädelung und Durchführung der Aktion gegen die Sozialdemokratie deutet ganz sicher darauf hin, daß es den Freisinnigen nicht im Trauma einfällt, sich als Gewissensmenschen zu betätigen. — Ob sie bei eventuellen Neuwahlen Seide spinnen werden, bleibt abzuwarten.“

„Berliner Tageblatt“:

Jedenfalls, wenn die Aufstellung der Wählerlisten in Berlin ungesetzlich war, was uns nicht erwiesen zu sein scheint, dann darf es nicht bei der Kassierung der willkürlich herausgegriffenen vier Mandate der Abgeordneten Voremann, Heimann, Fisch und Hoffmann sein Verbleiben haben, sondern dann müssen auch die Mandate der beiden sozialdemokratischen Abgeordneten Strödel und Liebmann, es müssen aber ebenso die Mandate der sechs freisinnigen Berliner Abgeordneten für ungültig erklärt werden. Materiell wäre es das höchste Unrecht, wenn vier Sündenböcke aus 12 Abgeordneten herausgesucht würden, während doch alle zwölf auf Grund der gleichen Listenaufstellung gewählt worden sind. Aber wir sehen überhaupt nicht ein, weshalb eine Formalität, deren Ungesetzlichkeit nicht einmal erwiesen ist, gleich zur Kassierung einer Wahl führen soll. Es genügt unseres Erachtens durchaus, wenn der Landtag endlich zweifelstfrei feststellt, in welcher Weise künftig die Wählerlisten aufgestellt werden müssen. Besser wäre es freilich noch, wenn er das Dreiklassenwahlrecht dorthin beförderte, wohin es schon längst gehört, in die Rumpfkammer.“

Das ist, wie man sieht, eine einstweilen sehr magerer Kunde des politischen Anstandsgefühls des Bürgerturns. Aber die Affäre hat noch nicht ihr Ende erreicht. Neue Neberrundungen sind Teilswegs ausgeschlossen.

Ein Chef der revolutionären Kampforganisation — Polizeispitzel.

Paris, 16. Januar. (Eig. Ber.)

Ein neuer ungeheurer Skandal ist an den Tag gekommen, die zarische Polizei mit der Schmach einer Schurkerei ohnegleichen bedeckt! Der Ingenieur Eugen Philippowitsch Azew, seit langem Mitglied der Kampforganisa-

tion und des Zentralkomitees der russischen sozialrevolutionären Partei, ist als Vespipelenlarbi. Eine Anzeige des Zentralkomitees, der weitere detaillierte Aufschlüsse über das verbrecherische Treiben Azews und über die näheren Umstände seiner Demaskierung folgen werden, gibt kurze Nachricht von der Entdeckung.

Azew, der jetzt 38 Jahre alt ist, gehörte zu den bekanntesten und tätigen Mitgliedern der Kampforganisation. Unter den Namen „Lolsty“, „Iwan Nikolajewitsch“ und „Valentin Kusmitsch“ wirkte er in der terroristischen Propaganda. Er war der Organisator der Attentate gegen den Gouverneur Bogdanowitsch, gegen Plehwe und gegen den Großfürsten Sergius. Diese Attentate sind also mit Wissen der russischen Polizei unternommen worden!

Die „Humanität“ veröffentlicht heute einige Einzelheiten aus der Lebensgeschichte des Verräters. Die Entdeckung ist hauptsächlich zwei Personen zu danken: Burzew, dem alten Stämpfer der „Narodnaja Wolja“, und Bakai, Namenslich Bakai konnte dank seinen persönlichen Umständen das Entscheidende dazu beitragen. Er war nämlich bis 1906 Vizechef der Sicherheitspolizei in Warschau. Von dem Treiben der Nordregierung angezogen, nahm er seinen Abschied, ohne aber in die sozialrevolutionäre Partei einzutreten. Doch bald kam er darauf, daß mitten in der revolutionären Kampforganisation ein Polizeiagent tätig sein müsse. Im April 1907 erfuhr er dank seinen Beziehungen, daß die Polizei über ein gegen den Zaren vorbereitetes Komplott bis in die geringsten Details unterrichtet sei. Seine Warnung kam zu spät — die 12 Hauptbeteiligten waren schon in Haft. Drei wurden hingerichtet, acht zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt. Bakai selbst, von Azew denunziert, saß 6 Monate in der Peters- und Pauls-Festung und wurde dann administrativ nach dem Polarzirkel verschickt! Doch gelang es Burzew, seine Befreiung zu bewirken. Ueber Finnland und Schweden kam er nach Paris, wo die russische Botschaft ihn — ohne Glück — als „Anarchisten“ denunzierte.

In Paris nahm Bakai seine Bemühungen um die Entdeckung des Verräters von neuem auf. Zuerst begegnete sein Verdacht gegen Azew die Enttäuschung der Genossen, so groß war das Vertrauen, das der Verräter genoss. Aber es gelang ihm schließlich, schwerwiegendes Beweismaterial zu sammeln. Er stellte fest, daß der „größte Agent provocateur Rußlands“, der unter dem Namen Raskin 1904 in Warschau gewesen war, und der „Genosse“ Azew ein und dieselbe Person seien. Ein Säleier fiel nun nach dem andern. Man weiß jetzt, daß mindestens seit zehn Jahren alle Beschlüsse der Kampforganisation vorher von Azew mit dem Chef der politischen Polizei in Petersburg, Raschkowsky, vereinbart worden sind! Wieviel Opfer der Schurke auf dem Gewissen hat, wird man wohl nie genau feststellen können — auch Gerschuni ist seinerzeit von ihm denunziert worden.

Vor einigen Tagen trat hier ein aus den erprobtesten Mitgliedern der Partei gebildetes Gericht zusammen, das Azews Rolle untersuchen sollte. Aber der Beschuldigte wartete das Urteil nicht ab und verschwand. Vermutlich verbirgt ihn die russische Botschaft, wofür er nicht schon heimlich nach Rußland gefahren ist. — In der Duma wird über seinen Fall interpelliert werden.

Die Rundgebung des Zentralkomitees sagt von Azew: „Infolge seiner persönlichen Eigenschaften ist er ein sehr gefährlicher Mensch, der der Partei in Zukunft äußersten Schaden tun könnte.“ Es ist zu erwarten, daß die russischen Revolutionäre die Mittel finden werden, den Verräter unschädlich zu machen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar 1909.

Wängel der Rechtspflege.

Aus dem Reichstage (18. Januar). Sobald im Reichstage der Justizetat zur Verhandlung steht, werden alljährlich die Klagen laut über die schweren Wängel unserer Rechtspflege; sie wiederholen sich seit Jahrzehnten, ohne daß bisher eine ernsthafte Abhilfe erzielt wurde und ohne daß von dieser reaktionären Regierung und von diesem reaktionären Reichstage in nächster Zeit überhaupt eine Abhilfe zu erhoffen ist. Wie man im Volke über unsere Rechtspflege denkt, das wird ungeschminkt, wenn auch in parlamentarische Formen gekleidet, nur durch die Sozialdemokratie im Reichstage zum Ausdruck gebracht. Die Vertreter aller anderen Parteien bemühen sich um die Wette, durch Verbeugungen vor der Reichsjustizverwaltung und vor dem Richterstande die Wirkung ihrer Einzelkritik abzuschwächen.

Das ist um so begreiflicher, als ja von den bürgerlichen Parteien vorzugsweise richterliche Beamte vorgeführt werden: der konservative Landrichter Wagner, der national-liberale Landgerichtsrat Heinze, der zentriklische Amtsgerichtsrat Belzer — alle vom Bau! Herr Wagner fand es sogar geschmackvoll, seinen höchsten Vorgesetzten, Niederding, mit süßlichen Lobeshymnen anzufächeln! Herrn Heinzes Gesicht erglänzte freudestrahlend, als er die verwegene Behauptung aufstellte, die deutsche Rechtspflege biete jetzt im allgemeinen ein höchst erfreuliches Bild. Als beruflicher Interessenvertreter dokumentierte er sich andererseits auch, als ein sich dem Sammelruf anschloß: Richter aller deutschen Gerichtshöfe, organisiert euch! Offenbar bereitet sich eine richterliche Lohnbewegung vor. Nächsten die Herren in Laxar und Boretz doch einmal in einen Streik eintreten! Sie würden sich bei der Gelegenheit vielleicht mehr Verständnis für die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung aneignen.

Etwas oppositioneller trat Herr Belzer auf. Mit der Handhabung des Eulenburgprozesses war er höchst unzufrieden und verlangte die Teilnahme von Laien an den Zivilgerichten. Andererseits kam der Materialismus bei ihm zur Geltung in der Zurückweisung künstlicher Sachverständiger bei den Klagen wegen Veröffentlichung angeblich „unrichtlicher“ Kunstwerke.

Der Staatssekretär Dr. Niederding stellte in Abrede, daß im Eulenburg-Prozess irgendwie das Verfahren zugunsten des Angeklagten beeinflusst worden sei. Die Novelle zur Strafprozessordnung werde dem Reichstage „demnächst“ zugehen. Allzuviel Verbesserung scheint sie nach seinen Angaben aber nicht zu enthalten.

Genosse Heine erklärte es für sehr bedauerlich, daß trotz der Angaben über die Novelle, die die „Adm. Ztg.“ veröffentlicht hatte, die Regierung auch jetzt noch nicht mit der Sprache herausgekommen sei. In Einzelbeispielen wies er

dann nach, wie verderblich für die Rechtspflege die angeklagte Unterdrückung des Wahrheitsbeweises bei Verleumdungsklagen sein würde. Den Eulenburg-Prozess unterzog er einer eingehenden Begründung, um klarzumachen, daß, was die entschiedenste Beurteilung herausfordere, die Rolle sei, die die Staatsanwaltschaft dabei von Anfang an, und zwar schon in dem Vorläufer, in dem Harden-Prozess, gespielt habe.

Herr Niederding entzog sich vorsichtig dem Eingehen auf diese scharfe Frage. Er suchte nur die Pläne der Regierung betreffs des Verleumdungsprozesses in ein helleres Licht zu setzen, indem er ausführte, daß auch späterhin der Wahrheitsbeweis dann zugelassen werden solle, wenn der Verleumdete es verlange. Er scheint aber gar nicht zu begreifen, daß die Rechtfertigung einer öffentlichen Kritik nahezu unmöglich gemacht wird, wenn dem Kritiker in einem gegen ihn anhängig gemachten Verleumdungsprozesse der Wahrheitsbeweis abgeschnitten wird.

Die Debatte wurde auf Dienstag vertagt.

Staatsberatung im Dreiklassenparlament.

Rübe und langweilig begann am Montag die erste Sitzung des preussischen Staats. So müde, wie der aufstrebend gealterte Fürst Bülkow aussah, der sich endlich auch einmal im Abgeordnetenhaus eingefunden hatte. Den Beweis dafür, daß er trotz dem seinen Völkern noch ebenso stehend und mit ebenso pastoralem Pathos herzufolgen vermag, wie in den Grischtagungen seiner Maienzeit, als ihn noch keine ewige Kamariellwirtschaft die harmlose Daseinsfreude trübte, wird er vermutlich erst am Dienstag erbringen, wenn der Freisinn sein weimarsches Blodgewissen in zaghaft platonischer Scheinopposition entlastet haben wird.

Am Montag kamen nur drei Redner zum Wort. Zuerst der konservative Herr v. Pappenheim. Er hielt die zu erwartende Schatznachrede, wenn er sie auch formell nicht in die aufregende Horn Rede, wie das von einem Arath, Ralkewitz oder Eulenburg-Januschau zu erwarten gewesen wäre. Herr v. Pappenheim ist persönlich ein ziemlich jovialer Herr, wenigstens Junker und Schatzmacher vom reinsten Wasser. So nahm er seinen Anstand, die Parlamente als eine immer teurer werdende Institution der Staaten den Staatsfreischwilligen „starker Männer“ zu denunzieren. So wandte er sich gegen jede Wahlrechtsreform, animierte er zu einer Verschlechterung des Reichstagswahlrechts falls denn schon einmal an der preussischen Dreiklassenwahlrecht gerüttelt werden sollte! Ferner forderte er ganz unverblümt eine „Lösung“ der länderlichen Arbeiterfrage natürlich im Sinne einer Befreiung der Freizügigkeit. Endlich proklamierte er den schönen Jostwucher- und Steuerdrückberger-Grundsatz, daß das Reich sich durch indirekte Steuern zu erhalten habe, während in Preußen an direkten Steuern möglichst gespart werden müsse. Herr Friedberg, der Sprecher der Nationalliberalen, hielt die bekannte Schaulokrede. Ein Eingehen auf die vom Herrn v. Pappenheim angeführte Frage der Wahlreform erparte er sich mit dem Hintertup auf die in der nächsten Woche (woraussichtlich am Montag beginnend) Red. d. „Vorw.“ zu erwartende ausgiebige Wahlrechtsdebatte. Immerhin schwang er sich zu der freilich schon gewissermaßen von dem Geheimdeputat Goethe antizipierten Bemerkung auf, daß manche Revolution verkehrt worden wäre, wenn man rechtzeitig ein überlebensfähiges Wahlrecht preisgegeben habe. — Aus der Rede des konservativen Herrn v. Zedlig endlich verdient Erwähnung die Denunziation der Beamten, die sich gelegentlich der Beratung der Befoldungsreform nicht so unterwürdig und demüthig benommen haben, wie die Herren Reaktionäre fordern zu können glauben, sondern ihre Forderungen nachdrücklich (die Unterbeamten leider noch mit viel zu geringem Nachdruck) vertreten.

Nach einigen technischen Ausführungen des Eisenbahnministers Breitenbach vertagte sich das Haus auf Dienstag 11 Uhr. Möglicherweise gelangt dann auch der erste Staatsredner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Heimann, zum Wort.

Ordensfegen.

Unter dem am Kaiserhofe beliebten glänzenden Pomp ist gestern, am Sonntag, im königlichen Schloß das Krönungs- und Ordensfest gefeiert worden. Eine Menge Personen haben an diesem königlichen Guld die mehr oder minder hehrersehnte Ordensanzzeichnung erhalten, darunter auch verschiedene freisinnige und sonstige liberale Parlamentarier. Allerdings ist den Freisinnigen meist nur ein Orden der unteren Rangklassen zu teil geworden, ein roter Adlerorden IV. Klasse oder Kronenorden III. Klasse. Nur Kommerzienrat Schmidt von der Freisinnigen Volkspartei erhielt einen roten Adler zweiter und Geh. Justizrat Traeger einen roten Adler dritter Güte mit Schleife, sonst blieben diese Rangklassen für die konservativen und nationalliberalen Abgeordneten reserviert gemäß dem altpreußischen Wahlspruch: „Saum culquo“.

Rote Adlerorden vierter Klasse erhielten: Mittelmeister a. D. v. Brederlow, Majoratsbesitzer in Groß-Saalen (L); Rechtsanwält v. Damm in Braunschweig (wirtsch. Bg.); Prof. Detto, Gymnasialoberlehrer in Jena (a. D. (natl.)); Prof. Dr. Hauptender, Dozent an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin (B); Dr. Hahn, Direktor des Bundes der Landwirte in Berlin (L); Landrat Horn in Schlesl. (natl.); Schriftsteller Dr. Jaeger, Verleger in Speyer (B); Rittergutsbesitzer v. Michaelis, Mittelmeister der Landwirtschaft in Quarnow (L); Lischnermeister Pauli in Potsdam (L); Dr. Pieper, Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Stadbach (B); Fabrikbesitzer Leopold Rosenow in Berlin (fr. Sp.); Landbaufaktor Wachholtz, Hofbesitzer in Cottbus (natl.); Dr. August Weber, Landdirektor in Lobau (natl.).

Königl. Kronenorden III. Klasse erhielten Graf von Arnim-Boitzenburg, Mitglied des Herrenhauses; Schriftsteller Dr. Arendt in Berlin (Sp.); Justizrat Dietrich, Rechtsanwält in Prenzlau (L); Geheimrat Justizrat Dove, Handelskammerpräsident in Berlin (freisinnige Volkspartei); Landgerichtsrat Hagemann in Erbst (natl.); Rentner Hemming in Berlin (L); Rittergutsbesitzer Stamm in Freydenburg (Sp.); Gerichtsassessor a. D. Womosen, Landdirektor in Berlin (fr. Bg.); Justizrat Dr. Wolsch, Rechtsanwält in Berlin (L); Rittergutsdirektor v. Salbern, Rittergutsbesitzer in Perleberg (L); Generallandchaftsrat Frhr. v. Steinacker in Rosenfeld (L).

Daß die Verdienste des Herrn Dr. Diebold Hahn um das Wohl des deutschen Vaterlandes so viel tiefer eingeschätzt worden sind, als die Trägers, wird den Herrn Direktor des Bundes der Landwirte tief schmerzen; aber er mag sich trösten, Erzberger ist sogar ganz leer ausgegangen.

Ein Attentat auf das Vereins- und Versammlungsrecht.

Wir berichteten in der letzten Nummer des „Vorwärts“ über die Auflösung einer Versammlung, die der „Dänische Vorkongressverein für Flensburg und Umgegend“ in Vortburg bei Flensburg abhielt. Wir gaben der Ansicht Ausdruck, daß die Auflösung ein selbstherrlicher Akt des Landrats oder des Amtsvorstehers war. In-

glossen ist aber auch eine Versammlung desselben Vereins in Hensburg aufgelöst worden, und da Hensburg ein Stadtkreis ist, also dem Nachbichot des Landrats nicht zugehört, muß die Versammlung wo anders zu suchen sein. Diese andere Stelle kann nur die Regierung in Schleswig sein. Dadurch wird natürlich unsere Charakterisierung der landrätlichen und antwortlichen Tätigkeit in Nordschleswig nicht im mindesten abgeändert. Dadurch aber, daß die vollständig ungelegliche Auflösung der beiden Versammlungen durch die Regierung in Schleswig veranlaßt worden ist, gewinnt sie vielmehr über den kleinen Bezirk Nordschleswig hinaus an Bedeutung für das ganze Reich.

Von Nordschleswig gehören die Kreise Sadersleben, Ipenrade und Sonderburg zu den Sprachgebieten, in denen in den nächsten 20 Jahren der Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache in öffentlichen Versammlungen gestattet ist, wenn diese dreimal vierundzwanzig Stunden vor Beginn der Behörde angezeigt worden sind. In den Kreisen Londern, Hensburg-Land und Hensburg-Stadt, wo immerhin die Dänen noch ziemlich stark vertreten sind, ist seit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes der Gebrauch der dänischen Sprache in öffentlichen Versammlungen nicht mehr gestattet. Um die eigene Muttersprache nicht verdrängen zu lassen, gründeten die Dänen den dänischen Vortagsverein für Hensburg und Umgegend, der 1300-1400 Mitglieder zählt und seine Wirksamkeit auf die Stadt Hensburg und drei nahegelegene Kirchspiele erstreckt. Der Verein ist politisch angemeldet, Vorstandverzeichnis und Statut sind der Behörde eingereicht worden. Mitglieder können nur durch den Vorstand aufgenommen werden. Nur die Vorsehung einer besonderen Mitgliedsart, die von einem Vorstandsmitgliede unterschrieben sein muß, berechtigt zum Eintritt in die Versammlungen. Einführung in die Versammlungen ist nur insoweit gestattet, um auswärtigen Rednern Gelegenheit zu geben, in den Versammlungen des Vereins zu sprechen. Die Namen solcher Redner werden in ein besonderes Protokoll eingetragen. Der Verein ist also so festgefügt, wie es nur irgend ein Verein sein kann.

Mit gleichem Recht wie die beiden Versammlungen in Kallburg und Hensburg könnten danach alle Vereinsversammlungen aufgelöst werden. Das Vorgehen der Regierung in Schleswig beweist, daß auf die Versprechungen vom Ministeriale, daß das neue Vereinsgesetz möglichst lokal gehandhabt werden soll, gar nichts zu geben ist. Das Gericht muß selbstverständlich die Auflösung für gesetzlich ungültig erklären. Die beiden Auflösungen sind aber ein Schulbeispiel dafür, wie in Preußen Absicht der Gesetzgeber und Ausführung der Gerichte im schroffen Widerspruch stehen.

Aber auch die Dänen Nordschleswigs werden aus dem Beispiel ihre Lehren ziehen müssen: Zur Zeit der Verfassungsdebatten im Reichstage hat der Vertreter der nordschleswigschen Dänen im Reichstage, Herr Hansen, in einer Versammlung der Ansicht Ausdruck gegeben, die Dänen hätten keinen Anlaß, den Sturz Wilhelms zu wünschen und hat dem Reichstag so quasi ein Vertrauensvotum erteilt. Und bei der Stichwahl im Jahre 1907 haben im Wahlkreis Hensburg mindestens 200 dänische Wähler für den Kandidaten des Bundes der Landwirte gestimmt, denselben Bundes der Landwirte, der vor einigen Tagen auf seiner Provinzialversammlung in Kiel die Regierung aufforderte, schärfere Maßnahmen gegen die Dänen Nordschleswigs einzuschlagen.

Ein blaueschwarzes Uebereinkommen zur nächsten Reichstagswahl

Es im Blick für die Wahlkreise, in denen die Sozialdemokratie ernstlich in Betracht kommt, getroffen worden — bezeichnenderweise in der Voraussetzung, daß die Blockstellung im Reich bis dahin zu den überwundenen Dingen gehört. Nach einer Mitteilung, die uns von zuverlässiger Seite zugeht, soll dem Zentrum von den Liberalen, Demokraten der gefährdete Besitz der Mandate in Straßburg-Land und Colmar sowie, falls sich die dortigen Liberalen darauf einlassen, in Gebweiler garantiert werden, wofür den Zentrumswählern in Straßburg-Stadt nahegelegene werden soll, den Freisinnigen Demokraten zu unterstützen. Ferner soll im Wahlkreis Rülhausen das Zentrum von einer eigenen Kandidatur Abstand nehmen zugunsten einer gemeinsamen bürgerlichen Sammelkandidatur, als deren Träger der im Jahre 1907 bei der Stichwahl in den Wahlkreisen Colmar und Straßburg-Land durchgefallene Colmarer Bürgermeister Blumenthal in Betracht kommt.

Diese Spekulation auf die Zentrumunterstützung erklärt allein den Eifer, mit welchem Blumenthal neuerdings gegen unser Rülhauser Parteiblatt Ehrenbeleidigungsprozesse anstrengt, — machte er doch neuerdings die Staatsanwaltschaft mobil wegen einer angeblich beleidigenden Anspielung, für die ein Zentrumsbblatt das Tatsachenmaterial geliefert hatte und auf die unser Parteiblatt lediglich zur Kennzeichnung des liberal-demokratischen Bündnisverhältnisses nebenbei hinwies.

Dem blaueschwarzen Bündnis gelang es im Sommer 1908 bei den elsässischen Gemeinderatswahlen, in Rülhausen, Colmar und Straßburg, die Sozialdemokraten aus den Gemeinderäten hinauszumerken. Dieses selbe Bündnis soll jetzt bei der Reichstagswahl dazu dienen, den Sozialdemokraten die Mandate von Rülhausen und Straßburg wieder abzunehmen.

Ein Mißverständnis.

Eine Reihe liberaler Blätter hat es bedauert, daß es die Sozialdemokratie verabsäumt habe, zu der letzten Heingebatte, der „Kultur“-Interpellation, im Abgeordnetenhaus Stellung zu nehmen. Ein Blatt entschuldigt das lebenswürdig mit der großen Inanspruchnahme der Handvoll Sozialdemokraten im Dreiklassenparlament.

Wir wollen demgegenüber konstatieren, daß die Sozialdemokratie den Genossen bei man als Sprecher zu dieser Frage bestimmt hatte, dem aber durch die Vertagung der Debatte das Wort einstweilen abgeschnitten wurde. Ein anderer Redner, Herr Traeger, verzichtete wider alles Erwarten freiwillig wegen der vorgerückten Stunde. Daran, mit dem sozialdemokratischen Redner zu tauschen, hatte er offenbar nicht gedacht. Es ist also jedenfalls nicht Schuld der Sozialdemokratie, daß sie der potenzierten Heingebatte der Lex Heiningerich nicht den Standpunkt einer unvermüdet freien Weltanschauung entgegenzusetzen vermochte!

Hoffentlich läßt sich nun wenigstens der Freisinn aus Vorurteilen nicht noch dazu bereit finden, in einem vorzeitigen Schluß der einstweilen nur vertagten Debatte zu willigen!

Wir hoffen, daß die in Frage kommenden Blätter von dieser Feststellung des Tatbestandes Notiz nehmen werden!

Der neue Moskito-Harden-Prozess.

Wie die „Berliner Volkszeitung“ erzählt, hat Oberstaatsanwalt Preuß das Studium der umfangreichen Akten des Moskito-Harden-Prozesses dieser Tage beendet. Die neue Verhandlung wird voraussichtlich Ende Februar stattfinden. Da der Prozess gegen Harden nicht ohne die Berechnung des Fürsten Galenberg geführt werden kann, so soll vor dem Termin eine ärztliche Gesundheitskommission den Fürsten — dem es jetzt gesundheitlich gut gehen soll — in Liebenberg unterziehen, ob er die Anstrengungen einer Reise nach Berlin vertragen kann. Andersfalls soll der Fürst kommissarisch in seinem Schloß in Liebenberg vernommen werden.

Ein Ideologe von professoraler Weltfremdheit.

Die von den Großindustriellen ausgehaltenen „Verl. Neue Nachrichten“ ließen sich im Auftrage ihrer zahlungsfähigen Gönner einen scharfen Angriff auf den Staatssekretär von Bethmann-Hollweg wegen seiner Rede über die Arbeitskammern im Reichstag, Herr von Bethmann-Hollweg wird als „Ideologe von professoraler Weltfremdheit“ bezeichnet und ihm folgende politische Moralphilosophie gehalten:

„Sollte in diesem Fall der Vortrag des Redners Glück gemacht haben? Nicht von sozialpolitischen Phantasieren behauptete Herr von Bethmann-Hollweg bei seinen Ausführungen ausgegangen zu sein, aber er mußte doch zugeben, daß er in sozialpolitischer Beziehung einem gewissen Optimismus huldige. Und das scheint derselbe, leider unverbesserliche Optimismus zu sein, dem auch schon der Vorgänger des Herrn von Bethmann-Hollweg im Reichsamte des Innern so ausgiebig und leider so ganz ohne Rücksicht auf die gegebenen realpolitischen Verhältnisse gehuldigt hat. Soll derselbe haben so ganz unbedenklich, optimistisch, hoffnungsvoll weitergekommen werden?“

Leider muß diese Frage nach den bisher gemachten Erfahrungen bejaht werden, und es ist deshalb die Pflicht besonnener Sozialpolitiker, dieser verhängnisvollen Tendenz des Reichsamtes des Innern mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Was hat die ganze deutsche sozialpolitische Gesehgebung bis jetzt zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer genützt? Nicht nur nichts, sondern die Klust, welche schon vor dem Beginn der bekannten Erlasse Kaiser Wilhelms I. vorhanden war, hat sich zu einem breiten, gähnenden Abgrunde vergrößert. Die Vergeßlichkeit der Arbeitnehmer ist von gewissenlosen Agitatoren in systematischer Heberlei immer mehr aufgepeitscht worden, es hat sich an dem deutschen Arbeiter das Wort bewahrheitet: „Je mehr er hat, je mehr er will!“

Zum Nationalliberalismus bekennen sich, so meint das Blatt, trotz aller Sozialpolitik die sozialdemokratischen Arbeiter doch nicht — deshalb ist die ganze Sozialpolitik nicht einen Groschen wert. Eine hübsche Charakteristik der Zwecklehre des Scharfmachertums.

Von der „anständigen“ bürgerlichen Presse.

Der Chefredakteur Rohre der „Münchener Neuesten Nachrichten“, ein ehemaliger Redakteur der auf Scherfs Befehl unfehlig entlassen worden „Allg. Ztg.“, der sich selbst in maßloser Bescheidenheit als „den angesehensten Vertreter der Münchener Presse“ bezeichnet, hatte den Hauptling des bürgerlichen Konfuzius, Herr von der Partei, „Münch. Ztg.“, vor den Kadi zitiert, weil dieser in verächtlichem Deutsch angebeutet hatte, der Rohre habe seinerzeit aus Belgien Schmierseife zur Reinigung der Kongogreuel erhalten, er habe Gelder aus dem „bürgerlichen Beschäftigungsfonds für deutsche Leistungen“ erhalten. Der aus Verlegern, Hofräten, Konsuln, Bierhebern und anderen Gemappelten gebildete „Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein“ hielt Vorträge für wichtiger als die öffentliche Aufklärung einer inmerhin dunkeln Angelegenheit und brachte einen außergerichtlichen Vergleich zuwege. Der Rohre aumete auf. Die beiden Beteiligten erklärten sich gegenseitig für untadelige Gentlemen. Nachdem sich der Pulverdampf verzogen, trod aus dem Busch — der belgische Generalkonsul in München, Herr Steub, und rief in den hoch erschauerten bürgerlichen Blättern: „Er habe nie aus dem Kongo — Kestiken — Fonds Gelder zur Beschaffung einer Münchener Zeitung empfangen!“ Preislich, denn seine Regierung wird ihn Sämtlich bei der Aufgabe nicht als solches defloriert haben!

In Volkmar's Landhaus Solmsjah am Waldensel waren jüngst Langfinger eingeschlagen. Hatten Volkmar's wolkene Anzüge und ledene Kämte mitgehen heißen und ihre verlässliche Gardeprobe dafür an den Nagel gehängt. Die „Münch. Neuesten Nachr.“ meldeten das ihren Lesern unter der Spitzmarke: „Praktischer Konsumismus“. Eine Noheit und eine Dummheit zugleich des liberalen Jasterblattes. Unser Münchener Parteiblatt fertigte denn auch die genialen Ausleger des kommunistischen Gedankens gebührend. Es schrieb: Wir entnehmen mit Interesse aus dieser Heberchrift, daß der praktische Konsumismus der „Neuesten Nachrichten“ der Diebstahl ist. So zeigen sie sich als Umkehrer des Prozedurismus. Und das Motto dieser Romanovisten lautet eingehaltenemessen: Diebstahl ist Eigentum! Auf diese Art erklärt sich auch manche sonst seltsame Behandlung im Handelsteil des „angesehenen Organs“.

Zum Nidzborfer Wahlrechtsraub.

Die Kritik der Arbeiterschaft an dem Verhalten der famosen Nidzborfer Wahlrechtsräuber hat Wunder: jetzt haben gar folgende Organisationen beim Magistrat der Stadt Nidzborf einen Protest gegen das Attentat vom 17. Dezember 1908 eingereicht: Der Wahlverein der freisinnigen Volkspartei für den Reichstagswahlkreis Teltow-Boekow-Storkow-Charlottenburg, der Wahlverein der Liberalen für denselben Kreis (Presf. Vereinigung), der Wahlverein der freisinnigen Volkspartei für den Landtagswahlkreis Schöneberg-Nidzborf und der Liberale Verein Nidzborf. Die Protestler fordern — nein: bitten — daß der Magistrat dem Beschlusse die Zustimmung verweigere. Was sagt die „freisinnige“ Blockpresse zu diesem Protest, der allerdings auch nicht gerade durch seine Schnelligkeit vorblühen wird? —

Gegen den Wahlrechtsraub wollen jetzt auch die Ladeninhaber und Geschäftsleute Nidzborfs protestieren. Ein frei zusammengetretener Ausschuß hat den demokratischen Verein Nidzborf beauftragt, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, die heute (Dienstag) abends 8½ Uhr, im Deutschen Wirtschaftshaus, Bergstraße 36, stattfindet. Herr v. Gerlach spricht über das Thema: „Die Mandatsniederlegung der Nidzborfer Stadtverordneten.“

Die christlichen Gewerkschaften und das Wahlrecht.

Nach dem ersten Kongreß der christlichen Gewerkschaften — Mainz 1899 — erschien in M. Gladbach, im Verlage der „Christlichen Arbeiter-Zeitung“, eine Schrift, betitelt „Christliche Gewerksvereine, ihre Aufgaben und Tätigkeit“. Es war das eine Darlegung und Erläuterung der in Mainz festgelegten Grundsätze der christlichen Gewerkschaften. Besondere Bedeutung wurde darauf gelegt, den interkonfessionellen und politisch parteilosen Charakter der Organisationen nachzuweisen. Eine Gewerkschaft, so hieß es (Seite 31), werde kaum mit der Politik in Berührung kommen, wenn sie nur stets ihre eine Aufgabe im Auge behalte: die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter; um diese zu erzielen, müsse sie sich ausschließlich mit der Vesserung der Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen befassen. Dann aber heißt es:

„Nur ein politisches Grundrecht gibt es, das keine Organisation antasten lassen darf und wird, weil es da niemals höhere Gründe geben kann, die einen Arbeiter zum Preisgeben dieses Rechtes bewegen dürfen. Dieses eine Grundrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Reichstagswahlrecht. Sollte daher eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß eine Organisation auch als solche gegen sie Stellung nehmen.“

Von sozialdemokratischer Seite sind die Christlichen auf die Inkonsistenz ihres Verhaltens hingewiesen worden insofern, als sie das Eintreten für das Reichstagswahlrecht für

gebieten halten, dagegen die Teilnahme am Kampfe für die Erringung eines vollständigen Wahlrechtes in Preußen ablehnen, weil das als „parteilichste Frage“ sich nicht mit den Aufgaben der Gewerkschaften verträge. Aber Folgerichtigkeit ist nie die starke Seite der Christlichen gewesen, und so konnte man es denn anerkennen, daß sie als Gewerkschaften sich wenigstens auf die Erhaltung des Reichstagswahlrechtes verpflichteten.

Nun ist vor kurzem die oben genannte Schrift in einer umgearbeiteten und erweiterten Gestalt erschienen, und obige Satz ist weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach in der neuen Schrift enthalten. Von der Notwendigkeit der Erhaltung des Reichstagswahlrechtes ist darin nicht mehr die Rede. Dagegen heißt es:

„Fragen der allgemeinen Politik, wie Fragen der Verfassung, Steuer- und Blottenfragen, allgemeine Steuerfragen, die allgemeine Wirtschafts- und Handelspolitik sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung und haben mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung als solcher nichts zu tun. Sie gehen den Arbeiter nicht als sogenannten Verkäufer seiner Arbeitskraft, also nicht als Arbeiter im engeren Sinne, sondern als Staatsbürger an. Je nach dem parteipolitischen Standpunkt kann die Stellungnahme der Arbeiter zu diesen Fragen eine sehr verschiedene sein. Die Gewerkschaftsbewegung mit diesen Fragen befaßt, hieße der Einigkeit der Berufsgenossen und damit dem obersten gewerkschaftlichen Prinzip entgegenarbeiten.“

Das Reichstagswahlrecht ist demnach für die christlichen Gewerkschaften nicht mehr ein „politisches Grundrecht“, das „keine Organisation antasten lassen wird und darf“; in „Fragen der Verfassung“ verhalten sich die christlichen Gewerkschaften, wie sie ausdrücklich erklären, völlig passiv. Das Zentrum hat also, wenn es die Zeit für gekommen erachtet, das Reichstagswahlrecht einzuschränken, von den christlichen Gewerkschaften nichts zu fürchten.

Und auch an Steuer-, Wirtschafts- und Handelsfragen nehmen die christlichen Gewerkschaften kein Interesse. Regierung und Reichstag mögen durch schlechte Handelsverträge und Steuererlasse das wirtschaftliche Leben schädigen und Massen von Arbeitern brotlos machen, sie mögen das Volk durch Hölle und indirekte Abgaben zum Umfallen belasten — die christlichen Gewerkschaften haben kein Wort des Protestes, auch dann nicht, wenn ihre Mitglieder sich an derartigen volkschädlichen Maßnahmen beteiligen.

Die christlichen Gewerkschaften sind eben parteipolitisch neutral, was mit anderen Worten heißen will: sie sind mit den bürgerlichen, völk- und arbeitereindlichen Parteien derart verstimmt, daß sie nicht wagen dürfen, den Bestrebungen dieser Parteien entgegenzutreten, nicht einmal dann, wenn es sich um Angriffe auf ein „politisches Grundrecht“, wie das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht handelt.

Die Wirkung der Fahrkartensteuer

läßt sich sehr genau studieren an den Ergebnissen der württembergischen Eisenbahn im Jahre 1907. Der jetzt im Druck vorliegende Verwaltungsbericht der Reichsbahnen teilt darüber mit:

Während die Zahl der in der dritten Klasse beförderten Personen im ersten Halbjahre 1906 noch 22 892 186 betrug, sinkt sie unter dem Einfluß der Fahrkartensteuer und der Einführung der vierten Klasse in Württemberg im zweiten Halbjahre 1906 auf 7 816 839. Im ersten Halbjahre 1907 bleibt die Piffer auf dieser Höhe, sinkt dann aber im zweiten Halbjahre 1907 abermals, und zwar auf 6 444 349. Die erste Klasse verlor ein Drittel der Passagiere. Die zweite Klasse hat ununterbrochen bis zum zweiten Halbjahre 1907 an Passagieren verloren. Vom ersten auf das zweite Halbjahre 1906 ging die Zahl der Passagiere in der zweiten Klasse von 1 265 182 auf 1 000 198 zurück, um im ersten Halbjahre 1907 weiter auf 800 498 und im zweiten Halbjahre 1907 gar auf 655 728 herabzusinken.

Die vierte Klasse weist gleich im zweiten Halbjahre 1906 die gewaltige Zahl von 15 250 817 Passagieren auf. Im ersten Halbjahre 1907 sind es gar 20 088 199. Im Winterhalbjahre 1907 zählte man noch 18 301 815 Passagiere. Der Rückgang ist auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur zurückzuführen. Prozentual stieg die Zahl der Viererklasse-Passagiere von 63,32 im zweiten Halbjahre 1906 auf 69,39 im ersten Halbjahre 1907 und 72,01 im zweiten Halbjahre 1907. Die Einnahmen, die die Bahn durchschnittlich von einem Passagier bezieht, sinken von 48 Pf. im ersten Halbjahre 1906 auf 31 Pf. im zweiten Halbjahre 1907. Im gleichen Verhältnis sinkt die Einnahme pro Personen-Kilometer.

Wie diese „Eisenbahnreform“ auf die Finanzen des Staates gewirkt hat, zeigt der den Ständen vorliegende Etat. —

Das neue Fünfundzwanzigpfennigstück.

Am 16. Januar dieses Jahres ist im Reichshofamt unter dem Vorsitz des Staatssekretärs das Preisgericht zusammengetreten, das über die Entwürfe für ein neues Fünfundzwanzigpfennigstück entscheiden sollte. Es waren mehr als 400 Vorschläge eingegangen. Nachdem hiervon 23 zur engeren Wahl gestellt worden waren, wurden drei von diesen ausgewählt, denen die drei Preise, und zwar einstimmig, zuerkannt wurden. Die Eröffnung der die Namen der Künstler enthaltenden verschlossenen Umschläge ergab, daß den ersten Preis mit 2000 M. Herr August Häuber in Wödingen (Württemberg), den zweiten Preis mit 1600 M. Herr Hugo Kaufmann in Berlin und den dritten Preis mit 1000 M. Herr A. Kraumann in Frankfurt a. M. erhalten hat.

Das Ende des Falles Schilling.

Der Regierungspräsident von Schleswig, von Dolega-Rozierowski, M. nachdem er längere Zeit krank war, nunmehr verabschiedet worden. Damit dürfte der Fall Schilling erledigt sein; denn die Freisinnigen werden voraussichtlich den Rücktritt des Regierungspräsidenten als eine große Konzeption betrachten, und unter diesen Umständen darauf verzichten, den Fall Schilling noch weiter zu erörtern.

Das „persönliche Regiment“ beschlagnahmt.

Die Postgel in Br. Stargard hat tausend Exemplare des Flugblattes „Das persönliche Regiment“ in der Wohnung unseres dortigen Vertrauensmannes beschlagnahmt. Eine Anordnung der Staatsanwaltschaft zur Beschlagnahme liegt nicht vor, wenigstens wurde unserem Genossen bei der polizeilichen Vernehmung eine derartige Anordnung nicht gezeigt. Auf die Frage unseres Genossen, warum das Flugblatt, das ungeschädigt seit Wochen in ganz Deutschland verbreitet wird, der Preuß.-Stargarder Polizei so staatsgefährlich erscheint, antwortete der vernehmende Beamte, man habe sich in anderen Orten eben nicht erwidern lassen. Preuß.-Stargard ist übrigens bereits gut mit dem fraglichen Flugblatt besetzt, und zwar lange vor der Beschlagnahme.

Die Balkankrise.

Das österreichisch-türkische Uebereinkommen. Konstantinopel, 18. Januar. Heute nachmittag erfolgte die Unterzeichnung des Protokolls über die türkisch-österreichischen Verhandlungen durch den Großwesir und den Botschafter Markgraf von Kolowrat. Die Verhandlungen sind da-

mit in Konstantinopel Sechset. Das Protokoll wird nach Wien zur endgültigen Annahme durch die österreichische Regierung geschickt, worauf Oesterreich innerhalb 15 Tagen 2 1/2 Millionen Pfund der Türkei zahlen wird. Wie verlautet, befindet sich in dem Protokoll ein Artikel, wonach die Bekenner des Islams in Bosnien und Herzegowina das Recht erhalten sollen, als türkische Staatsangehörige nach der Türkei auszuwandern.

In der türkischen Deputiertenkammer wurde die weitere Beratung einer von dreizehn Abgeordneten eingebrachten Interpellation über die bosnische Frage, für die vom Abgeordneten Said die Dringlichkeit beantragt war, nach kurzer Debatte vertagt und soll erst beraten werden, wenn das Kabinett das Protokoll über die Verständigung mit Oesterreich-Ungarn vorlegen wird.

Oesterreich.

Der bosnische Landtag.

Zudapest, 17. Januar. Der Reichsfinanzminister Baron Burian äußerte einem Interpellator gegenüber, er hoffe, der bosnische Landtag werde im Sommer d. J. zusammenzutreten können. Er werde wieder mit dem ungarischen noch mit dem österreichischen Parlament in organischem Zusammenhang stehen und auf Grundlage der katholischen und der mohammedanischen Wählerkurie gewählt werden.

Die nationalistischen Kaufereien.

Frag, 17. Januar. Heute vormittag kam es auf dem Graben gelegentlich des Bummels der deutschen Konleurestudierten wieder zu mehrfachen Zusammenstößen zwischen diesen und tschechischen Demonstranten, so daß der Graben von Gendarmen geräumt und abgesperrt werden mußte. Heute abend fanden vor dem Deutschen Hause große Ansammlungen statt.

Frankreich.

Anständige Steuerpolitik.

Paris, 18. Januar. Der Finanzminister beabsichtigt, zur Deckung der notwendigen Ausgaben für das Arbeiterversicherungsgesetz eine Zuschlagssteuer auf Erbschaften in Vorschlag zu bringen.

Die Marokkodebatte.

Paris, 19. Januar. Deputiertenkammer. Nach Annahme einer Vorlage betreffend einen Ergänzungskredit von 600.000 Franc zur Unterstützung von Arbeitswilligen, die unter Umständen zu Leiden haben, schloß die Kammer die Interpellation wegen Marokko fort.

Jaurès sprach die Befürchtung aus, die verständliche Haltung und Uneigennützigkeit Frankreichs in Marokko, die bezweide, eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich zu erleichtern, stoße sich an der feindlichen Diplomatie leitender Kreise in Deutschland und ein deutsch-englischer Konflikt, der von gewisser Seite als unvermeidlich bezeichnet werde, mache alle Friedenshoffnungen zunichte. Jaurès stellte dann fest, daß die Regelung des lächerlichen Zwischenfalls von Casablanca zu einem Sieg des Schiedsgerichtshofes geführt habe. Beide Länder hätten noch ganz kürzlich für eine friedliche Erledigung der Balkanfragen zusammengearbeitet. Das französische und das deutsche Proletariat ständen nicht mehr allein mit dem Wunsche nach einer Annäherung der beiden Länder, die bei der nicht konsequenten deutschen Diplomatie Hindernisse gefunden habe, die die französische Diplomatie nicht vorhergesehen, und ebenso bei der Presse beider Länder, die die marokkanischen Zwischenfälle verschärfe. Jaurès sieht überall Zeichen einer Entspannung. Elsass-Lothringen könne die schöne Rolle zu, die beiden Länder zu versöhnen. Der schwerste Fehler Deutschlands in den letzten 37 Jahren sei es gewesen, bei dem Zwischenfall von Casablanca eine Note abzugeben zu haben, die vielleicht einem Ultimatum ähnlich sähe.

Am Casablancastreik habe Frankreich die Meinung der Völker für sich gehabt. Ein Sturz von fiese Frankreich keine Furcht ein und daher habe sich, als Professor Schiemann von der Ungeheuerlichkeit gesprochen habe, Frankreich als Geißel anzusehen, die ganze Nation erhoben, um Freiheit des Handels für sich zu fordern, bereit, den letzten Seufzer ihres letzten Mannes zu opfern. Da aber wegen der Gleichheit ihrer Kräfte weder Deutschland noch Frankreich etwas von einander zu fürchten hätten, könnten sie ohne weiteres den Weg der Annäherung betreten. England werde darüber nicht aufgebracht sein, denn es wünsche das Ende der Zweideutigkeiten. Jaurès kam dann auf den Bericht Chautemps zurück, von dem er am Freitag gesprochen habe, und verlangte, daß der Minister genaue Angaben machen solle über die zukünftige Einrichtung der französisch-marokkanischen Posten in der Gegend von Muluja. Redner bedauerte, daß der Gesandte Regnault abgereist sei, um mit Muluja Hafid zu verhandeln, ohne daß die Kammer diese Instruktionen gebilligt hätte. Zum Schluß besagte Jaurès die allzu groben Rüstungen sämtlicher Länder. (Beifall auf der äußersten Linken.) Denys Cochin warf dann der Regierung vor, daß sie Millionen für Marokko verausgabte und Menschen hingeopfert habe ohne es verstanden zu haben, eine Partei zu ergreifen; er verleihe nicht den Gedanken der Neutralität der Regierung. Es sei unheilvoll gewesen, daß Befehle aus Paris die französischen Offiziere aufgehalten hätten, die bereits den Sieg in den Händen hatten.

Die Kammer nahm mit 380 gegen 98 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, und bewilligte die Ergänzungskredite für Marokko mit 459 gegen 67 Stimmen.

Norwegen.

Die Eröffnung des Storting.

Kristiania, den 12. Januar. (Fig. Ver.) Das Storting trat heute zur letzten Session dieser Wahlperiode zusammen in einer politischen Situation, die unklarer ist denn je. Die Linke hat sich in 3 bis 4 Teile aufgelöst. Aber auch die Rechte kann sich nicht mehr halten. Nachdem die nationalen Fragen so ziemlich gelöst sind, beginnt die Interessenpolitik der Selbststarken.

Ob die Session ohne Krise abläuft, ist zweifelhaft. Das Ministerium Knudsen wird auf alle Fälle ein Vertrauensvotum verlangen unter der Voraussetzung, daß der aus allen Lagern stark angegriffene Verteidigungsminister, der Norwegen nicht nur eine neue Heeresordnung aufbinden will, sondern auch mehr Soldaten, Festungen und Kriegsschiffe, daß dieser Säbelträger demissioniert. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, daß die Heeresordnung, die eigentlich schon in voriger Session erledigt werden sollte, nun doch noch als Brandfadel für die Herbstwahlen, an denen sich die Frauen zum ersten Male beteiligen, unter die Wähler geworfen werden wird.

Die Thronrede enthält manche gute Worte und eine Masse alter stets wiederkehrender Versprechungen.

Aus dem Generalbericht über den Zustand des Reiches geht hervor, daß die Landwirtschaft im verflochtenen Jahre einen sehr guten Ertrag gegeben hat. Die Schiffsahrt hingegen ist durch die findenden Weltkonjunkturen in Schwierigkeiten geraten. Die übrigen Erwerbszweige haben teilweise unter ungünstigen Verhältnissen gearbeitet. Arbeitslosigkeit in größerer Ausdehnung hat sich zwar noch nicht bemerkbar gemacht, die Aussichten sind aber weniger gut.

Das Budget enthält einige Gehaltsbesserungsvorschläge für die unteren Beamten. Die Volksschullehrer müssen sich damit begnügen, daß der König seine Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Volksschule sowie auf die Gehälter der Lehrer gerichtet hat.

Dem Storting werden gleichzeitig eine ganze Reihe wichtiger Gesetzvorlagen angehängt, worunter das allgemeine Steuergesetz, die Krankenversicherung und ein Gesetz über uneheliche Kinder die wichtigsten sind.

Rußland.

Kurlow.

Vor kurzem ist Kurlow, einer der schlimmsten Reaktionenäre, zum Gehilfen des Ministers des Innern ernannt worden. Was das zu bedeuten hat, sagt ein Rückblick auf die frühere Tätigkeit dieses Mannes, über die uns aus Petersburg geschrieben wird: Der Name dieses Mannes ist demnach mit blutigen Lettern in der neueren russischen Geschichte eingegraben, daß man nur mit Schauern seiner Vergangenheit sich erinnert. Von allen Städten jedoch, die er als Gouverneur heimgesucht hat, ist es namentlich Minsk, das bis auf den heutigen Tag den neuen Gehilfen Stolypins mit wütendem Haß verfolgt. Denn noch nicht gebellt sind die Wunden, die er in den Oktobertagen des Jahres 1905 der Minsker Bevölkerung verlehrt hat. Auf sein Anstiften hin fand damals vor dem Bahnhofgebäude der Romny-Libau-Station in Minsk ein schauerliches Gemetzel statt, bei welchem im Laufe von wenigen Minuten über fünfzig Leute durch die Kugeln von Soldatenflinten oder Schupmannskrevolvern den Tod gefunden haben und über hundert Leute schwer verwundet oder verstümmelt worden sind. So hatte Kurlow mit einem von ihm selbst gestifteten und von unschuldigen Tausenden besuchten Meeting abgerechnet, als es das Verfassungskomitee jubelnd und kühnlich feierte.

Ein Schrei des Entsetzens hatte sich dann in Minsk erhoben, und die unglückliche Stadt entsandte in jenen Tagen eine Spezialdeputation nach Petersburg, um die Abberufung Kurlows zu erwirken. Der damalige Premier Witte gestand wohl ein, daß Kurlow ein „unmöglicher Mann sei“, aber der bald mächtig gewordene Durnowo nahm als Minister des Innern seinen Gesinnungsgenossen unter seinen speziellen Schutz. Es kam sogar so weit, daß die erwähnte Deputation gemahregelt wurde. Erst viel später befreite die Regierung die Stadt Minsk von dem verhassten Mann, der ein anderes Gouvernement erhielt.

Kurlows Rolle in der Pogromzeit scheint aber oben untergessen geblieben zu sein. Denn nunmehr ist der „unmögliche Mann“ auf eine der einflussreichsten Stellen emporgeschwemmt. Dazu aussersehen, mit den „Rechten der Revolution“ aufzuräumen, bedeutet Kurlow ein klar und unzweideutiges Programm, das Programm des Schwarzen Hundes, das Programm der Pogrome. Was aber hat noch Stolypin zu sagen, wenn der schlaue Fuchs Kurlow im Ministerium des Innern schalten und walten soll?

Türkei.

Die Helfershelfer des Despotismus.

Konstantinopel, 18. Januar. Die Deputiertenkammer beschloß nach längerer Beratung mit großer Mehrheit, den Antrag des Großwesirs betreffend das Vorgehen gegen die abgesetzten, geflüchteten und verhafteten Würdenträger des alten Regimes einer Sonderkommission zu überweisen.

China.

Kein Systemwechsel.

Peking, 16. Januar. Dem englischen und dem amerikanischen Gesandten wurde vom Prinzen Tschung die Versicherung gegeben, daß die Entlassung Juanschikais keine Aenderung der chinesischen Politik bedeute.

Amerika.

Panama.

New York, 18. Januar. Infolge der bekannten Panama-Berichte, in denen Präsident Roosevelt der Begünstigung der Korruption bezichtigt wurde, leitet die Bundesbehörde ein Kriminalverfahren wegen Verleumdung gegen die „New York World“ sowie sechs Washingtoner Korrespondenten ein.

Gewerkschaftliches.

Königlich preussischer Terrorismus.

Eine Begebenheit, die sonnenklar zeigt, daß die schlimmsten Vertreter des wirtschaftlichen Terrorismus durchaus nicht in den Reihen der Gewerkschafter und Sozialdemokraten zu suchen sind, wird aus Liegnitz gemeldet.

Einem Kutscher, der aus irgend einem Grunde der dortigen königlichen Eisenbahninspektion mißfiel, ging das folgende Schreiben zu:

„Paul Liebe, Expedition, Kommission, Möbeltransport. Inlasto, Kontor und Lagerplatz: Gerichtsstr. 12. Tel.-Nr. 297 Liegnitz, 12. Dezember 1908.“

Kutscher Engmann hier.

Hiermit kündige ich Ihnen die bei mir innegehabte Kutscherstelle für den 25. Dezember d. J. auf Grund des Drängens der königlichen Eisenbahninspektion, hier.

Die Angelegenheit ist im Speditorenverein dargelegt worden, nun können Sie insoweit beilegen, daß kein hiesiger Speditur mehr angestellt werden.“

Schlimmer, als hier eine königlich preussische Eisenbahnbehörde, kann der ärgste Scharfmacher nicht handeln. Die privaten Scharfmacher schwingen die Hungerpeitsche meist nur über die eigenen Arbeiter. Die königliche Eisenbahninspektion behnt ihren Terror sogar auf die Arbeiter in Privatbetrieben aus.

Herr v. Weitenbach wird im preussischen Landtag Gelegenheit nehmen müssen, vor aller Welt zu erklären, ob er sich mit solcher dauernden Arbeitslosigkeit preussischer Staatsbürger identifizieren will.

Berlin und Umgegend.

Die Regierung als Lohnbrüderlein in unserem Gewerbe lautete die Tagesordnung einer vom Deutschen Holzarbeiterverbande (Wand der Korbmacher) am Sonntag im Gewerkschaftshaus eintretenden öffentlichen Versammlung. Pappe vom Zentralvorstand hatte das Referat übernommen und gab in großen Zügen ein Bild von der außerordentlich traurigen Lage der in diesem Berufe beschäftigten Arbeiter. Redner war selbst lange Jahre in Thüringen und Oberfranken, wo die Korbmacherei zu Hause ist und schilderte in ergreifender Weise das Elend der dortigen Korbmacherfamilien. Doch sei dies nicht nur für jene Gegenden spezial, sondern treffe mit kleinen Abweichungen auf die gesamte Korbmacherei zu. Als 1906, in der Zeit der höchsten Konjunktur, eine Lohnstatistik für ganz Deutschland aufgenommen wurde, stellte es sich heraus, daß der Durchschnittslohn 20,08 M.

pro Woche und Arbeiter betrug. In vielen Orten wurden aber 12 bis 13 M. festgestellt. Dabei waren gerade die rückständigsten Gegenden, Thüringen und Oberfranken, in dieser Erhebung nicht miteinbegriffen, weil es bei der Unwissenheit der dortigen Arbeiterschaft nicht möglich war, statistisches Material zu erlangen. Aber selbst wenn man 20 M. als Durchschnittslohn annehme, müsse jeder einsichtige Mensch zugeben, daß bei diesem Gelde eine menschenwürdige Existenz nicht möglich ist. Ein Hoffnungsstimmer leuchtete den Korbmachern auf, als die Regierung mit Lieferungen von Geschloßlöcher auf dem Plan erschien. Tatsächlich war es den Arbeitern möglich, bei den damaligen, allerdings provisorischen Preisen auskömmliche Löhne zu verdienen. Bald aber kamen Rücksätze, da die Korbmacher, in der Freude über die günstige und bald wieder vorübergehende Gelegenheit, nicht Maß hielten und aus einer Woche anderthalb machten, wobei einzelne besonders flinke Arbeiter bis nahezu 100 M. in der Woche kamen. Als die zweite Lieferung in Aussicht war, rüsteten in Oberfranken und Thüringen sich ganze Korbmacherdistrikte zum Auszug, um gleich einer Völkerwanderung nach den Eldorados zu ziehen und so auch an dem vermeintlichen Goldregen teilzunehmen. Doch ihre Hoffnungen wurden zu Wasser, denn als 1907 die zweite Lieferung herauskam, waren die Preise schon erheblich gesunken. Die Verbandleitung im Verein mit der Generalkommission versuchten den Preis pro Korb auf 4,60 M. zu halten, jedoch war dies nicht möglich und so sank dieser bis auf 3 M. herab. Als nun vor einigen Monaten wieder eine Lieferung Geschloßlöcher in Sicht war, zeigte es sich, daß auch der Satz von 3 M. nicht zu halten war. Die Unternehmer zogen nach Oberfranken und Thüringen, mieteten sich in den Ortsgemeinden Tongale (!) und liehen die einheimischen Arbeiter darin arbeiten. Im Laufe des Sommers, als hier um den Dreimarktag gestreikt wurde, zahlte man dort 1,80—2 M., ja bis 1,50 M. ging der Preis herunter. Bei den nachfolgenden Lieferungen war auch schon vom Ministerium für Heeresverwaltung der Preis auf 3,20—3,75 M. herabgesetzt. Jetzt zahlen die Unternehmer auf der ganzen Linie 1,80—2 M. Dabei könne man nicht mehr menschenwürdig existieren. Man müsse fragen, ob die Heeresverwaltung das billige. Oder soll bei den Korbmachern mit der Realisierung der Bülowischen Spartheorien begonnen werden? Der Staat hat ein Interesse daran, daß auskömmliche Löhne gezahlt werden. Redner unterzieht dann noch das Submissionswesen einer herben Kritik, bei dem sowohl der Staat als auch die Arbeiter geschädigt werden. Die Lieferungsverträge müssen den Paffus enthalten, daß tarifliche Abmachungen respektiert werden und daß die Arbeit nicht in die Kleinindustrie geht. Auch die Zwischenmeister müßte man unbedingt ausschalten. In Oberfranken verdienten Korbmacher 3 M. die Woche und mühten davon leben mit ihrer Familie, wie er selbst gesehen habe, das wirke verberberlich auf die gesamte Korbmacherei. Von den Behörden werde feis gesagt, es ließen keine Beschwerden seitens der Arbeiterschaft auf; nun, der Vorstand habe eine Petition im Sinne des heutigen Referats ausgearbeitet, die dem Kriegsminister zugehen solle. Das beste Mittel sei allerdings eine starke Organisation.

Nachdem der Vorsitzende die Petition verlesen hatte, stimmte die Versammlung einstimmig dafür.

Deutsches Reich.

Neugierige Scharfmacher.

Der Arbeitgeberverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen verleiht gegenwärtig an seine Mitglieder einen Fragebogen zur Feststellung der Zahl der in den einzelnen Betrieben im vergangenen Jahre durchschnittlich beschäftigt gewesen Tischler, Bildhauer, Polierer, Maschinenarbeiter usw. Dieser Fragebogen erscheint an sich harmlos, er dient wahrscheinlich dazu, um den Jahresbeitrag festzusetzen, den der einzelne Unternehmer an den Scharfmacherverband zu zahlen hat. In Ludenwalde jedoch ist diesem Fragebogen noch ein besonderer Vogen beigelegt, auf welchem die Personalien jedes einzelnen Arbeiters aufgeführt werden sollen. Und zwar sollen nicht nur angegeben werden der Vor- und Zunahme des Arbeiters, dessen Geburtsdatum und -ort, sein Verdienst, ob derselbe verheiratet ist und Kinder hat, sondern auch, ob dessen Frau arbeitet und wo und was sie arbeitet. Was in aller Welt, möchte man sagen, geht es die Unternehmer an, ob und wo und was die Frau des Arbeiters arbeitet. Die Antwort ist sehr leicht zu finden. Diese freche Verpöhlung der Arbeiter dient dazu, um bei einem Streik oder einer von den Unternehmern inszenierten Aussperrung, letzteres gehört in Ludenwalde in den Bereich naher Möglichkeit, den eventuellen Beschäftigungsort der Frauen der Streikenden oder Aussperrten ausfindig zu machen, um diese, die Frauen, dann ebenfalls brotlos zu machen. Die ganze Fragerei geschieht nur deshalb, um den Unternehmern Waffen in die Hand zu geben für den Kampf gegen die aufstrebende Arbeiterschaft. Wenn also ein Unternehmer demnächst seinen Arbeiter fragt, ob seine Frau auch mitberdient, so geschieht dies nicht aus dem Gefühl der Anteilnahme am Leben des Arbeiters heraus, sondern um den Arbeiter besser knebeln zu können. Eine andere Frage auf diesem Vogen lautet: Bezieht der Arbeiter Unfallrente? und die letzte: Ist derselbe organisiert? Nach dem Vorhergesagten ist es leicht zu erraten, weshalb gerade die letztere Frage gestellt ist. Es ist deshalb gut und zweckmäßig, wenn der Arbeiter einem neugierigen „Arbeitgeber“ die Antwort erteilt, daß dies alles Sachen seien, welche keinem nachweisen Unternehmer etwas angehen.

Schuhmacherstreik in Frankfurt a. M. In der Schuhfabrik von R. und W. Nathan in Frankfurt a. M. sind sämtliche Arbeiter in Streik getreten. Vor Weihnachten hatten die Arbeiter dieser Fabrik einen Streik erfolgreich beendet und nun mahregelte die Firma vier Arbeiter, was einen neuen Streik zur Folge hatte. Die Firma sucht überall Streikbrecher. Zugug von Schuhmachern nach Frankfurt a. M. ist fernzuhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ermordet.

Beuthen (Oberschl.), 18. Januar. (D. H.) Ein Frauenmord feht die Ortshafth Schorlen in größte Aufregung. Die 60 Jahre alte Ehefrau des Ausheser Dollar trug ihrem Manne das Abendessen nach der Arbeitshütte und wurde auf dem Rückwege von Wegelagerern überfallen und ermordet. Lage und Befund der Leiche weisen auf ein Sittlichkeitsverbrechen hin.

Panik in der Schule.

Kirn (Wolz), 18. Januar. (D. H.) In der Küche eines Lehrershauses entstand ein Brand. Der verurteilte Rauch drang auch in den Oberstod, wo sich die Schüler befanden. Der Lehrer wurde alsbald von dem Brande benachrichtigt, worauf er in seine Wohnung eilte. Dies war das Signal für die Schüler, sich in Sicherheit zu bringen und zu flüchten. Es entstand ein fürchterliches Gedränge. Einzelne sprangen aus den Fenstern, um sich aus den vermeintlichen Flammen zu retten. Ein Dutzend trug dabei Verletzungen davon.

Folgenschwerer Zusammenstoß.

Turin, 18. Januar. (D. L. B.) Ein Automobil, welches eine Probefahrt machte, rutschte infolge der Hastigkeit des Erbreichs aus und stieß mit einer Dampfstrambahn zusammen. Von den vier Insassen wurden zwei getötet, von denen der eine, der Führer des Automobils, ein Deutscher namens Otto Bed ist. Von den beiden anderen wurde einer schwer und einer leicht verletzt.

Reichstag.

187. Sitzung vom Montag, den 18. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Nieberding.

Auf der Tagesordnung steht die

Zweite Beratung des Etats für die Reichsjustizverwaltung

Die Beratung beginnt bei Titel „Gehalt des Staatssekretärs“ 44000 M.

Abg. Dr. Wagner (L.): Auch unabhängig von den großen Reformen, welche das Reichsjustizamt beschäftigen, ist eine Aenderung des Grundstücksrechts notwendig, die unbegründete Bevorzugung der Hypothekengläubiger muß beseitigt werden.

Abg. Dr. Selzer (S.): Durch die Reform des Amtsgerichtsverfahrens wird die Lage des Anwaltsstandes ungünstig beeinflusst werden; da sollte der Staatssekretär erwägen, ob in Armutssachen dem Anwalt die baren Auslagen nicht aus der Staatskasse ersetzt werden sollen.

Abg. Dr. Selzer (S.): Durch die Reform des Amtsgerichtsverfahrens wird die Lage des Anwaltsstandes ungünstig beeinflusst werden; da sollte der Staatssekretär erwägen, ob in Armutssachen dem Anwalt die baren Auslagen nicht aus der Staatskasse ersetzt werden sollen.

Bei dem Prozesse Eulenburg beklagen wir, daß durch ihn Lafter und Falschheiten in weiten Schichten unseres Volkes bekannt geworden sind, von denen diese Gott sei Dank bisher nichts gewußt haben.

Kleines feuilleton.

Wilhelm Bölsche sprach am Freitagabend in der Singakademie über „Das Tier im Menschen und der Mensch im Tiere“.

Theater.

Neues Schauspielhaus: König-Gastspiel. Die Rolle des Mark Anton in Shakespeares „Julius Caesar“.

Leffing-Theater: „Der König“, „Mulle von Callabet, Piers und Krone“.

gefangenen den Besuch seiner Familie zu erhalten! Und wo bleibt der Angeklagte, der für das Gefängnis zu krank ist und dem kein Schloß zur Verfügung steht?

Staatssekretär Dr. Nieberding:

Die Vorlage der Strafprozessreform wird, denke ich, an den Reichstag gelangen, bevor noch die Etatsberatung abgeschlossen ist.

die Novelle zum Strafgesetzbuch.

trotzdem manche Bedenken gegen eine vorläufige Ordnung der Materie durch Novellen sprechen, dem Bundesrat zugegangen, und ich hoffe, daß es nicht lange dauern wird, bis sie an den Reichstag gelangt.

Gesekretentwurf über die Haftpflicht der Reichsbeamten

liegt dem Bundesrat vor. Zum Abschluß kann er aber erst kommen, wenn wir übersehen können, wie der gleichartige Gesekretentwurf in Preußen gestaltet werden wird.

Eine Neuregelung der Gehälter der Sachverständigen und Zeugen eintreten zu lassen, ist sehr schwierig zu einer Zeit, in welcher auf allen Gebieten möglichste Sparsamkeit geübt werden soll.

Herr Abgeordneter Wagner führte Klage über die Ueberlastung des Reichsgerichts. Wir erkennen diese Klagen an, und es sind bereits Vorarbeiten im Gange, um diesem unliebsamen Zustande abzuhelfen.

Abg. Dr. Heinze (nall.): Notwendig ist eine Herabsetzung der viel zu harten Mindeststrafen für Diebstahl im Rückfall und Betrug.

beschl. bildete die ausgelassene Doune dieser Pariser Faschingsposse eine um so angenehme Ueberlastung. Ein Seitenstrich weit ab von den sonst an dieser ernsthaftesten und strengsten Berliner Bühnenstätte verfolgten Wegen.

Das der Spah, den die Autoren treiben, Frivolitäten nicht aus dem Wege geht, im Gegenteil sie aufsucht, hat er mit allen Exemplaren seines Genres gemein.

Herr Bourdier, eine den Sozialismus als Pose ausnuzhende Parlamentsgröße, die sich ihre fulminanten Anlagereben von einem Sekretär diktieren läßt, und im Privatleben grenzenlose Genußsucht vor gekrönten Häuptern empfindet, hat das Vergnügen und die Ehre, mit einem leidhaftigen von Gottesgnadenmann, einem gemäßigten Bojarenfürsten, der sich von den Strapagen der Regierung zu Paris erholt, in ganz intime Beziehungen zu kommen.

Die Aufführung, bei welcher Forest, Reicher, Mart sowie Ida Wäst und Irene Trieb in erster Reihe standen, war ausgereizt. Der Erfolg, den der Schwan schon früher in Paris gehabt, dürfte ihm nach der Aufnahme der Premiere auch in Berlin treu bleiben.

Freie Volkshäuser (im Herrnsfeld-Theater). Der Probekandidat, das Schulmeisterdrama aus der Sphäre höherer Lehranstalten von Max Dreher, interessierte bei seiner Erstaufführung am letzten Sonntag ausnehmend.

durch die Juristentagung in Karlsruhe ging. Auch das Reichsgericht verfährt sich diesem Zuge nicht und revidiert seine so vielfach kritisierte Stellungnahme zu Koalitionsfragen, Streik, Boykott, Konkurrenzklause.

Abg. Heine (Soz.):

Ich beabsichtige nicht, hier auf alle Gänge der reichhaltigen Speisekarte neuer Justizgesetze einzugehen. Der Staatssekretär erklärte uns, mit der Regelung der Haftpflicht der Beamten wolle das Reich warten, bis Preußen die Materie geregelt habe.

Ueber die Ueberlastung des Reichsgerichts, die gewiß bis zu einem gewissen Grade besteht, will ich mich hier nicht weiter äußern. Ebensovienig will ich jetzt auf die Reform der Strafprozessordnung eingehen.

Eine Frage ist hier berührt worden, die auch ich nicht unberührt lassen kann: Herr Abg. Selzer hat die Vernehmung von Sachverständigen wegen literarischer und sittlicher Vergehen berührt.

Abg. Dr. Heinze (nall.): Notwendig ist eine Herabsetzung der viel zu harten Mindeststrafen für Diebstahl im Rückfall und Betrug. Die Haftung des Reiches für seine Beamten sollte analog der entsprechenden preussischen Vorlage geregelt werden.

Reizend verstand Elisabeth Barteld des Mittelhelden Verlobte zu geben. Eine ganz vorzügliche Leistung hinsichtlich Witz, Sprechweise und Haltung bot Max Jilzer als Präpöbitus von Korff.

Humor und Satire.

Kulturpioniere.

Der S-eldenpeters mimt mal wieder den Unschuldengel vor Gericht. Wie ist er tren, wie ist er bieder, wenn er von seinen Laten spricht!

Und überhaupt: der arme Peters! Biel schlimmere gibt es anderswo: Als Meister des Jagobus-Lörers erscheint ein Mann in Pygma.

Wir sehn ihn: alles scheint uns anders, und unser Urteil lehrt sich um. Denn vor den Leistungen Colanders verblüht des Doktor Peters Ruhm.

Zwar ließ er prügeln gleich Colandern und half selbst einigen zum Tod, doch griff er nicht, gleich jenem andern, zur Menschenfütterung mit Kot.

In einem gleicht sich beider Bildnis und beider Wert für die Kulturen: sie lebten beide in der „Wildnis“ und machten dort aus Mädchen Hurern.

Notizen.

— Bölsche-Vortrag. Dienstag, den 19., abends 8 Uhr, findet in der Singakademie der zweite Vortrag von Wilhelm Bölsche über „Die Erziehung des Tieres durch den Menschen“ statt.

— Boykott der Genossenschaft deutscher Tonseger in München. Ueber 200 Münchener Konzertlokalinhaber hielten eine Protestversammlung ab, um sich gegen die aus dem Urheberrechtsgesetz ergebenden Antiemerksprüche der deutschen Tonsegergenossenschaft in Berlin zu äußern.

— Verichtigung. Wildenbruch war nicht, wie in der Sonntagnummer irrtümlich gedruckt wurde, Sohn eines Generals, sondern eines Gefandten.

Werden. Die Bedenken des Kollegen Belzer hiergegen zeugen nicht von Schwäche. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Novelle zum Strafgesetzbuch

Wenn die „Kölnische Zeitung“ in der Lage war, über diesen Entwurf, wie der Staatssekretär sagte, „vorteilhaft“ ziemlich eingehende Mitteilungen zu veröffentlichen, so hätte das Reichsjustizamt die gesamte Presse in den Stand setzen sollen, Mitteilungen über den Entwurf zu veröffentlichen. Im übrigen spreche ich dem Reichsjustizamt meinen Dank aus, daß es eine solche Novelle jetzt schon bringen und nicht bis zu einem vollständig neuen Strafgesetzbuch warten will. Meine Hoffnung auf das Zustandekommen eines solchen in den nächsten zehn Jahren ist sehr gering. Ich möchte aber bitten, daß die Novelle uns noch in diesem Winter zugeht, damit sie noch in diesem Jahre Gesetz werden kann. — In der Ankündigung der „Kölnischen Zeitung“ heißt es, der Begriff der Erpressung solle eingeschränkt werden. Vor etwa zehn Jahren haben wir zuerst auf diese Rechtsprechung über Erpressung hingewiesen, und es ist immerhin anerkennenswert, daß das Reichsjustizamt jetzt unseren Bedenken Rechnung trägt. Ich habe damals gesagt, daß das Reichsgericht an dieser verkehrten und das Rechtsgefühl verletzenden Auslegung schuld trägt, daß es aber nicht die Kraft haben würde, auf diesem verkehrten Wege umzukehren. Die Erfahrung hat mir recht gegeben: es ist notwendig, daß hier das Gesetz eingreift. Natürlich müssen wir abwarten, wie die Vorschläge der Regierung sind.

Die „Kölnische Zeitung“ kündigt ferner eine Milderung der Strafen bei einigen Delikten, wie Arrestbruch, schwerer Hausfriedensbruch an, bei welchen auf Freiheitsstrafe erkannt werden muß. Das hat meine Zustimmung. Wenn hätte ich aber auch eine Milderung bei § 114 gesehen, wo ebenfalls auf eine Freiheitsstrafe erkannt werden muß. Auch dieser Paragraph stellt eine Falle dar, in welche Unkundige leicht hineingeraten. So ist jetzt wieder ein Vaneer verurteilt worden, der an einen Weinbrenner schrieb: wenn er nicht diese oder jene Anzeige machte, würde er sich über ihn beschweren. Der Mann hat nur eine geschickte erlaubte Handlung angekündigt. Die Verurteilung des Mannes ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts vollkommen zu Recht erfolgt! Auch hier wünschte ich, daß das Gesetz eine mildere Auffassung ermöglicht.

Zu begrüßen ist, daß der Entwurf die Minderdiebstähle milder bestrafen will. Wünschenswert wäre es aber, den Diebstahl in allen Normalfällen zu einem Antragsdelikt zu machen. Jeder das Eigentum kann jeder frei verfügen, und wenn der Geschädigte selbst nicht das Bedürfnis nach Bestrafung des Schuldigen hat, so sollte eine Strafverfolgung nicht eintreten. Eine Ausnahme sollte man höchstens für die Fälle zulassen, welche das Gemeinwohl berühren, wo es sich also um gewerbmäßigen Diebstahl oder Bankendiebstahl handelt. Eine ungeheure Zahl von wertlosen Prozessen würde damit erspart werden, und der gute Ruf der Justiz würde dadurch nur gefördert werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Einem sehr bedenklichen Ziele scheint die Novelle aber zuzusteuern, wenn sie in manchen Beziehungen die Strafmaß erhöht. Dazu fehlt jedes Bedürfnis. Die Novelle faßt da an Fälle an, über welche die öffentliche Meinung sich erregt hat. Sie will die Milderung von Kindern schärfer bestrafen. Niemand kann solche Milderungen schärfer bestrafen als meine Parteigenossen. Aber eine Erhöhung der Strafen ist überflüssig, denn schon heute ist das Strafmaß so hoch, daß von dem Strafmaximum niemals Gebrauch gemacht wird. Ich erinnere an den Prozeß Colander, wo bei einer Reihe ganz schrecklicher Fälle auf eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten Gefängnis erkannt ist. Wegen jeden einzelnen Falles hätte im Maximum auf 5 Jahre, insgesamt auf eine Gesamtstrafe von 10 Jahren erkannt werden können. Ich will nicht sagen, daß ich eine Strafe von 10 Jahren gewünscht hätte, das würde auch mir zu hoch erscheinen in einem Falle, in welchem der Verurteilte nicht der einzige Schuldige ist, sondern wo die Aufsichtsbreanten die Schuld haben und das ganz verriete System der polizeilichen Fürsorge für Minderjährige. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn eine Erhöhung des Strafmaximums nicht beabsichtigt ist, so bleibt mir eine solche des Strafminimums, und da frage ich alle Juristen hier im Hause: empfindet nicht jeder Richter das Bestehen des Strafminimums oft als eine ihn einengende Fessel? (Lebhaftes Gehör!) Es lassen sich immer Fälle denken, in denen man das Strafminimum für zu hart hält. Namentlich bei Milderungen von Kindern gibt es immer Fälle, wo der Denunziant nicht besser ist als der Angeklagte, wo die Anzeige aus Neid und Klatschlicht und Nachsucht erfolgt ist. Man sollte hier durch eine höhere Normierung der Mindeststrafen den Richtern nicht unnötige Schwierigkeiten machen, ich sage unnötige, denn wo es notwendig scheint, kann er auch heute schon über die Mindeststrafen hinausgehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Erhöhung des Strafmaßes für Verleumdungen.

Hohe Strafen sind aber kein Schutz für die Ehre. Ebensovienig massenhafte Anklagen wegen Verleumdung. Gerade die Massenhaftigkeit der Anklagen wegen Verleumdungen, mit denen die Presse und die öffentlichen Redner überschüttet werden, ist daran schuld, daß das Verantwortlichkeitsgefühl der Presse gegen Verleumdungen abgestumpft ist. Auch der wohlmeinendste Redakteur ist nicht sicher vor einer Anklage und einer Verurteilung. Daher empfindet er auch eine Verurteilung in dem Falle nicht als unehrenhaft, wo er wirklich frei von Verleumdung ist. Solange ein Teil der Presse sich inspirieren läßt von Leuten, deren Taktik darauf hinausläuft, die politischen Gegner nicht mit Gründen zu überwinden, sondern ihnen Injurien anzuhängen, wie der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, solange ist mit Anklagen wegen Verleumdungen nichts zu erreichen, namentlich nicht mit Erhöhung der Strafen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

§ 185 bezieht sich nur auf formelle Verleumdungen. Wegen einer solchen wird doch kein vernünftiger Mensch zum Richter laufen. § 186 handelt von der üblen Nachrede. Es ist ein empörender Zustand, daß es bei uns Leute gibt, die ihre politischen Feinde mit Verleumdungen verfolgen. Aber die Strafhöhe braucht deshalb nicht heraufgesetzt zu werden. Schon jetzt ist nach § 186 eine Verurteilung mit zwei Jahren Gefängnis möglich. Wann aber wird davon Gebrauch gemacht? Ich habe im vorigen Jahre den Fall unseres Kollegen Fischer vorgetragen; Fischer war in der „Post“ und in einer Reihe anderer Zeitungen, der „Freikämpfer Zeitung“ (auch die „Hamburger Nachrichten“ gehörten dazu), nachgesagt worden, er hätte als Leiter der Bornhardsdruckerei für Schmiergelder geben lassen, sich bescheiden lassen, er hätte ähnlich das zugegeben, gemeint, es wäre so ähnlich und die Parteigenossen hätten ihm diese Schmiergelder dazugegeben gelassen. Diese Gerüchte war von Anfang bis zu Ende erlogen. Derjenige, welcher die Verantwortung trug, welcher die Gerüchte zuerst in die Welt gesetzt hatte und der sich dann weigerte, sie zu widerrufen, als alle anderen Redakteure zum Widerruf bereit waren, dieser Redakteur ist mit 200 M. Geldstrafe davon gekommen. Unserem Kollegen Fischer lag natürlich nichts an einer Erhöhung der Strafe. Aber ich frage, kann man einem Menschen, welcher vom Vertrauen des Volkes abhängig ist, etwas Schlimmeres antun, als derartige Nachreden? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Und wenn das auf eine Geldstrafe von 200 M. erkannt wird, so frage ich, was ist dann eine Erhöhung der Strafmaßes notwendig? Das würde nur den Erfolg haben, daß in dem einen und dem anderen Falle ein — ich will mal sagen, etwas feuriger Richter? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — seinen politischen Gegner zu höheren Strafen verurteilt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber in allen Normalfällen wird es bleiben wie bisher. Um die Ehre zu schützen, ist vor allem notwendig, die unnützen Verleumdungsprozesse zu beseitigen. Das Reichsgericht hat in einem Urteilmis gesagt, die Kritik von gerichtlichen Urteilen wäre nicht zulässig, weil das keine wissenschaftlichen Leistungen wären. Von der Judikatur des Reichsgerichts gilt das unbefehalten. (Zustimmung und Heiterkeit.) Aber

bisher hatte ich jedes Urteil doch immerhin als den Versuch einer wissenschaftlichen Leistung angesehen, und auch ein mäßigener Versuch fällt unter den § 193.

Ein anderes Urteil des Reichsgerichts läuft darauf hinaus, daß gegenüber Amtshandlungen eigentlich niemand das Recht der Kritik hat. Aber die Leute, welche sich gegen Beamte und ihre Urteile wenden, haben auch ihre Ehre, und sie zu bestreiten, wird ihnen durch die Rechtsprechung verweigert.

Die neue Novelle zum Strafgesetzbuch soll dann nach der Ankündigung der angeblich populären Forderung nachgeben, daß der Wahrheitsbeweis ausgeschlossen ist, wenn die Verleumdung ausschließlich das Privatleben betrifft und öffentliche Interessen nicht berührt. Wenn das wirklich der Fall ist und wenn der Entwurf sonst Tausende von Verbesserungen brächte, wäre er für mich völlig unannehmbar gerade wegen des Schutzes der Ehre. Denn eine solche Bestimmung wäre ein Unheil gerade für die Verleumdigen. Stellen Sie sich den von mir schon früher erwähnten Fall Fischer vor. Unserem Reichstagskollegen Fischer wurden erdärmliche und ehrlose Handlungen nachgesagt. Die Staatsanwaltschaft in allen ihren Instanzen einschließlich ihres obersten Chefs, des preussischen Justizministers, erklärte: diese Verleumdung berühre nicht das öffentliche Interesse; wenn auch Herr Fischer Reichstagsabgeordneter sei, so habe das nichts zu sagen. Offenbar ist die preussische Justizverwaltung der Ansicht, daß ein Reichstagsabgeordneter keine Person ist, an der die Öffentlichkeit ein Interesse hat. Ein Reichstagsabgeordneter erscheint ihr wahrscheinlich als ein ganz überflüssiger, meist sogar höchst lästiger Mensch, den sie dahin wünscht, wo der Pfeffer wächst. (Heiterkeit.) Wenn Sie nun den Wahrheitsbeweis verbieten wollten, so hätte der Kollege Fischer gar nicht die Möglichkeit gehabt, nachzuweisen, daß er gar keine Schmiergelder genommen hat; dann wäre einfach der Redakteur der „Post“ zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er unbefugt das Privatleben betreffende Tatsachen veröffentlicht habe! Damit ist der Ehre des Verleumdigen keine Genugtuung gegeben. (Sehr wahr! links.) Aber auch eine berechtigte Kritik würde durch diese Bestimmung abgeschnitten werden. Nehmen Sie z. B. an, ein Arbeiter beschwerte sich in Zuschriften an die Presse oder an die Behörden über Mißstände in der Verwaltung einer Fabrik, über Nichtbeachtung der Arbeiterschutzvorschriften oder übermäßige Ausbeutung. Würde dann Anklage wegen Verleumdung gegen ihn erhoben, so würde ihm der Wahrheitsbeweis abgeschnitten, weil ein öffentliches Interesse nicht vorläge. Mit so vagen Begriffen kann man die Ehre nicht besser schützen, sondern die Verhältnisse nur verkommen lassen. (Sehr wahr! links.) Wir dürfen zur Justiz nicht das Vertrauen haben, daß sie den Begriff des öffentlichen Interesses immer völlig unparteiisch und ohne Mißgriffe anwenden wird, wir haben in dieser Beziehung viel zu schlechte Erfahrungen gemacht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In wie geistlicher Weise hat z. B. in dem Prozesse gegen den Bergmann Krämer im Jahre 1904 das Landgericht Saarbrücken jeden Beweis über die Mißstände auf den staatlichen Grund, die Wahlbeeinflussungen, die wirtschaftliche und politische Unterdrückung der Arbeiter verhindert! Man sollte doch meinen, daß es wahrscheinlich im öffentlichen Interesse läge, festzustellen, ob auf den staatlichen Grund so schwere wirtschaftliche und politische Mißstände bestehen, aber das Gericht hat damals dem Gesetze zuwider jegliche Beweiserhebung abgelehnt. Welche Bedeutung dieser Prozeß und seine ungehinderte Durchführung vor dem Trierer Landgericht gehabt hat, daran möchte ich besonders die Mitglieder der Zentrumspartei erinnern, die unmittelbar interessiert sind, weil es sich da ja hauptsächlich um die Unterdrückung von Zentrumarbeitern handelte. Auch im Falle Rolke-Harden hätte die Unterdrückung des Wahrheitsbeweises durchaus nicht im Interesse des Privatklägers Graf Rolke gelegen. Er hätte den Gerichtsfall abdamn mit einem obliegenden Urteil verlassen, aber hinter ihm wäre das allgemeine Urteil hergelaufen: Er ist doch so einer (Große Heiterkeit), sonst wäre das Gegenteil schon in der Verhandlung dargelegt worden. Es kann nichts Gefährlicheres geben, als die Einschränkung des Wahrheitsbeweises in solchen Prozessen.

Damit komme ich zum

Prozeß Eulenburg.

Es ist mir sehr angenehm, daß mir in der Kritik diesmal ein Zentrumabgeordneter vorangegangen ist, sonst hätte es wieder geheißen: Der Abg. Heine hat gegen unseren ganzen Nichterstand empörende Verleumdungen geschrieben, gegen die ich entschieden protestieren muß. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Jurist: Das wird er doch sagen!) Der Herr Staatssekretär hat auf die Bemerkung der Rede etwas ausweichend geantwortet. Er hat gesagt, daß in der Presse auch der Vorwurf erhoben worden sei, Fürst Eulenburg sei in diesem Prozesse zu grausam behandelt worden. Ich gebe gern zu, daß der Prozeß im Krankenhaus und am Krankenbett auf das öffentliche Empfinden einen unangenehmen Eindruck gemacht hat. Aber Fürst Eulenburg hatte es ja so gewollt. Man darf überhaupt die beiden Prozesse Rolke und Eulenburg nicht auseinanderreißen, sondern muß sie als Gesamtheit ansehen. Dann wird man sofort bemerken, daß ganz abgesehen von den letzten Tagen in der Charité, Fürst Eulenburg ganz anders behandelt worden ist als andere Menschen. (Lebhaftes Zustimmung.) Im Rolke-Harden-Prozeß wurde in der zweiten Instanz dem Fürsten Eulenburg gestattet, eine Verteidigungsrede für sich zu halten, und der Oberstaatsanwalt Dr. Hensel gab eine geradezu schwärmerische Liebeserklärung vor aller Welt für ihn ab. (Heiterkeit und Zustimmung.) Das Gericht hätte es damals in der Hand gehabt, als die Vorgänge, die den Fürsten Eulenburg betrafen, als nicht zur Sache gehörig auszuscheiden. Es hat das aber nicht getan, sondern den Fall gerade so weit erörtern lassen, wie zu der angeblich glänzenden Reklamation und zu der Ehrenklärung des Oberstaatsanwalts für Eulenburg notwendig war. Die Beweise, die der Angeklagte damals schon spezialisiert anbot, wurden abgelehnt. Hensel hat später zugegeben, daß er die Anklage mindestens drei Tagen lang, die den Fürsten so schwer belästigte, gemacht hat; er habe ihr nur keine Bedeutung beigelegt, weil der Prozeß mehrfach vorbestraft war. Also trotz dieser Kenntnis hat der Oberstaatsanwalt nicht nur die Ehrenklärung abgegeben und sich mit Händen und Füßen gegen weitere Beweiserhebung gesträubt, sondern auch Harden und seinem Verteidiger das Recht an die Kehle gelegt, um sie zu einer Ehrenklärung für den Fürsten zu zwingen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst als in dem Minderjährigen Prozeß beide Belastungszeugen vernommen waren, schritt man in Berlin zu genaueren Ermittlungen und Zeugenvernehmungen. Darin liegt der Kern der ganzen Frage: daß man in der Anklageerhebung ganz anders vorgegangen ist, nicht darin, ob man Eulenburg nachher etwas besser oder schlechter behandelt hat. Man hat den ganzen Prozeß von vornherein unter dem Gesichtspunkt geführt, den Fürsten Eulenburg herauszuheben, und man ist zur Anklage erst geschritten, als man gar nicht mehr anders konnte. (Lebhaftes Zustimmung links.) Es wäre doch wunderbar, wenn das, was ein Beamter der Berliner Polizei über den Fürsten Eulenburg ausgefragt hat, dem Oberstaatsanwalt nicht schon im ersten und zweiten Hardenprozeß bekannt gewesen wäre — er pflegt doch mit seinen Kriminalkommissaren Rücksprache zu nehmen. Trotz aller dieser Bedenken verhängte er jede Beweisaufnahme und ließ die Ehrenklärung los!

Auch in der Verhandlung vor dem Schwurgericht wurde der Prozeß gegen Eulenburg von der Staatsanwaltschaft in den ersten Tagen so geführt, als ob er zu einer schnellen Freisprechung aus Mitleid mit dem armen Fürsten führen sollte, und erst, als das nicht mehr ging und die Zeugen mit solcher Bestimmtheit ausfragten, daß ein Ausweichen nicht mehr möglich war, wurde die Taktik geändert. Auch die Verhandlung in der Charité war nicht zugunsten, sondern zugunsten Eulenburgs, denn wenn irgend was die Freisprechung herbeiführen konnte, war es das Mitleid mit dem kranken Mann in der Charité. (Sehr wahr! links.) Darum wollte auch Eulenburg selbst den Prozeß so lange wie möglich am Krankenbett abspielen lassen,

und erst, als es absolut nicht mehr ging, oder als man fürchtete, daß es doch nicht mehr helfen würde, ließen seine Vertrauensleute den Prozeß abbrechen.

Das ist die Meinung der Öffentlichkeit über diesen Prozeß.

(Lebhaftes Zustimmung links.) Was nun die Hauptverhandlung anbetrifft, so werde ich nicht beschweren führen, daß man den Fürsten so menschlich behandelt hat. Ich bin der Meinung, daß man ihm gegenüber nicht weiter gegangen ist, als man nach der Lage der Sache und nach billiger Rücksicht auf einen Kranken gehen soll. Ich werfe nur die Frage auf, ob man gegen andere Leute ebenso verfährt! (Sehr gut! links.) Die Frage aufwerfen, heißt sie verneinen. Wer nicht geistlich die Augen zumacht vor den Dingen, die sich täglich im Gerichtssaal und in den Gefängnissen abspielen, der weiß, daß andere nicht so leicht aus der Untersuchungshaft entlassen werden und daß gegen andere ruhig weiterverhandelt wird, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Herzschlag ihrem Leben ein Ende macht. Mitleid hat man Schwindsüchtige in Untersuchungshaft und kein Hinweis auf ihr schweres Augenleiden verschafft ihnen die Entlassung oder eine Verbesserung ihrer Kost. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Vergleichen erlebt jeder Verteidiger in Strafsachen, jeder Praktiker. Ich wünsche nicht größere Strenge gegen den Fürsten Eulenburg, zumal da er nach meiner Überzeugung den Eid widerwillig geleistet hat, nur gezwungen durch die ungeschickte Taktik des Oberstaatsanwalts Hensel. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich habe auch Mitleid mit dem kranken Mann und dränge nicht darauf, daß er durchaus jetzt abgerufen werden muß. Ich verlange nur, daß andere mit derselben Rücksicht behandelt werden, und daran fehlt es! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auf den Vortrag unserer weiteren Wünsche zur Strafprozeßordnung will ich ebenso verzichten wie auf den der zahlreichen Einzelfälle, die uns zugegangen sind, weil ich es für nichtbedeutend halte, die Debatte auf die bevorstehende Beratung des Strafgesetzes zu beschränken. Sorgen und Kummernisse um die Rechtspflege haben wir die Menge, aber alles hat seine Zeit, und darum soll es für heute genug sein. (bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Rieberding: Es ist sehr möglich, Kritik an einem Gegenstand zu üben, den man noch nicht kennt. Den Bestimmungen der Strafgesetznovelle über den Wahrheitsbeweis ist nämlich der Satz hinzugefügt: „Auf Wunsch des Verleumdigen ist der Wahrheitsbeweis zuzulassen.“ Die vom Abgeordneten Heine befürwortete Schädigung des Abgeordneten Fischer wäre also niemals eingetreten.

Abg. Dr. Wlah (sf. Sp.) schließt sich den Ausführungen Helms über den Fall Eulenburg vollständig an. Die Milde gegen das Mitglied des Hochadels siehe sehr ab von der Härte gegen gewöhnliche Angeklagte. (Sehr richtig! links.) Redner vertritt sich sehr ausführlich über den Formalismus in Zivilprozessen und über den Stil der Reichsgerichtsurteile, aus denen der gewöhnliche Laienverstand nicht klug werden könne. Durch die formalistische Judikatur des Reichsgerichts werde auch die Entwicklung der Kommunen gehemmt. Man sehe das bei der Rechtsprechung in Prozessen der Städte mit Straßenbahngesellschaften usw. Durch Schärftigkeit des ganzen Reichstages — warum soll der deutsche Reichstag nicht auch einmal schlafen, da ja auch Vater Homer manchmal schlief? (Heiterkeit) — habe sich ein großer Fortschritt in den Gesetzgebung der Novelle über den Wechselprozeß gefühlten. Der Fehler lasse sich nur durch eine gesetzgeberische Aktion beseitigen.

Redner verbreitet sich darauf über Zeitverschwendung bei Gerichtsverfahren durch unangelegte Schreibereien und über die ungebührliche Behandlung, die vielfach Zeugen zuteil wird. Da wird z. B. einem jungen Zeugen nachgewiesen, daß er einmal außerordentlichen Geschäftsverlehrs gehabt habe! Der Richter spricht dem Manne ohne weiteres jede Glaubwürdigkeit ab und bezeugt ihn im weiteren Verlauf der Verhandlungen nur als den „Verschleier“! (Hört! hört!) und Heiterkeit.) Die Einschränkung des Wahrheitsbeweises begegne vielen Bedenken, zumal dadurch neuen formalistischen Schikanen Tor und Tür geöffnet wird. Es noch mehr als bisher ins Ermessen der Staatsanwaltschaft zu stellen, ob sie Anklage erheben will oder nicht, würde die Parteilichkeit, die man unserer Rechtsprechung vorwirft, noch steigern.

Die Bestimmungen des Urheberrechts über Nachdruck sind zu einem wahren Kreuz für die ansässige Presse aller Richtungen geworden und bedürfen dringend der Revision. Es hat z. B. der Ex-Staatsanwalt Schwelcher ein ausgezeichnetes Geschäft mit der Drohung der Verfolgung wegen Nachdruck gemacht und von einer ganzen Reihe Zeitung die Honorierung einer nachgedruckten Notiz; der „Deutschen Juristen-Zeitung“ erzwungen. (Hört! hört!)

Abg. Schaf (Jurist. Vg.) erkundigt sich nach dem Stande der gesetzgeberischen Vorarbeiten über die Frage der Konkurrenzklause.

Staatssekretär Dr. Rieberding erklärt, man müsse abwarten, wie sich die Kommission zur Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle zu der Konkurrenzklause stellen werde.

Abg. Dr. Becker-Röll (Z.) will auf den Fall Eulenburg nicht weiter eingehen. Es sei nötig, daß der Prozeß zu Ende geführt werde. Die weiteren Ausführungen des Redners scheinen sich auf das Armenrecht bei Prozessen zu beziehen, bleiben aber völlig unverständlich.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher kleinere Vorträge und Rechnungssachen.)

Schluß 5/4, Uhr.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung, Montag, den 18. Januar 1909, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertische: v. Rheinbaben, v. Rolke, Dr. Delbrück, Weseler, Breitenbach, v. Arnim-Cricquen.

Auf der Tagesordnung steht

Die erste Lesung des Etats.

Abg. v. Pappenheim (L.): Das Bild unserer Finanzlage ist ein recht trübes. Eine Besserung von heute auf morgen ist nicht zu erhoffen. Im Gegenteil ist die Entwicklung nach unten nach meiner Meinung noch nicht zum Stillstand gekommen. Unsere Mißstände dabei sollten wir nicht vergessen. (Sehr richtig! rechts.) Es ist ungewiss, daß die Parlamente sich immer mehr zu recht teuren Institutionen des Staates herausbilden. Sie drängen vielfach den Staat zu Ausgaben, die nicht immer in sich selbst ihre Berechtigung haben. Das Jonglieren mit Millionen, an das uns unser 3 1/2-Milliarden-Etat gewöhnt hat, muß schließlich zu einer einseitigen Vergrößerung der Ausgaben führen. (Sehr richtig! rechts.) Redner geht nunmehr zur Besprechung der einzelnen Etats über. (Ministerpräsident Fürst Bälou betritt den Saal.) Für die Landwirtschaft muß die Arbeiterfrage mit aller Energie geregelt werden. Erst dann wird es uns möglich sein, die schöne Ernte wirklich einzubringen. (bravo! rechts.) Mit dem Ausfall der neuen Waffen können wir nur zufrieden sein. Sind sie und doch ein Beweis dafür, daß unsere Haltung in der letzten Legislaturperiode eine richtige gewesen ist. Die Thronrede enthält die Mitteilung der Regierung, daß eine organische Reform des Landtagswahlrechts ein dringendes Erfordernis unserer staatlichen Entwicklung sei. Ich habe auf den ausdrücklichen einstimmigen Wunsch meiner Freunde die Erklärung abgegeben, daß wir abwarten wollen, welche positiven Unterlagen die von der Regierung vorbereiteten Unterlagen für diese Reform ergeben werden. Wir bezweifeln aber, daß eine Reformbedürftigkeit bei dem preussischen Wahlrecht in höherem Maße vorhanden ist als bei dem Wahlrecht im Reich. (Sehr richtig! rechts.) Das preussische Abgeordnetenhaus hat sich in seinen praktischen Leistungen seit langer Zeit völlig auf der Höhe befunden. (bravo! rechts.) — Abg. Hoffmann (Soz.): Wir kennen unsere Pappenheimer! Herr Hoffmann, von Ihnen werden wir keine Reden annehmen.

Abg. Hoffmann (Soz.): Aber das Volk wird Sie befehlen! Ob die zu erwartenden Vorkämpfer das Nützliche treffen, werden wir gewissenhaft prüfen. Ein ernstes Bedenken haben wir aber: Vielleicht unbewußt und nicht gewollt, kann doch mit einer solchen Reform einhergehen eine Schwächung der Machtstellung der Krone, mit der die Geschicke Preußens unauflösbar verbunden sind und für deren Stärkung wir mit aller Energie wie bisher eintreten werden. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Der Etat für 1900 ist vorsichtiger aufgestellt als das bei dem letzten Etat der Fall war. Im übrigen ist bei der willkürlichen Gestaltung des Extraordinariums die Bilanzierung des Etats eine so wenig zwingende, daß ich nicht weiß, wie man aus einem solchen Etat die Notwendigkeit neuer Steuern beweisen will.

In der Justizverwaltung ist eine größere Sparmaßnahme in der Anstellung von neuen Beamten dringend erforderlich. Die Notwendigkeit der Anstellung von so viel neuen Beamten ist sicher ein Fehler in der Organisation. Sehr viel unnütze Ausgaben entstehen auch dadurch, daß die Beamten zu viel reisen. (Abg. Hoffmann: Böse Beispiele verderben gute Sitten! Heiterkeit.) Ueber das Wahlrecht werden wir uns ja in der nächsten Woche ausgiebig unterhalten. Wichtig erscheint es allerdings auch uns, zu wissen, nach welcher Richtung die geplante Reform eigentlich gehen soll. Die Konservativen sollten das nicht unbedacht erhalten wollen, was nicht aufrecht zu erhalten ist. (Sehr richtig! bei den Rekl.) Eine Reihe von revolutionären Bewegungen ist zweifellos aus dem Grunde entstanden, weil man ein veraltetes Wahlrecht nicht beibehalten. Unter Wahlrecht baut sich zwar auf der Steuerleistung auf, aber wie Minister Herrschur einmal gesagt hat, zum Teil auf gesunkenen Steuern!

Zu der Frage der angeblichen Notwendigkeit neuer dauernder Steuern haben nicht wie unsere Stellung geändert, sondern der Herr Finanzminister. Im vorigen Jahre meinte der Herr Finanzminister, an Schwankungen in der Finanzlage müßten wir uns gewöhnen, jetzt aber behauptet er, solche Schwankungen würden dauernd sein, daher sei eine dauernde Erhöhung der Steuern notwendig! Das ist ein offener Widerspruch. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Schwankungen in den Einnahmen liegen vielmehr in dem ganzen System der Aufstellung des Etats. Jedenfalls ist diese Frage eine rein finanzielle. In den offiziellen Elaboraten ist sie aber auf das politische Gebiet hinübergeführt. Man spricht von einer Schwächung der Rechte der Krone, man spricht davon, daß das Abgeordnetenhaus die finanzielle Lage zur Expression von Zustandsänderungen auszuweisen wolle. Das ist eine ganz unangebrachte Art der Polemik. (Sehr richtig! links.) Soll denn in Preußen niemals eine Steuer nachgelassen werden? Soll das Geld auf jeden Fall verpulvert werden, auch wenn es gar nicht nötig ist? Für uns bleibt die Frage einer dauernden Steuererhöhung eine reine Zweckmäßigkeitsfrage. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. v. Jellich (H.) kritisiert wie der Abgeordnete Friedberg das System der Aufstellung des Etats in längeren Ausführungen. Die Art, wie zahlreiche Kategorien der Beamtenklasse sich in der Dienstleistung benehmen, verdient schärfsten Tadel. (Beifall rechts.) Diese Situation hat zur Folge gehabt, daß ein Lebenszeit (eine Volksabstimmung), das heute über die Beamtenbefolgungen verhandelt würde, zweifellos ungünstig für die Beamten ausfallen würde. (Sehr wahr! rechts.) Die Reichsfinanzreform zu fördern, haben wir alle Verantwortung. Alle bürgerlichen Parteien sollten in dieser Frage zusammenhalten, zumal da sie alle die Aufgabe haben, einen gemeinsamen Stand zu betätigen, der die Grundfrage des preussischen Staates, die Monarchie regiert.

Ich habe es immer für eine Notwendigkeit gehalten, daß einige Sozialdemokraten auch in diesem Hause vertreten sind. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Durch ihre Anwesenheit werden wir daran erinnert, daß unsere Taten und Worte jederzeit die schärfste Prüfung bestehen müssen.

Auch ist es von Nutzen, daß unsere Verhandlungen nicht mehr wie früher totgeschwiegen werden; weite Kreise des Volkes werden daraus lernen, daß wir hier in Pflichtgefühl und Patriotismus unseren Stamm stehen. (Beifall rechts.) Die Spannung der Novembertage hat eine befriedigende Lösung gefunden. Ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Monarch und Volk ist im Interesse des Staates auch dringend notwendig. Aus diesem Gesichtspunkte kann es nicht genug getadelt werden, daß einzelne Blätter so wenig patriotisches Gefühl betonen haben, für einen engen Kreis bestimmte Worte des Herrschers in falscher Beleuchtung in die weite Öffentlichkeit zu bringen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir sind gute Monarchisten und kämpfen bis in die Knochen, und wir stehen in einem durch die Treue und Liebe seines Volkes getragenen kräftigen preussischen Königtum den wichtigsten Anker, die kräftigste Stütze für Kaiser und Reich. (Lebhafte Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Eisenbahnminister Breitenbach geht auf einige Ausführungen der Vorredner ein und betont insbesondere, daß an dem, was zur Förderung und Sicherheit des Betriebes notwendig sei, nicht gespart werden könne.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr. Schluß 1/2 11/2.

Der Demonstrationzug der Tabakarbeiter!

In einer Versammlung gegen die drohende Tabaksteuer zu Lübeck i. W. machte ein Fabrikant den Vorschlag, einen Demonstrationzug der Tabakarbeiter zu veranstalten. Tausende von Tabakarbeitern müßten vor den Reichstag ziehen und dann eine Deputation in das Parlament hineinsenden, welche den Reichsboten ein für allemal jeden Versuch einer Tabaksteuer auszutreiben sollte. Infolge der schlechten Gewerbeerhältnisse der westfälischen Tabakarbeiter ist dieses ja nun nicht möglich; aber als Ersatz dafür hat man auch von jedem kleinsten Ort Delegierte zum Tabakarbeiter-Kongress in Berlin geschickt. Soweit die Erbitterung gegen die Steuer in Westfalen gediehen ist, beweist der Umstand, daß über 100 Delegierte allein aus Westfalen und Lippe geschickt sind, während z. B. 1900 nur 24 von dort kamen. Die Bahnverwaltung von Bielefeld hatte dem Zuge, der 11⁰⁰ vormittags in der Richtung Berlin fährt, einen Wagen angehängt, dem schon in Bielefeld Delegierte bestiegen. Es stiegen dann weiter ein: in Herford 5, in Böhne 30, in Deynhäusen 5, in Minden 20, in Hannover 20 (von Lippe-Deinold).

Bezeichnend für die tiefstehenden Verhältnisse der westfälischen Tabakarbeiter ist es, daß schon 20 Delegierte mit 4. Klasse vorausgefahren waren, weil die Mandatgeber nicht die Mittel für ein Billett 3. Klasse aufbringen konnten. In allen Stationen wurden die Delegierten von einer großen Anzahl ihrer Kollegen begleitet, welche ihnen noch beim Einsteigen die Mahnung gaben: „Aut alles, was Ihr könnt, daß die Wehrbelassung des Tabaks verhindert wird. Denkt an unsere Frauen und Kinder, die elend zu Grunde gehen, wenn wir keine Arbeit mehr haben!“ Der Zug eilte an Rheine vorbei, ein blühendes Gemeinwesen von circa 6000 Einwohnern. Es ist ohne Existenz, wenn die Steuer zur Laste wird! In Herford kam ein Delegierter arger Atem an, er war von Lage in Lippe, war lange aufgehalten worden bei der letzten Inspektion der dortigen Arbeiter; sind doch dort neun Kleinfabrikanten mit 28 Arbeitern, die nach der Annahme der Steuer ihren Betrieb einstellen müssen! Von den 28 Arbeitern sind 10 Krüppel. Als ich aufstand, lagen meine drei Arbeitskollegen noch im Bett. Jeder hatte sein Holzbein vor dem Bette liegen, erzählte der Anführer.

Und eine solche Industrie, die arme Krüppel noch etwas beschäftigen kann, will man vernichten!

Viele Delegierte hatten auch Auftrag von den Landwirten ihrer Gegend, alles zu tun, um das Unheil abzuwenden. Wenn die Zigarrenmacher formtüssen, dann sind wir verloren, sagen sie. Und so könnte man weiter die Särden schildern, die über das östliche Westfalen und Lippe heraufziehen, wenn der Tabak weiter belastet würde.

Röde es gelingen, daß der Kongress, der in Berlin tagt, den Reichstag und die Regierung überzeugt, daß eine weitere Belastung der Tabakindustrie, einen Frevler am Volkwohl bedeutet.

Die Ermordung der Frau Buchholz bei Grünau.

Die Ermordung der am 12. September v. J. in der Nähe des Friedhofes in Grünau erdrosselt aufgefundenen Frau Elisabeth Buchholz fand gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II ein Nachspiel. Als Angeklagter hat sich der Arbeiter Georg Woldenberg zu verantworten. Er ist am 5. September 1882 geboren. Wegen Diebstahls an zwei Fahrrädern ist er mit zwei Monaten Gefängnis bestraft worden. Er wird durch die jetzige Anklage beschuldigt, Frau Buchholz ermordet und ihr ein Portemonaie mit einem Inhalt von 15 M. geraubt zu haben. Den Vorwurf führt Landgerichtsdirektor Dr. Diepmann, die Anklage verteidigt Staatsanwalt Lohr, die Verteidigung führt als Officialverteidiger Justizrat Dr. Sello. Da die Verhandlung möglicherweise bis Freitag — mit einer Unterbrechung am Donnerstag — dauern wird, werden drei Hilfsgeschworene ausgelost. Unter den 77 Zeugen befinden sich eine Anzahl Bahnbeamte und zahlreiche Kriminalbeamte.

Vernehmung.

Vorl.: Angeklagter, bezeugen Sie sich des Mordes und des Raubes für schuldig? — **Angekl.:** Es ist un wahr! Ich habe keine Schuld an dieser Tat. — **Vorl.:** Sie sind jetzt 18 Jahre alt und unverheiratet. Sie haben, wie sich ergeben hat, im Jahre 1900 nur wenige Monate gearbeitet. Wovon haben Sie denn gelebt? — **Angekl.:** Vom Spielen, hauptsächlich vom Kartenspielen und Automatenspielen. — **Vorl.:** Wo haben Sie denn gespielt? — **Angekl.:** Das kann ich heute nicht mehr sagen. — **Vorl.:** Es wird behauptet, daß Sie sich von Mädchen aushalten ließen. Sie sollen sogar nicht nur von einer Geld bezogen haben, sondern von mehreren zu gleicher Zeit. So sollen Sie mitunter bei dem Gastwirt Stenger, wo Sie verkehrten, zwei und drei Geldsendungen erhalten haben. — **Angeklagter:** Das letztere ist richtig. Das Geld rührte in einigen Fällen von der Buchholz her, vielfach habe ich auch an mich selbst Geld geschickt, um vor Stenger zu verbergen, woher ich Geld hatte. Die Buchholz hatte mir das Geld in ihrem eigenen Interesse geschickt. Der Angeklagte sagt weiter aus: er habe Geld bei der Buchholz hinterlegt, das diese auf der Sparkasse hinterlegt habe. Es seien dies etwa vier- bis fünfhundert Mark gewesen, davon seien etwa hundert Mark sein Eigentum gewesen. — Der Präsident weist ihn darauf hin, daß er noch viele bei seiner Witrin schuldig sei und sich kurz vor dem Tode in großer Not befinde. Er habe die der Witrin schuldigen fünf Mark nicht schaffen können und den Titel gekauft, daß er an sich selbst eine Postkarte richtete, in der angeblich sein Bruder ihm schrieb, daß er am 13. September von der Montage zurückkehre und ihm dann das ihm schuldige Geld zurückzahlen würde. Der Vorliegende fragt ihn, ob dies nicht so zu deuten sei, und der Angeklagte habe Vorsorge treffen wollen, daß es nicht ausfallen sollte, wenn er am 13. im Besitze von Geld war. Das bestritt der Angeklagte. Auf weiteren Vorhalt erklärte er: Er kannte die Buchholz seit acht Jahren. Es sei nicht wahr, daß er arbeitslos gewesen sei; er habe vielfach als Aushilfer gearbeitet, sei aber allerdings mehrmals ohne Arbeit gewesen. Die Buchholz sei eine lebenslustige Frau. Da sie vergnügungssüchtig war, sei er häufig mit ihr ausgegangen. Intim habe er nie mit ihr verkehrt. Der Vorliegende hält dem Angeklagten eine Reihe von Momenten vor, die diese Behauptung nicht sehr wahrscheinlich erscheinen lassen. Weiter giebt Woldenberg zu, daß ihm die Buchholz oft geschrieben, er auch wöchentlich ein paar Mark Beibrufe von ihr erhalten habe. Der Vorliegende hält ihm vor, daß er seit 1/2 Jahren noch ein Verhältnis mit einem anderen Mädchen namens Verel hatte und auch von dieser Geld erhalten habe. Die Verel habe nun gerade wenige Tage vor dem Tode ihm den Kaufschilling gegeben, und von diesem Mädchen habe er kein Geld mehr zu erwarten. Angekl. Sein Verhältnis zu der Frau Buchholz sei durchaus gut gewesen, so gut, daß sich die Frau von ihrem Manne trennen und mit ihm zusammen gehen wollte. Er habe sogar die Absicht gehabt, sie zu heiraten. Der Vorliegende hält ihm vor, daß das Verhältnis zur Buchholz doch nicht so sehr zufriedenstellend gewesen sein könne, denn sie sei doch plötzlich, ohne ihm etwas davon zu sagen, nach Breslau übergegangen. Sie soll auch zu Zeugen gesagt haben, sie sei des Woldenbergs überdrüssig geworden und müsse von ihm loskommen. Der Angeklagte kann sich dies nicht erklären, behauptete aber, daß er selbst darauf hingedrängt habe, daß Frau Buchholz aus dem Arnoldschen Geschäft weggehe, denn ihr seien dort von einem Verwandten des Arnolds unbillige Anträge gestellt worden. Der Angeklagte gibt zu, daß, als Frau Buchholz aus Breslau wieder zurückgekehrt war, er gewußt habe, daß sie bei ihrer Schwägerin, die in Falkenberg bei Grünau mit einem Tischler Herzog verheiratet ist und dort in der Hofstraße 5 wohnte, Aufenthalt genommen hatte. Er hat sie dort auch einmal aufgesucht. Die Mutter der Buchholz nach Breslau erklärt Woldenberg damit, daß die Frau nicht vor ihm, sondern vor ihrem Manne geküßelt sei. Sehr unwahrscheinlich, meinte der Vorliegende, Klingt doch schon durch die Tatsache, daß Frau B. aus Breslau an ihre Verwandten schrieb, sie möchte sich gern wieder mit ihrem Mann ausöhnen, sie fürchte sich aber vor Woldenberg.

Verdachtsmomente.

Am Nordtage, dem 13. September, sahe Woldenberg mit einem, wie er zugibt, gestohlenen Rade nach Grünau. Wie er behauptet, sei er unterwegs auf den Gedanken gekommen, einen Aushilfer nach Falkenberg zu machen, um Frau Buchholz zu besuchen. Nicht vor Falkenberg sei er mit dem Rade gestürzt und in eine Grube hineingefallen. Er habe eine Stunde an dem Rade reparieren müssen. Zufällig sei Frau Buchholz hinzugekommen, mit der er ein Stück Wegs nach der Station Grünau zu gegangen sei. Zeugen sollen die Beobachtung gemacht haben, daß der Angeklagte auf die Frau B. eingeredet und schließlich während sein Rad zu Boden geworfen hat. Woldenberg behauptet, daß er das Rad vor Woldenberg fortgeschleudert habe, weil ihm außerdem noch der Pneumatik geplatzt sei. Gezankt habe er sich keinesfalls mit der Buchholz, auch habe er Geld nicht verlangt. Am Bahnhof Grünau will er sich von der Buchholz getrennt haben. Er erklärt dies damit, daß die B. nicht von ihren Verwandten gesehen werden wollte, wenn sie aus dem Walde käme. Der Vorliegende weist darauf hin, daß diese Angabe sehr unwahrscheinlich sei, da die B. mit ihm durch die Straßen, wo sie viel eher gesehen werden konnte, gegangen war, und sich nun nicht zu scheuen brauchte, auch mit ihm durch den Wald zu gehen. Außerdem soll Woldenberg von Zeugen gesehen worden sein, wie er mit Frau Buchholz den Weg nach dem Walde einschlug. Dies wird von Woldenberg entschieden bestritten. In dem Walde, um den es sich hier handelt, ist am nächsten Morgen die Leiche der Ermordeten gefunden worden. Der Angeklagte bezieht dabei, daß er sich am Bahnhof Grünau von der Frau verabschiedet habe. Gegen 7 Uhr will er mit der Eisenbahn nach Berlin zurückgefahren sein.

Vorl.: Wie erklären Sie sich nun folgendes: Als nach der Entdeckung des Mordes der Kriminalkommissar Weiß aus Berlin den Polizeihund „Frad“ an die Leiche führte und diese von ihm

beriechen ließ, lief das Tier sofort den Weg zurück, den Sie nach eigener Angabe gemacht hatten. In der Grube, wo sie den Unfall mit dem Rade gehabt haben wollen, blieb der Hund stehen und schnüffelte an den noch deutlich von Ihnen neben dem Rade hinterlassenen Spuren. Eine Viertelstunde später wird der zweite Polizeihund „Ruh“ auf die Leiche geführt, der ebenfalls dieselbe Fußspur verfolgte, dann Ihre Räder stellt und schließlich durch eine Tür hineinwollt, durch die Sie eben hindurchgeführt waren. Wie erklären Sie sich diese zum mindesten auffälligen Dinge, Angeklagter? — **Angekl.:** Das kann ich mir selbst nicht erklären. — In der weiteren Vernehmung behauptete Woldenberg, er sei von Grünau nach der Station Warschauer Straße gefahren und dort aufgestiegen. Hier sei er erst in der Großdistillation Ecke Warschauer und Memeler Straße eingelehrt und habe dann die Distillation von Hah am Valienplatz aufgesucht. Hier sei er schon lange vor 8 Uhr abends eingetroffen. Später sei er zu seinem Bruder gefahren, dem er 2 M. aushändigte, um ihn angeblich am nächsten Tage um 15 M. anbringen zu können.

Ein Straßenbahnбилет, das bei dem Angeklagten beschlagnahmt worden war, ist nach den Feststellungen der Straßenbahngesellschaft erst zu dem um 9 Uhr 1 Minute von Warschauer Straße abgehenden Straßenbahnwagen gelöst worden. Woldenberg hat dann verschiedene Aneipen besucht und will dann erst gegen 2 oder 3 Uhr morgens nach Hause gekommen sein. Am nächsten Tage sei er um 10 Uhr aufgestanden und habe einen Ring an einen fremden Mann verkauft. Von diesem Verkauf des Ringes hatte er in der monatelangen Voruntersuchung bisher kein Wort gesagt. Nach dem Verkauf des Ringes sei er in den „Afrikaner“ gegangen. Dort habe er einen gewissen Schäfer getroffen, mit dem er sich an der Schillingstraße haben gegangen. Dann habe ihm ein gewisser Döring gesagt: er scheine wegen eines Mordes gesucht zu werden; er sei sich aber nichts Böses bewußt gewesen und nach dem „Afrikaner“ zurückgekehrt. Dort sei er dann verhaftet worden.

Vorl.: Die Ermordete hatte in ihrem Portemonaie zwei Zweimarkstücke, Jubiläumstücke mit den Bildnissen des Kaisers und des Königs von Preußen. Wenn ich Ihnen nun Zeugen vorführe, die auf das bestimmteste bekunden, daß Sie bald nach dem Tode am Bilettschalter in Grünau ein solches Zweimarkstück ausgegeben haben? Der Angeklagte bestritt auch dies entschieden. Hiermit wird die Vernehmung des Angeklagten vorläufig beendet. Es beginnt die Vernehmung des Zeugen.

Nach Vernehmung der Zeugen, die zuerst die Leiche gefunden, gibt Dr. Drohmann-Köpenick Auskunft über den Befund, den er an Ort und Stelle feststellen konnte. Danach ist der Tod durch Erbrostung mittels einer um den Hals lasioartig geschlungenen Weisfischschur und Wundfaden erfolgt. Ausgeschlossen scheint es, daß die Schnur etwa erst um den Hals der Frau Buchholz gelegt worden, nachdem diese schon eine Leiche war. Auch ein Lustmord ist ausgeschlossen. — Sachverständiger Gerichtsarzt Dr. Marg und Medizinalrat Dr. Wlger, welche die Obduktion vorgenommen, bekunden u. a.: Es ist zuerst eine Erwürgung und erst nachher die Erbrostung der Frau Buchholz ausgeführt worden. Die Spuren deuteten darauf hin, daß beim Würgen mehrfach zugegriffen zu sein scheint und eine recht große Gewaltwirkung ausgeübt sei. Mit absoluter Sicherheit konnte gesagt werden, daß die Erwürgung während des Lebens erfolgt sein muß, dagegen habe man kein absolut sicheres Merkmal, daß die Strangulationsmarke an einer noch lebenden Person erzeugt worden war. Wenn die Schnur lasioartig um den Hals gewickelt und die Ermordete dabei sofort benimmungslos geworden wäre, würde es ihr wohl möglich gewesen sein, aufzuschreien, dagegen würde der von Zeugen gehörte Aufschrei „Ach mich löst!“ ihr nicht mehr möglich gewesen sein. Diese Möglichkeit läge aber zwischen den mehrmaligen Zugriffen während der Erwürgung vor.

Amtsrichter Dr. Rah hat den Eindruck gewonnen, daß Frau B. von rückwärts erdrosselt worden sei und der Täter keine Räder gehabt habe, die Schlinge um den Kopf seines Opfers zu werfen. Nach seiner Meinung habe der Täter die Schnur lasioartig rückwärts der Frau übergezogen und dann zugezogen. Daß durch die Hunde erst die Spuren des Täters ermittelt worden seien, sei nicht ganz zutreffend. Als er an dem Tatort angekommen, wurde ihm schon erzählt, daß der Angeklagte im Verdacht der Täterschaft stand. Dieser Verdacht sei von den Verwandten der Ermordeten angeregt worden. Als er im Amtshaus den Angeklagten vernahm, habe er ihn aus irgendeinem Grunde abtreten lassen in ein Nebenzimmer. Während er beim Diktieren war, sei der eine Beamte mit dem Hund gekommen, was er zuerst gar nicht beachtet hatte. Möglich sei es ihm aufgefallen, wie der Hund die auf einem Tische liegende Leiche des Angeklagten beschnüffelte, dann offensichtlich stutzte und dreht auf die Tür losging, durch die der Angeklagte vorher hindurchgeführt war. Das sei mindestens ein Beweis von dem guten und zuverlässigen Geruch des Hundes. Die Spur des Angeklagten sei auch nicht einseitig verfolgt worden. Zunächst sei ihm auch das Verhalten des Ehemannes der Ermordeten etwas seltsam vorgekommen. Der Ehemann sei an die Leiche herantreten und habe gesagt: „Liesken, nicht Du, das hat man mit Dir gemacht!“ Jeder Verdacht gegen den Ehemann sei ausgeschlossen, zumal der Ehemann auch einen ganz schlüssigen Alibibeweis führen konnte. Die Schwester der Ermordeten, die einen absolut schmerzlichen Schmerz bekundete, würde sicher zugunsten des Schwagers nichts Falsches ausgesagt haben. Der Angeklagte habe behauptet, daß er um 7 Uhr von Grünau nach Berlin gefahren sei, und darauf erstreckten sich dann die Ermittlungen, die ergaben, daß diese Behauptung nicht richtig sein konnte. Als der Angeklagte an die Leiche geführt wurde, habe er keine Spur von Aufregung gezeigt. Der Zeuge erklärt noch, das Protokoll sei mit außerordentlicher Sorgfalt und Ruhe aufgenommen worden, speziell sei er auch sehr eingehend über seine Vernehmung und über den etwaigen Befund eines Jubiläum-Zweimarkstückes befragt worden. Auch über das, was er nach der Rückkehr in Berlin am 12. September getan, sei er sehr sorgsam und unter wiederholter Ermahnung, sich ruhig zu bekennen, befragt worden.

Der Schuhmann Wlger bekundet die Experimente, die mit dem Polizeihund „Frad“ gemacht worden sind. Er habe den Hund um die Leiche der Ermordeten herumgeführt und ihm Witterung von der Weisfischschur gegeben. Er nahm eine Fährte auf, die direkt durch den Wald nach der Chaussee führte. Er blieb einmal stehen und witterte an einer Stelle herum, an der sich ein Fußabdruck zeigte, der von dem Kriminalkommissar Weiß gemessen worden ist. Der Hund ging dann über die Chaussee nach dem Bahnhof zu; dort wurde die Fährte etwas unklar, dann ging der Hund durch die Ueberführung über die Weisfisch nach der Chaussee. Dann ist er nach Falkenberg bis nach dem Hause Hofstraße 5 gelaufen, wo die Ermordete gewohnt hatte. Dort ist er stehen geblieben, nachdem er eine Witterung nach der Grube gemacht hatte, wo nach der Bekundung des Angeklagten dieser mit dem Rade gestürzt war.

Der Kriminalkommissar Schmidt hat mit einem zweiten Polizeihund „Ruh“ ebenfalls Veruche angestellt. Der Hund mußte stehen, an der sich im Erdboden ein Stiefelabdruck befand und hielt sich dann längere Zeit an der Grube auf, an welcher der Angeklagte, wie er selbst behauptet, am Abend vorher mit dem Rade gestürzt war. Sodann nahm der Hund den direkten Weg auf das Haus Hofstraße 5 zu, wo die Ermordete gewohnt hatte. Kriminalkommissar Weiß, unter dessen Leitung diese Veruche mit den Polizeihunden unternommen worden waren, hat die von den Hundern aufgefundenen Fußspur an der Stelle nachgemessen und eine Länge von 81 Zentimeter festgestellt. Am demselben Abend hat Zeuge dann den Stiefel des Angeklagten nachgemessen und nicht nur in der Form, sondern auch in dem Maße eine vollständige Uebereinstimmung mit der Spur gefunden. Der Zeuge bekundet im übrigen die Angaben der beiden Zeugen. Ueber die Zuverlässigkeit der dressierten Polizeihunde und die Art, wie und welche Spuren diese verfolgen, bringen in jeder Zeit sie noch Witterung haben usw., finden längere Erörterungen statt, an denen sich Justizrat Dr. Sello, Staatsanwalt

Tolli, der Vorsitzende und die Kriminalbeamten lebhaft beteiligen. Der Verteidiger hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Hunde nur die Bitterung der Leiche verfolgt haben mögen und weist auch darauf hin, daß der Weg über die Wiese nach der Bekundung des Angeklagten von diesem auf dem Rade benutzt worden ist und die Polizeihunde schwerlich die Bitterung eines auf dem Rade sitzenden Menschen verfolgen können. Staatsanwalt Tolli hält es nicht für wahrscheinlich, daß der Angeklagte diesen Wiesenweg, der etwas weicht, zum Radfahren benutzt haben sollte. — Wie der Weg am Abend der Tat beschaffen war, ob er feucht oder trocken war, kann nicht festgestellt werden. Es wird aber von einigen Zeugen bekundet, daß der Weg im gewöhnlichen Zustande für Radfahrer benutzbar, bei trüber Bitterung aber feucht ist. — Der Angeklagte bleibt dabei, daß er diesen Weg entlang geradelt sei, da es ganz klares Wetter gewesen sei. Gegen 6 Uhr, während er mit seinem niedergeführten Rade beschäftigt war, sei allerdings ein Gewitter niedergegangen, durch welches er nass geworden sei.

Mehrere **Bahnkassierer**, die am 12. September auf dem Bahnhof Grünau tätig waren, werden darüber vernommen, ob sie an jenem Abend den Angeklagten als Abreisenden wahrgenommen haben. Sie verneinen es.

Alsdann wird **Zeuge Richard Herzog** vernommen. Er ist der Schwager der Ermordeten und bekundet: Frau Buchholz war mit ihrem Manne 10 Jahre verheiratet, die Ehe sei zuerst ganz glücklich gewesen, lebende Kinder seien nicht vorhanden. Das Verhältnis habe sich aber später getrübt; der Mann habe sie öfter geschlagen, sie sei am Körper manchmal schwarz gewesen und habe Schwellungen im Gesicht gehabt. Sie habe ihn dann auf seine mehrfachen Fragen eingestanden, daß sie mit Wollenberg zusammen gehe. Am Tage als sie nach Breslau fuhr, habe sie ihm gesagt: Wollenberg sei bei ihr in der Privatwohnung gewesen. Sie habe, da sie ihn durch das Guckloch der Tür gesehen, ihn zuerst nicht in die Wohnung einlassen wollen. Denn sie habe Angst gehabt, als sie aber die Tür zumachen wollte, habe der Angeklagte den Fuß zwischen die Tür gesetzt. Wollenberg sei dann in die Wohnung gekommen, sie sei aber in den Arnoldischen Laden gegangen. Sie habe ihn (dem Zeugen) dann auch gesagt, daß sie allem aus dem Wege gehen und von Berlin weggehen will. — Am nächsten Tage sei sie dann nach Falkenberg mit Gepäcks gekommen und er habe sie dann nach dem Schlesienschen Bahnhof begleitet, von wo sie um 11,40 Uhr abends nach Breslau fuhr. Dort sei es ihr nicht gut gegangen und sie habe bald einen Brief geschrieben, in welchem es u. a. hieß: „Wenn Hugo (ihr Mann) mit mir nach außerhalb ginge und mich der andere in Ruhe ließe, dann käme ich wirklich wieder. Wenn ich doch bloß alles angesehen machen könnte und mich „der“ in Ruhe ließe! Ich möchte gern, daß Hugo mir meinen Schritt verzeiht.“

Der Angeklagte gibt auf Befragen zu, daß mit dem Ausdruck „der“ er selbst gemeint sein müsse. Im übrigen erzählt der Angeklagte eine lange Geschichte, die auch wieder darauf hinausläuft, daß sein Verhältnis zu der Frau Buchholz ein durchaus friedliches gewesen sei. Wenn Zeugen gehört haben wollen, daß er bei einer Zwischenrede mit der Frau Buchholz im Arnoldischen Laden zu dieser Drohung gesagt habe: „es passiert etwas“, so habe diese Äußerung auf den Bruder des Arnold Bezug gehabt. Denn dieser habe der Frau V. einmal eine unzuständige Zumutung gemacht und er habe der Frau sehr eindringlich nahe gelegt, daß sie den Laden verlassen müsse. — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß er doch zu einem Ehemann für Frau V. sehr wenig legitimiert sei. Wollenberg meint aber, er habe ein Recht dazu aus der Abtätigkeit hergeleitet, Frau V. doch einmal zu heiraten. Am Tage nach der Szene in dem Arnoldischen Geschäft hat der Zeuge die Frau V. direkt gefragt: „Der Wollenberg will wohl viel Geld von Dir haben?“ Seine Schwägerin antwortete ihm damals: „Wenn es nur das Geld wäre — aber er will ja, ich soll mit ihm zusammenziehen und das kann ich dem Hugo nicht antun.“ Am nächsten Tage ankerte die Ermordete zu ihm, wenn ihr Mann mit ihr nach England gehen würde, so würde sie gerne mitgehen, denn da wäre sie wenigstens sicher. Der Zeuge hat später dem Ehemann Buchholz den Vorschlag gemacht, mit seiner Frau nach England zu übersiedeln. V. habe aber geantwortet: Wegen „dem“ verlasse ich Berlin nicht! Mit „dem“ war der Angeklagte Wollenberg gemeint, wie der Zeuge bekundet. Nachdem Frau V. aus Breslau zurückgekehrt war, habe er (Zeuge) an dem Ehemann V. einen Brief geschrieben. Buchholz sei auch sofort nach Falkenberg gekommen und mit seiner Frau zusammengetroffen. Nach längerer Aussprache unter vier Augen habe sich das Ehepaar völlig ausgesöhnt. An demselben Abend habe V. mit seiner Frau noch in einem Lokal in Grünau getrunken. Da Frau V. wegen der Leute Gerüchte nicht wieder in die alte Wohnung ihres Mannes zurückkehren wollte, habe sie noch einige Zeit bei dem Zeugen wohnen wollen, um dann gleich in die zum 1. Oktober im Baumhülsweg gemietete neue Wohnung mit ihrem Manne einzuziehen. Buchholz sei ständig am Sonnabend nach Falkenberg gekommen und habe sich stets mit seiner Frau gut vertragen. Am 12. September — dem Mordtage — habe er (Zeuge) des Morgens noch mit seiner Schwägerin gesprochen. Sie sagte ihm noch, er solle mit dem etwa um 8 Uhr vom Schlesienschen Bahnhof abfahrenden Zuge fahren, da er dann mit ihrem Manne zusammen fahren könne. Sie wolle um 1/2 10 Uhr am Bahnhof Grünau beide abholen. Sie sei aber nicht am Bahnhof gewesen und er mit Buchholz hätten sie bei der Plätterin und bei anderen Bekannten bis gegen 12 Uhr gesucht, jedoch ohne Erfolg.

Die **Fräulein Emma Müller** wohnt ganz in der Nähe des Kirchhofes und hat am 12. September kurz vor acht Uhr einen furchtbaren Janz zwischen einem Manne und einer Frau gehört. Letztere schien dem Manne nicht zu Willen sein zu wollen und dieser schien mit scharfen Worten auf sie einzusprechen. Es hörte sich so an, als ob die Frau sich mit dem Manne rang, denn sie rief in höchster Angst: „Loh mich los!“ Das habe sie gehört, als sie auf dem Wege zum Kaufmann war. Die Kirchuhre schlug gerade 8 1/2 Uhr. Als sie vom Kaufmann kam, sei alles totensill gewesen. Ihr sei recht unheimlich zumute gewesen und als sie am nächsten Tage erfuhr, daß eine Frauenleiche gefunden sei, habe sie dies gleich mit dem Kadav vom Abend vorher in Verbindung gebracht.

Die Verhandlung wird auf heute 9 1/2 Uhr vertagt.

Eine Niederlage des Lebius

bedenkliche seine für den Sonntagvormittag pompös angekündigte Abrechnung mit der Sozialdemokratie.

Der **Lebius** hatte schon bei Beginn der Versammlung das Gefühl der Niederlage. Das bewies sein Verhalten. Wir hatten in die Versammlung einen Berichterstatter geschickt, einen im Dienste der Journalistik ergrauten Kollegen, dessen Objektivität über jeden Zweifel erhaben ist, und der sich auch in der bürgerlichen Berliner Journalistenwelt einer Achtung erfreut, die zu genießen dem **Lebius** für alle Zeit verjagt sein wird.

Hören wir unseren Kollegen darüber, wie man ihn in der gelben Versammlung behandelte. Er schreibt uns:

Der gelbe Bund hatte sich für die Abhaltung seiner Versammlung der Hilfe der Polizei bedient, die ihm auch in ausgedehntem Maße zur Verfügung stand. Als ich um 10 Uhr das Versammlungstokal betrat, wimmelte es von Schuppleuten in den Vorräumen. In dem Schankraum vor dem Saale hatten sich wenigstens 20 Schuppleute aufgestellt, anscheinend, um dem Wink der gelben Führer zu folgen, wenn diese glaubten, sie könnten sich nicht mehr aus eigener Kraft hermetisch abschließen gegen alles, was nicht gelb bis auf die Knochen ist.

Dem Türkontrollleur, einem mir von Ansehen bekannten Führer der Gelben, stellte ich mich als Berichterstatter des „Vorwärts“ vor. Auch er kannte mich, sagte, daß ich selbstverständlich Zutritt habe und ließ mich durch einen seiner Anhänger einen Weg durch die Menge bahnen, welche sich am Eingang drängte. — Einmal war ich also. Aber nicht lange. Während ich mich noch nach einem passenden Platz im Saale mahlte, stieg **Lebius**, der mich bemerk-

te, von der Bühne herab und redete eifrig auf einige seiner Getreuen ein. Der Erfolg dieser Unterredung zeigte sich sogleich. Schönmeit, einer der gelben Führer, kam auf mich zu und sagte zu mir: „Wir vergaßen auf Ihre Anwesenheit.“ — Ja antwortete: Mit Freuden würde ich gehen, denn es sei für mich durchaus keine Annehmlichkeit, einer Versammlung der Gelben beizuwohnen, ich habe es für eine sehr unangenehme, aber unerlässliche Berufspflicht gehalten, dort zu erscheinen, wo **Lebius** mit Cohen diskutieren wolle. Ich habe — sagte ich weiter — nicht annehmen können, daß die Gelben so weit gehen würden, einen ihrer stärksten Gegner zur Versammlung einzuladen, die Presse des Gegners aber auszuschließen. **Lebius** möge Herr Schönmeit nicht glauben, daß ich unbefugt im Saale derweile, denn der Türkontrollleur habe mich nicht nur durchgelassen, sondern meine Anwesenheit als selbstverständlich bezeichnet. — Als ich mich hierauf vom Gehen wandte, wiederholte Herr Schönmeit überflügelnde seine Aufforderung, ich solle den Saal verlassen. In demselben Augenblick stürmte **Lebius** mit fixen Augen und wutbezogenen Miene auf uns zu und schrie mich an: „Schrafschneider wollen wir nicht in unserer Versammlung.“ — „Was soll das heißen?“ fragte ich. — Da zeigte **Lebius** mir der Hand auf mich und rief: „Sie sind ein Schrafschneider, ein notorischer Lump.“ Sich an die Umstehenden wendend, rief er im unmittelbaren Anschluß an diese Schimpfworte: „Schmeißt doch den Kerl raus!“ Nachdem **Lebius** diesen Wutanbruch von sich gegeben hatte, zog er sich schleunigst zurück. — Diese eilige Flucht war unnötig. Hätte mich irgend ein anderer Führer der Gelben so beschimpft, dann hätte ich ihm vielleicht mit einem Faustschlage ins Gesicht geantwortet. Aber mit dem Gesicht des Herrn **Lebius** meine Faust in Verbindung zu bringen, daran hinderte mich ein unüberwindlicher Ekel. Da ich aber eine Hundepetische nicht zur Verfügung hatte, so blieb dem **Lebius** die verdiente Züchtung erspart.

Daß ich **Lebius** vor Gericht zur Rechenschaft ziehen könnte, davor ist er ziemlich sicher, denn, wie ich ihn kenne, hat er nicht den Mut, sich offen zu den Beschimpfungen zu bekennen, die er anderen entgegenzuschleudert hat und von den zahlreichen Zeugen des Vorganges ist mir nur Herr Schönmeit bekannt. Ob sich mit Hilfe dieses Zeugen der Tatbestand feststellen läßt, scheint mir zweifelhaft. — **Lebius** kann ich gern auf gerichtliche Verurteilung verzichten. Es genügt mir, durch diese Schilderung des Sachverhalts den **Lebius** an den Pranger der öffentlichen Meinung gestellt und ihn den Lesern des „Vorwärts“ in unersättlicher Nothheit gezeigt zu haben.

G. Reintz.

Ein bürgerlicher Verleüerstatler berichtet über den Verlauf der Versammlung:

Die Versammlung war zu 10 Uhr vormittags angefangen, jedoch bereits gegen 9 Uhr war der große Saal, die Galerien und auch die weiten Hofräume Kopf an Kopf gefüllt, und noch immer neue Scharen drängten herein. Als **Lebius** im Hofe erschien, wurde er mit lebhaften Pfurufen empfangen. Nur mit Mühe konnte **Lebius** in den Saal gelangen. Er schrie aus vollen Leibeskräften: Es ist nur eine Versammlung des „Gelben Arbeiterbundes“ einberufen; es haben deshalb bloß Mitglieder des Bundes und die eingeladene Gäste Zutritt. Ich fordere alle diejenigen, die weder Mitglieder des Bundes noch eingeladen sind, auf, den Saal zu verlassen. (Stürmisches Oh! und Beifall.) Die Sozialdemokratie soll leben, hoch! Der Gelbe Arbeiterbund soll leben! **Lebius** soll leben, hoch! so wünte es mir durchscheiden. Plötzlich erschien eine ungemein starke Polizeimacht, von einer Anzahl Polizeioffiziere geführt, im Saale. Ein Polizeioffizier forderte sämtliche Anwesende auf, den Saal zu verlassen, widrigenfalls er die Räumung des Saales und der Galerien mit Waffengewalt vornehmen lassen müsse. Unter abermaligen Hochrufen auf die Sozialdemokratie und dem Gesänge der Marschlied wurde der Saal, die Galerien und schließlich auch der Hofraum allmählich geräumt.

Auf der Straße hatten inzwischen zahlreiche Schuppleute zu Fuß und zu Pferde Posto gefaßt. Ein Polizeioffizier (?) rief: „Der sich als Mitglied des „Gelben Arbeiterbundes“ legitimieren oder eine Einladung vorgehen kann, kann passieren.“ Darauf schloß sich sehr bald wieder der Saal und die Galerien, allerdings nicht derartig wie vordem. Der Vorsitzende, Eisenbrecher **Schönmeit**, bemerkte nochmals bei Eröffnung der Versammlung: Er fordere alle diejenigen, die weder Mitglieder des Bundes noch eingeladene Gäste seien, auf, den Saal zu verlassen. Er werde andernfalls von seinem Hausrecht Gebrauch machen. Es verließ aber niemand weiter den Saal. Darauf nahm das Wort Redakteur **Lebius**: Die Sozialdemokraten behaupten, der „Gelbe Arbeiterbund“ sei tot. Die heutigen Vorgänge haben das Gegenteil bewiesen. Zunächst suchte man den „Gelben Arbeiterbund“ totzuschweigen, da man damit aber keinen Erfolg habe, machte man den Versuch, die Versammlung zu säumen. (Beifall und Widerspruch.) Man mache ihn den Vorwurf, daß er die Arbeiterbewegung zerstückle. Die Arbeiterbewegung sei noch niemals eine einheitliche gewesen, es war immer ein Zwiespalt vorhanden. Die Sozialdemokraten müten den Arbeitern zu, an ihrer koalitionslosen Lehre festzuhalten, die schon 60 Jahre alt sei. Diese Lehre werde von den Sozialdemokraten behilft, wie der Papst die Kirchenlehre. Die Revisionisten in der Sozialdemokratie können ein Lied davon singen. Nun sage man, die Gewerkschaften seien ja parteilos. Im Februar 1906 habe jedoch in Berlin eine geheime Konferenz der Gewerkschaftsführer stattgefunden. In dieser wurde, wie der „Vorwärts“ später berichtete, gesagt: Die Gewerkschaften bilden das Rückgrat der Sozialdemokratie.

Ein anderer Gewerkschaftsführer sagte: Die Gewerkschaften bilden die Keimzelle der Partei. Die Sozialdemokraten unternehmen nicht Streiks zwecks Erreichung höherer Löhne oder besserer Arbeitsbedingungen, sondern um die Arbeiter zum Klassenkampf zu erziehen und dadurch schneller den Sturz der heutigen Gesellschaft herbeizuführen. Wenn dies nicht passe, werde als Verräter beizumessen. Ein Gewerkschaftsführer habe in der erwähnten Geheimkonferenz geäußert: Man möge mir einen Arbeiter auf den Tisch des Hauses legen, der durch die Arbeiterpartei gewonnen ist. Und trotzdem werden die Arbeiter gezwungen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Tausende von Arbeitern werden dadurch brotlos und mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben. Ja, man spreche sogar von politischen Massenstreiks. Man wolle also Streiks unternehmen, um politische Forderungen durchzubringen. Und wie sehe es mit dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat aus? Die Angestellten der Konsumvereine, Verkäufer usw. erhalten bei 60—65stündiger Arbeitszeit 50 M. Monatsgehalt. Die Sogerhalter 20—35 M. wöchentlich. Wenn die Angestellten sich auflehnen oder auch nur sich organisieren wollen, dann werden sie einfach hinausgeworfen. Eine Reihe sozialer Streiks werden unternehmen, und wer nicht mithin wollen, der werde hohloziert oder gar verhungern. Für die Parteigrößen sei die soziale Frage gelöst. Staatshagen bezöge ein Einkommen von 10000 M., der hier anwesende **Cohen** von 4000 M. Die 8400 M., die er, **Lebius**, bekomme, habe er für den Arbeitsnachweis verwendet. Die Sozialdemokraten machen ihn den Vorwurf, daß er von den Arbeitgebern unterstützt werde. Er habe niemals einen Pfennig von Arbeitgebern erhalten, dagegen werden die Sozialdemokraten von **Singer**, **Alons** und so weiter unterstützt. Die Sozialdemokraten haben sogar sein Personal beklommen, um ihm Briefe zu stellen. (Rufe: Pfui!) Es seien 2 Briefe von ihm veröffentlicht worden, er stehe aber trotzdem ohne Mafel da. (Lebhafter Beifall und stürmisches Gelächter.) Die Sozialdemokratie sei weder eine Kulturpartei, noch eine demokratische Partei. Das haben die heutigen Vorgänge aufs Klarste bewiesen, und das beweise das Verhalten der Sozialdemokraten jeden Tag. Die Sozialdemokraten haben aus den Kochkannen eine Anzahl Schnapskrüder und Jubelster engagiert, diese mit gefälschten Arbeitscheinen zum Arbeitsnachweis geschickt, um behaupten zu können, der „Gelbe Bund“ bestöhe aus Jubelstern und Schnapskrüdern. Es werde ihm sehr bald gelingen, den roten Sumpf aufzudecken. Die Zukunft der modernen Arbeiterbewegung sei nicht die Sozialdemokratie, sondern der „Gelbe Arbeiterbund“. (Stürmisches langandauerndes Hehgelächter und lebhafter Beifall.)

Hierauf erhob sich eine längere, härmische Geschäftsordnungsdebatte. Es wurde schließlich beschlossen, dem folgenden Redner 10 Minuten Redezeit zu gewähren. Es erhielt darauf das Wort

Wolff Cohen: Ihr Beschluß, mir nur eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren, ist ein Angstprodukt. (Stürmisches Oh! und Beifall.) Wenn Sie sich nicht fürchten, hätten Sie einen solchen Beschluß nicht gefaßt, nachdem Sie Herrn **Lebius** fast zwei Stunden haben sprechen lassen. **Lebius** hat mir wider Willen ein Kompliment gemacht. Ich habe ein jährliches Einkommen von noch nicht 9000 M. Ich erhalte für jede Versammlung 70 Pf. und habe noch niemals einen Pfennig Zeilensdopant vom „Vorwärts“ erhalten. (Beifall und Widerspruch.) Herr **Lebius** sagte: Die veröffentlichten 2 Briefe von ihm haben seine Ehre nicht anzuwachen vermocht. Wenn von mir nur ein kleiner Teil solcher Briefe veröffentlicht worden wäre, ich würde vor Scham in die Erde sinken. (Zurückbarer langandauernder Lärm und stürmisches Beifall.) Herr **Lebius** will trotz der 2 Briefe noch behaupten, daß er von den Arbeitgebern nicht abhängig sei. Nicht bloß die sozialdemokratische, sondern mit einer einzigen Ausnahme die gesamte bürgerliche Presse hat über Herrn **Lebius** den Stab gebrochen. **Lebius** ist vom Reichsligandenverband vorgeschickt, um einen Stiel in die Arbeiterbewegung zu treiben. (Stürmischer Beifall und furchtbarer Lärm.) **Lebius** erkühnt sich, der Sozialdemokratie alle möglichen Vorwürfe zu machen, er bezahlt aber seine eigenen Angestellten nicht einmal, sondern läßt sich selbst von seiner Kassierin schreiben verflagen. **Cohen** verlas hierauf einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“ über **Lebius**. **Lebius** habe an die Großindustriellen geschrieben: Er werde auch gegen die christlichen Gewerkschaften vorgehen und trotzdem hat **Lebius** noch die Stirn, zu leugnen, daß er im Solde der Unterschmer steht. In Dresden hat er einen Mann der Staatsanwaltschaft denunziert. (Zurückbarer langandauernder Lärm und stürmisches Beifall.) Leugnen Sie vielleicht noch, Herr **Lebius**, daß Sie von **Siemens** unterstützt werden? (Großer Lärm. Rufe: Das ist ja alles Schwindel! Ihr habt ja die Briefe gestohlen!) **Cohen** verfuhrte mehrfach vergeblich weiterzureden, seine Worte sind jedoch in dem furchtbaren Lärm nicht mehr zu verstehen. Endlich hört man **Cohen** ausrufen: Sie wollen mich vergewaltigen, niederstrecken, weil Sie mich fürchten! (Zurückbarer langandauernder Lärm, Pfeifen und Schreien. Rufe: Brocher Judenjunge, Judenlammel, Kaufjunge, Juden raus, Hepp, hepp!) Inzwischen vernahm man Hochrufe auf die Sozialdemokratie, Hochrufe auf den Gelben Arbeiterbund und **Lebius**. — Ein sehr großer Teil der Versammlung verließ hierauf unter unbeschreiblichem Lärm und unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie und dem Gesänge der Marschlied den Saal. Die Zurückgebliebenen sangen währenddessen Deutschland, Deutschland über alles! — Die Galerien waren inzwischen vollständig, der Saal über die Hälfte leer geworden. Trotzdem kam es noch zu einigen Rempeleien. Es wurden noch einige Leute, die bei den folgenden Rednern Oh! gerufen hatten, aus dem Saale gedrängt.

Matschke rief ferner aus: In Kiel sei der Gelbe Arbeiterbund gegründet worden, weil sich die dortigen Arbeiter den Terrorismus der Sozialdemokraten nicht gefallen lassen wollten. Diese Gründung sei vollständig selbständig, noch lange ehe **Lebius** auf dem Plane erschien, vollzogen worden. — Im weiteren Verlauf machte **W. L. O. W.** Charlottenburg die Mitteilung, daß **Cohen** einem im Gelben Bund Angestellten, namens **Weyersdorf**, 3—4000 Mark geliehen habe, wenn er ihm die **Lebius'sche** Korrespondenz bringe. (Rufe: Pfui!) **Lebius** bemerkte noch: Die Maschinenfabrikerin habe er deshalb nicht bezahlt, weil sie ein Spindel von **Cohen** war. Im übrigen erkläre er alle Behauptungen **Cohens** für Lügen. Die „Frankfurter Zeitung“ sei das Beiblat aller sozialdemokratischen Führer, deshalb müsse sie in das sozialdemokratische Horn stoßen. Er sage nochmals: Der Gelbe Arbeiterbund werde die Zukunft der modernen Arbeiterbewegung bilden. Es gelangte hierauf folgende

Erklärung

zur Annahme: „Die Versammlung mit ihrer tiefsten Betrachung Ausdruck für die Kampfweise der Sozialdemokratie, die es nicht verschmäht, ihre Gegner mit gestohlenen und unerschlagenen Privatbriefen zu bekämpfen. Sie berichtigt und aufschärft das Vorgeben der Sozialdemokraten gegen die „Gelbe Arbeiterbewegung“ und spricht dem Vorsitzenden des „Gelben Arbeiterbundes“, Herrn Redakteur **Lebius**, ihr unverändertes Vertrauen aus.“

Über die Zahl der nach der ersten Räumung von der Polizei in den Saal hineingelassenen als „Gelbe“ legitimierten Personen wird berichtet, daß diese etwa 400 betragen habe. Mit **Cohen** verließen davon soviel den Saal, daß man als wirkliche Gelbe, die am Schluß der Versammlung das Lokal verließen, 82 Mann (!) zählen konnte. Diese 82 Mann bestanden zum Teil aus auswärtigen Delegierten, zum größten Teil aber aus Werkmeistern und technischen und kaufmännischen Angestellten der Werke, die, wie ihr „Hepp, hepp“ und „Deutschland, Deutschland über alles“ beweist, zum Teil wohl durch die Schule des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes gelaufen sind. Die Versammlung sollte den Unternehmern eigentlich zeigen, welcher Verlaß für sie auf die mit den schimmlichen Gewaltmitteln gepöckelten vermeintlichen „Gelben“ ist, die beim ersten Anlaß unter dem Gesang der Marschlied zum Fabrikstore hinausmarschieren!

Gerichts-Zeitung.

Menschenhindereien in einem Mädchenheim.

In dem in **Speise** verhandelten Prozeß wird uns mitgeteilt: Von den vier aus der „Wohnstättenschilder“ entlassenen Züglingen befanden sich noch drei in Fürsorge. Zwei von diesen, **Dunkel** und **Kunze**, befinden sich in Dienst: die erstere in einem Dorf bei **Eckersförde**, die zweite in dem Dorfe **Rahn**. **Kunze** befindet sich im Wagballenstift in **Hamburg**. Daß die früher in **Stückstadt** internierte **Schwiede** in **Altona** wohnt und in einer Wollschmiederei beschäftigt ist, ist unseren Lesern aus ihrer Zeugnisaussage bekannt.

Eingegangene Druckschriften.

- Neubrandische Bauzeitung, Heft 1. 1906. Von C. M. Schubert. Wochenheft. 250 M. Berg Leipzig, Rübinger Str. 22.
- Statistics of cities having a population of over 30 000: 1906. (Statistisches über die Städte, die im Jahre 1906 mehr als 30 000 Einwohner hatten.) Washington. 1908. Handels- und Arbeitsministerium.
- Die Arbeiterversicherung im Ausland. Von Dr. Jacher. Heft 16a. Die Invaliden- und Altersrenten-Versicherung des australischen Bundes und Großbritanniens 1908. Von Professor Dr. J. W. Manes. 160 M. Heft 16b. Die Arbeiterversicherung in Frankreich. Von E. Jossier. 150 M. Heft 16c. Gesamtregister. Von Dr. J. J. Trotschel. 3 M. A. Trotschel, Groß-Lichterfeld.
- Die Kunzinger **Bosniens** und der Herzogin. Von Graf L. A. Tolstoj. Uebersetzt von E. Kol. 1. M. S. Wulfer, Berlin W. 30.
- Gesundheitstechnische Untersuchungen in Fabrikbetrieben. Von S. Müllerbach. 2 M. — Der entlassene Heizer. Von S. Wulfer. 1. M. C. Harbold, Halle a. S.
- Handblatt für Holzarbeiter. Heft 1 des vierten Jahrganges. Herausgegeben vom Deutschen Holzarbeiterverband, Berlin.
- Kosmos. VI. Jahrgang, Heft 1 a 30 M. (pro Jahrgang 12 Hefte 280 M.; für Kosmosmitglieder kostenlos). Franco. M. S. Bilder aus dem Leben des Waldes. Heft 1 M. geb. 1.80 M. Verlag des „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde, Brunnhilde-Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.
- Wärz. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. Herausgeber: L. Thoma, H. Hesse, A. Langen, R. Kraus. Zweites Jahrgang 1906. 1.20 M. Quartal 6.—. U. Langen, München.
- Der Tarifvertrag in deutschen Zimmerergemeinde. Herausgegeben vom Vorstand des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands. 257 Seiten. Verlag: Dr. Schröder, Hamburg 1.
- Die Pläne von **Sera**. Von S. Sturm. Geb. 1.50 M. Haupt u. Gammann, Leipzig.
- Deutsche Richterzeitung. Organ des deutschen Richterverbandes. Erster Jahrgang Nr. 1. Jeden 15. im Monat. Pro Jahr 5 M. Fölsching, Bamberg.
- Bunddruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Heimatlosen.

Rom, 16. Januar. (Fig. Ver.)

In fast allen Krankenhäusern Italiens, in fast allen Wohltätigkeitsanstalten haben Flüchtlinge aus den zerstörten Städten Unterkunft gefunden. Mit ihren blassen Gesichtern, ihren verängstigten Augen und ihren verletzten Gliedern tragen die Armen die Kunde des großen Unglücks, den lebendigen Widerhall der unfagbaren Zerstörung in alle Gemeinden ihres Vaterlandes. Die Zeitungen sind voll von erschütternden Episoden, die die Geretteten aus der Schreckensnacht berichten. So liegt im Ospedale Santa Marta in Catania eine junge Frau, die bei dem ersten heftigen Erdstoß mit dem Säugling im Arm an das Fenster geeilt war. Als sie sich an den Fensterrahmen stützen wollte, brach die ganze vordere Seite des Hauses krachend zusammen, vor ihr tat sich ein vier Stok tiefer Abgrund auf. Aber auch zu r u i f konnte sich die geängstigte Frau nicht mehr wenden, denn der Boden ihres Zimmers hatte nachgegeben bis auf den einen Querbalken am Fenster, auf dem sie stand. Und auch dieser einzige sichere Punkt in dem allgemeinen Zusammenbruch zitterte unter ihren Füßen. Instinktiv will sie nach einem Balken über ihrem Haupte greifen, um sich festzuhalten, aber in ihren Armen hält sie den Säugling. — Von der Straße aus bemerkt man ihre furchtbare Lage, sieht die unmittelbare Todesgefahr, in der sie sich befindet, und ruft ihr zu: „L a h d a s K i n d l o s t!“ Aber die Mutter kann ihr Kind nicht dem sicheren Tode überantworten. In dem instinktiven Suchen nach Gleichgewicht packt sie den gewickelten Säugling mit den Händen und findet nun mit den Händen Stütze an dem Balken über ihrem Kopfe. So hat die Frau fünf Stunden, fünf endlose Stunden am Rande des Abgrundes gestanden; an den Balken geklammert, das Kind zwischen den Zähnen, unfähig, auch nur um Hilfe zu rufen. Dann hat man sie gerettet. . . .

Ueber ganz Italien sind Kinder verstreut, deren Namen man nicht weiß, deren Eltern man nicht kennt — Kinder, die von ihren Eltern vielleicht als tot beweint werden. So veröffentlicht die „Tribuna“ den Ausruf eines Fabrikbesitzers aus Palermo, der am 30. Dezember aus den Armen eines italienischen Matrosen ein kleines, in Messina gerettetes Kind empfing. Das Kind wird beschrieben: blond, blauäugig, mit vierzehn Zähnen, sehr sauber gewöhnt, scheint mit allen Luxusgegenständen, wie Klavier, elektrisches Licht, Handschuhen, vertraut; es ist höchstens zwei Jahre alt, spricht oft von Maria und von „Toto“ und wenn man ihm das Bild eines Mannes in Uniform zeigt, so zeigt es mit den Fingern und sagt: „Mein Papa!“ Haben die Eltern des Kleinen sich retten können oder ist das Kind allein auf der Welt?

In Reggio hat der Bretor Barzi seine Frau und seine fünf Kinder vom dritten Stockwerke seines Hauses mit ein paar aus Reinenlächern geformten Stricken gerettet. Sechsmal hat der Mann den ungeheuren Kraftaufwand vollbracht, sich hinaufzuziehen und mit einem der Seilen im Arm zurückzuführen. Als er das siebentmal hinaufstieg, um die Spartaftenschnüre zu holen, brach die Mauer des gegenüberstehenden Hauses zusammen und erschlug ihn. . . .

Genosse De Nava, der unter Ferri zwei Jahre Redakteur im „Avanti“ war, befand sich am 28. Dezember in Archi, oberhalb Reggio. Er hat seine Frau und sein kleines Kind heil aus den Trümmern gezogen und im Laufe desselben Tages noch 138 Personen retten können! Gerade in den kleinen Ortschaften der kalabrischen Küste hat die Energie einzelner Unglaubliches geleistet.

Ganze Spalten der Zeitungen sind voll von Namen solcher Personen, die von ihren Angehörigen gerettet wurden. So sucht eine Mutter nach ihrem einzigen Sohne, der im Elektrizitätswerk von Messina angeheilt war. Eine Frau Salmeri aus Messina sucht ihren dreijährigen Knaben, den sie gerettet weiß und von dem ihr jede Nachricht fehlt. Eine Frau Zella, die von den russischen Matrosen gerettet sein soll, wird von ihrer Mutter und ihren Kindern gesucht. Der Direktor des römischen Wochenblattes „The Roman Times“ ist am Abend des 28. Dezember in Messina angekommen und soll im „Hotel de France“ Wohnung genommen haben. Jede Nachricht von ihm fehlt, und er hinterläßt eine junge Frau und sieben Kinder.

Aber auch Anzeigen Geretteter fehlen nicht. So zeigt ein Professor vom Nautischen Institut von Messina an, daß er verwundet im Palast des Fürsten Gaetani in Rom liegt. Er bittet um Nachricht von seiner Frau und seinen vier Kindern. Wie soll wohl ein Kranker Genesung finden, der in Ungewißheit ist über das Schicksal seiner ganzen Familie? Ein Graf Murat aus Rom bittet um Nachricht von seinem Bruder, ein Rechtsanwalt Calari teilt mit, daß er in Sorrent im Rathaus untergebracht ist mit Vater und Mutter, mit seiner Frau, zwei Schwestern und zwei kleinen Neffen, die durch das Unglück verwaist sind.

Messina, 17. Januar. In der vergangenen Nacht sind wieder mehrere Erdstöße wahrgenommen worden, darunter ein heftiger um 12 Uhr 45 Minuten, die verschiedene Mauern zum Einsturz gebracht haben. Das Wetter ist regnerisch.

Messina, 17. Januar. General Mazza hat an den Ministerpräsidenten Giolitti folgendes Telegramm gerichtet: Die Kommission des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten, die die Maßregeln zur Wiederinbetriebnahme des Hafens studieren soll, ist hier angekommen. Der Bau von Baracken schreitet fort und wird nach der Ankunft von 200 Militärschnellern schneller vor sich gehen. Doch ist sehr viel Holz nötig, um Baracken zu errichten für die zum Wiederaufbau der Stadt erforderlichen zahlreichen Arbeiter und für die Eigentümer, die die Trümmer ihrer Häuser durchsuchen möchten. Das portugiesische Schiff „Vasco de Gama“ ist mit Material zur Hilfeleistung hier eingetroffen.

Messina, 18. Januar. Es ist beschlossen worden, den Schutz ins Meer zu werfen. Man wird damit beginnen, die Betten der beiden Flüsse, welche durch Messina fließen, zu reinigen, um Ueberschwemmungen zu verhindern. Der Gesundheitszustand der Bevölkerung ist ein befriedigender.

Rom, 18. Januar. Nach einer Mitteilung des amerikanischen Botschafters an den Generalsekretär im Ministerium des Äußeren soll es im Auftrage des Präsidenten Roosevelt von der Marineverwaltung in Washington für 500 000 Dollars Material zum Bau von 3000 Häusern mit allem Zubehör für die Ueberlebenden der Erdbebenkatastrophe in Südtalien beschafft worden. Von sechs Dampfern, die zum Transport des Materials und einer ausreichenden

den Zahl von Zimmerleuten zum Aufbau der Häuser nötig sind, sollen zwei heute, die anderen im Laufe der Woche abgehen. Paris, 18. Januar. Das „Journal“ meldet aus New York: Die Regierung beschloß, eine Summe von 2 1/2 Millionen Dollar für die Opfer in Südtalien zur Errichtung von erdbebensicheren Häusern, die an der Meerenge von Messina errichtet werden sollen, zu bewilligen.

Verichtigung. In unserer Freitagnummer war unter „Letzte Nachrichten und Depeschen“ mitgeteilt, die Münchener Stadtverwaltung habe — 50 000 M. für Sizilien bewilligt. Es muß heißen: 5000 M.

Der Kongreß der Tabakarbeiter zur Bekämpfung der Tabaksteuervorlagen.

Seit gestern vormittag tagt im großen Saal des Gewerkschaftshauses der Kongreß der Tabakarbeiter Deutschlands, der der Bekämpfung der Tabaksteuervorlagen der Reichsregierung dient.

Im Namen der Zentralkommission der Tabakarbeiter eröffnete Herr v. Sieden den Kongreß und führte unter anderem aus, daß es den Anwesenden selbstverständlich lieber gewesen wäre, wenn es ihnen erspart geblieben wäre, wieder einmal infolge neuer Steuerpläne zusammenzukommen. Der Redner erinnerte an die früheren Tabakarbeiterkongresse, die aus denselben Ursachen notwendig geworden waren. Der Kongreß im Jahre 1893 habe ein gut Teil dazu beigetragen, daß die damals von der Regierung geplante Fabriksteuer fiel. Der Protest der einheitslichen Organisation der Tabakarbeiter, ihre Agitation in ganz Deutschland, habe damals ihre Wirkung nicht verfehlt. — Die Reichsregierung, die zu jenem Kongreß eingeladen war, hatte keinen Vertreter entsandt und erklärte, daß sie dafür keine Beamten zur Verfügung habe. Ihr Verhalten rief um so mehr Empörung unter den Tabakarbeitern hervor, als die Regierung ja für Unternehmerkongresse in der Regel Beamte zur Verfügung hat. Hebrighs veranstaltete die Regierung bald darauf eine Enquete über die Verhältnisse in der Tabakindustrie, ein Beweis dafür, daß sie wohl Aufklärung über die Angelegenheit für notwendig erachtete. — Der Redner erwähnte ferner die Steuervorlage von 1906, dann die Einführung der Zigarettensteuer, die Kongresse und Protestbewegungen, die dagegen veranstaltet worden waren, und wies kurz auf die verderblichen Folgen hin, die schon die Tabaksteuer von 1879 sowie die weiteren Belastungen der Tabakindustrie für die Arbeiterschaft mit sich gebracht haben. Nun werde allerdings von manchen Leuten behauptet, daß der jetzt vorliegende Entwurf der Reichsregierung schon als gefaßt anzusehen sei, aber man wisse ja aus alter Erfahrung, daß die Anschläge der Reichsregierung abgeordnet wandelbar seien, und darum müsse die Tabakarbeiterchaft alle Kraft einsetzen, um die Vorlage zu Fall zu bringen. — Die Reichstagsabgeordneten sind zu dem Kongreß persönlich eingeladen. Erschienen sind bis jetzt von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgeordneten Scher, Lehmann und Legien, von der freisinnigen Volkspartei Hermann-Bremen. Auf Einladung der Reichsregierung ist diesmal berichtet worden. Wie der Redner mitteilte, war die Zentralkommission einstimmig der Meinung, daß die Regierung zu den früheren Kongressen keinen Vertreter geschickt habe, auch fortwährend den Interessen der Tabakarbeiterchaft feindselig gegenüberstehe, alle Aufklärungsversuche sich ihr gegenüber als vergeblich erwiesen, es keinen Zweck hätte, sie jetzt wiederum einzuladen.

Das Hauptthema des Kongresses lautet: Die Vernichtung der Tabakindustrie nebst ihren Nebengewerben durch die seitens der Reichsregierung geplante Mehrbelastung des Tabaks.

Der Referent A. v. C i m - H a m b u r g führte unter anderem etwa folgendes aus: Alle Richtungen unter den Tabakarbeitern sind darin einig, daß wir gegen jede weitere Belastung des Tabaks energisch protestieren müssen. Ich gebe meiner Freude Ausdruck darüber, daß auch der Hirsch-Dundersche Gewerksverein hier vertreten ist. Vertreter der christlichen Organisation fehlen hier allerdings. Sie haben zwar auch gegen die Tabaksteuervorlage agitiert, aber sie nehmen einen Sonderstandpunkt ein. Die Christlichen machen uns den Vorwurf, wir seien nicht neutral. Ich betone, dieser Kongreß soll nicht den Interessen einer politischen Partei dienen, sondern er soll die Interessen der gesamten Tabakarbeiter Deutschlands vertreten. Wir weisen deshalb den Vorwurf, daß wir nur den Interessen einer Partei dienen, ganz entschieden zurück. Unter den Tabakarbeitern finden wir alle politischen Parteien vertreten. Deshalb und wegen der großen Bedeutung der Tabakindustrie sind alle Parteien des Reichstages an der vorliegenden Frage interessiert. Wenn unsere Bestrebungen Erfolg haben sollen, dann müssen wir schon den Versuch machen, die Vertreter aller Parteien in unserem Sinne aufzuklären, um sie für uns zu gewinnen. Leider ist die Zahl derjenigen, die früher gegen jede Mehrbelastung des Tabaks im Reichstage auftraten, kleiner geworden. Die Konfessionen haben erklären lassen, daß sie für die Wanderollensteuer sind. Auf diesem Standpunkt standen sie 1893 nicht, als auch eine Wanderollensteuer den Reichstag beschäftigte. Damals schrieb die „Neuzzeitung“: Man könne nur mit Schrecken an die Wirkung dieser Steuer denken. — Die Wirkung der heute geplanten Steuer wird dieselbe sein, die sie damals gewesen wäre, es ist deshalb nicht zu bezweifeln, daß die Konfessionen heute eine andere Stellung einnehmen wie 1893. — Die Vertreter der Nationalliberalen haben erklären lassen, daß sie nicht für die Wanderollensteuer sind, aber wir haben keine positive Erklärung darüber, wie sich die Nationalliberalen überhaupt zur Mehrbelastung des Tabaks stellen. Zwar hat Professor H i e b e r erklärt, die Nationalliberalen würden nicht für die Wanderollen- und die Inlandssteuer auf Tabak stimmen, aber wir wissen nicht, ob Herr H i e b e r im Auftrage seiner Partei sprach. — Das Zentrum hat eine Erklärung über seine Stellung zur Tabaksteuervorlage noch nicht abgegeben. Wir wissen nur, daß es einer Wanderollensteuer nicht sympathisch gegenübersteht. Ein Teil der Zentrumvertreter aus Kreisen, wo die Tabakindustrie eine große Rolle spielt, hat sich allerdings gegen die Erhöhung des Gewichtszollausgesprochen. Dagegen soll der Zentrumsgewerkschaftsträger E r i m b o r n gesagt haben: Das Reich braucht Geld, deshalb muß der Tabak bluten. Die Stellung des Zentrums in dieser Frage ist keine einheitliche. — Wie wird sich die freisinnige Fraktionsgemeinschaft zur Erhöhung der Tabaksteuer stellen? Bisher haben die Freisinnigen neben den Sozialdemokraten im Reichstage entschieden gegen die Mehrbelastung des Tabaks gestimmt. Die Gründe, welche dafür maßgebend waren, bestehen auch heute noch. Aber eine offizielle Erklärung über die Stellung der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft zur Tabaksteuervorlage liegt bis jetzt noch nicht vor. Herr v. P a y e r hat sich zwar dazu geäußert, aber seine Äußerungen geben zu großen Befürchtungen Anlaß. Herr v. P a y e r ist gegen die Wanderollensteuer, er meint aber, es ließe sich eine andere Form der Steuer finden. — Was kann das für eine Form sein? Wenn man nicht die Wanderollen- und nicht die Wertsteuer will, dann wird man auf den Inlandszoll und die Gewichtsteuer zurückkommen müssen. Dagegen hat sich aber auch Herr v. P a y e r früher erklärt.

Mar und bestimmt haben sich nur die Sozialdemokraten und die Polen gegen jede Mehrbelastung des Tabaks erklärt. Leider haben diese Parteien nicht die Mehrheit im Reichstage und deshalb ist die Situation für uns sehr beunruhigend.

Früher haben sich auch die Handelskammern gegen jede Mehrbelastung des Tabaks ausgesprochen. Deut aber haben große Teile der Handelskammern eine entgegengelegte Stellung eingenommen. Nur die Bremer Handelskammer hat sich gegen die

Wanderollensteuer und gegen die Erhöhung des Zolles ausgesprochen. Die Hamburger Handelskammer hat eine Erhöhung der Gewicht- und der Inlandssteuer empfohlen. Diese Handelskammer hat auch in ihrem Bericht an den Reichstag den Gläubigen zu erwidern versucht, als ob die Interessenten der Tabakbranche damit einverstanden sind. Wir sind in Hamburg der Sache auf den Grund gegangen und in einer von mehr als 2000 Interessenten besuchten Versammlung festgestellt, daß dieselben den Standpunkt der Hamburger Handelskammer nicht teilen. Herr v. Sieden hat denn auch schriftlich erklärt, daß die von der Handelskammer benannten Sachverständigen sich gegen jede Erhöhung der auf dem Tabak ruhenden Lasten erklärt haben. Die Versammlung hat hierauf die Handelskammer aufgefordert, diese Erklärung auch öffentlich abzugeben und zu bekunden, daß sie in ihrem Bericht an den Reichstag nicht die Wahrheit gesagt hat. Die Berliner Handelskammer hat sich ebenfalls für Erhöhung des Zolles erklärt. Auch die Handelskammer in Münster (Westfalen) hat sich für Erhöhung der Steuer ausgesprochen und gesagt, wenn dieselbe zu einem Rückgang des Konsums führen sollte, so sei das im Interesse der Volksgesundheit zu begrüßen. — Das ist ein Widerspruch, denn wenn der Konsum zurückgeht, woher soll dann die Regierung das Geld aus dem Tabak hernehmen? Der Geheimkommerzienrat Vogel in Chemnitz erklärte, die Tabaksteuer sei die populärste Steuer. Wir meinen, wenn man hierüber eine Volksabstimmung veranstalten würde, die würde sich anders aussprechen.

Uns, den Gegnern der Tabaksteuer wird der Vorwurf gemacht, uns mangelte der Patriotismus. Ja, warum greifen denn die „patriotischen“ Befürworter der Steuer nicht in die eigene Tasche, um ihren Patriotismus zu bekunden. Warum soll es denn immer der Arbeiter sein, der die Kosten für den Staat aufzubringen hat. Wenn die geforderte Mehrbelastung des Tabaks angenommen wird, so bedeutet das für die Tabakarbeiter, daß sie ihre ganze Existenz opfern müssen und zeitweilen zum Hungern verurteilt sind. Das darf niemand von uns verlangen. Wir aber können verlangen, daß man uns Tabakarbeiter nach den gleichen Grundsätzen behandelt, die anderen Industrien gegenüber angewandt werden. Von diesen hat man noch nie das Opfer der Existenz verlangt. Durch das Gesetz von 1887 ist den Schnapsbrennern eine jährliche Liebesgabe von 45 Millionen Mark zugewandt worden. Jetzt, wo in der Spiritusindustrie ein Verkaufsmonopol eingeführt werden soll, verlangt man nicht, daß die Brenner die Liebesgabe zurückgeben, sondern sie sollen dafür, daß sie die Liebesgabe nicht mehr bekommen, entschädigt werden. Man will ihnen ihre Erzeugnisse zu guten Preisen durch den Staat abnehmen. Wenn man uns nach den gleichen Grundsätzen behandeln würde, dann ließe sich über die Sache reden. Davon ist aber keine Rede, daß man uns unsere Produkte zu guten Preisen abnehmen will. Als wir für die Zigarettenarbeiter, die durch die Einführung der Zigarettensteuer arbeitslos geworden sind, eine staatliche Unterstützung forderten, erklärte der Reichsschatzsekretär Freiherr v. Stengel, davon könne keine Rede sein.

Seit Bestehen des Reiches ist bei jeder Finanzreform erklärt worden, der Tabak muß bluten. Das wird auch jetzt wieder erklärt. Wir sind deshalb geneigt, die Gründe, mit denen wir stets gegen die Belastung des Tabaks angefaßt haben, aufs neue vorzutragen. Jetzt sollen durch die Wanderollensteuer 77 bis 78 Millionen mehr aus dem Tabak herausgeholt werden. Man sagt, in anderen Ländern bringe der Tabak den Regierungen mehr ein wie in Deutschland. Das stimmt aber nicht. Man beruft sich in Deutschland immer nur auf die Steuer, die direkt vom Tabak eingeommen werden, ohne zu berücksichtigen, was die Tabakindustrie und ihre Nebengewerbe noch an anderen Steuern aufzubringen hat, die in den Monopolländern natürlich fortfallen. Ferner ist zu berücksichtigen, daß in den Ländern mit höheren Tabaksteuern die Zahl der Tabakarbeiter viel geringer ist als in Deutschland. Hier kommen auf eine Million Einwohner 2000 Tabakarbeiter. In Frankreich sind es 78 Proz. weniger, in Oesterreich-Ungarn 61 Proz. weniger, in Italien 75,4 Proz. weniger, in England 73 Proz. weniger als in Deutschland. Auch in Deutschland würde die Zahl der Tabakarbeiter bedeutend zurückgehen, wenn die Mehrbelastung des Tabaks eintreten sollte.

Wir sollen also eine Wanderollensteuer bekommen, die nach dem Wert der Ware abgestuft ist. Die Abstufung, welche die Vorlage vorsieht, soll der Gerechtigkeit entsprechen. Jeder Sachmann sieht aber, daß sie im höchsten Grade ungerade ist. Nach der Abstufung der Vorlage bekommt beispielsweise der Käufer für 7 Pf. eine bessere Zigarette wie für 6 Pf. — Man beruft sich auf die Wanderollensteuer in Amerika. Aber dort beträgt die Steuer auf die Zwanzigpfennig-(5 Cents) Zigarette 6 Proz., bei uns dagegen 23 bis 30 Proz. des Preises.

Die Wirkung der Wanderollensteuer in Deutschland würde die sein, daß 50 000—60 000 Arbeiter arbeitslos werden. Die Regierung will ja die Hausarbeit nicht antasten. Aber wie soll denn bei der großen Ausdehnung der Hausarbeit in der Zigarettenindustrie Deutschlands die Steuerkontrolle ausgeübt werden. Die notwendige Folge der Wanderollensteuer würde sein, daß die Hausarbeit anders geregelt werden muß. Die dezentralisierte Form der Hausarbeit müßte aufgegeben werden. Auch die Händler und Gastwirte müßten einer Steuerkontrolle unterzogen werden. Das würde ungeheure Kosten verursachen, die natürlich vom Ertrag der Steuer abgehen. — Die Regierung legt besonderen Wert auf die Staffelung der Steuer nach dem Wert der Fabrikate. In Amerika hat man eine solche Staffelung gehabt. Sie hatte die Folge, daß die Löhne der Arbeiter unpaarweise herabgedrückt wurden, denn die Fabrikanten waren natürlich bestrebt, möglichst billig zu produzieren. Derselben Folgen werden natürlich auch in Deutschland eintreten. Deshalb ist gerade diese Steuer besonders arbeiterfeindlich. In Amerika ist diese Steuerform auf Verlangen der Arbeiter bald wieder abgeschafft worden.

Die Wanderollensteuer auf Zigaretten hat so schmerzliche Folgen für die Arbeiter der Industrie gehabt, daß sie als Warnung vor der Einführung der Zigaretten-Wanderollensteuer dienen kann. Die Steuer hat die Zigarettenfabrikanten veranlaßt, sich nach billigen Arbeitsmethoden umzusehen. Maschinen sind eingeführt und immer weiter vervollkommen worden. Die Folge davon war, daß die Handarbeit mehr und mehr zurückging und viele Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie brotlos wurden. Nur große kapitalkräftige Fabrikanten können sich die kostspieligen Maschinen anschaffen. Infolgedessen werden die kleinen Fabrikanten durch die Konkurrenz der großen mit der Zeit ruiniert, denn die Maschinenarbeit stellt sich um das Vielfache billiger als die Handarbeit. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die Verlegung der Zigarettenfabrikation von den großen Städten aufs Land, wo die Löhne billiger sind. Schließlich wird auch die Zigarettenmaschine den Sieg über die Hausarbeit davontragen.

Allerdings ist in der Zigarettenindustrie die Maschine bei weitem nicht in dem Maße anwendbar wie in der Zigarettenfabrikation. Aber wenn nicht durch die Maschine, so würden die Zigarettenarbeiter durch den Rückgang des Konsums infolge der Steuererhöhung schwer geschädigt werden.

Das Reich braucht Geld, deshalb ist die Gefahr so groß für die Tabakarbeiter aller Branchen. Schon durch die 1879 eingeführte Tabaksteuer sind die Arbeiter unpaarweise geschädigt worden. Wenn jetzt die Wanderollensteuer eingeführt wird, so werden die Arbeiter aufs neue schwer geschädigt werden. 40 000 Arbeiter würden sofort entlassen werden, wenn man die Berechnung zu Grunde legt, welche in der Begründung des Gesetzesentwurfs aufgemacht wird. — Die Tabaksteuer von 1870 hat die Folge gehabt, daß die Fabrikation aus den Hauptorten der Tabakindustrie, Hamburg und Bremen, zum großen Teil nach Westfalen und Süddeutschland verlegt wurde, weil da die Arbeiterlöhne niedriger waren. Diese Verlegung der Industrie würde sich auch an sich vollziehen, aber sie wird durch die Steuererhöhung bedeutend beschleunigt. Der Reichsschatzsekretär

hat am 19. November 1908 im Reichstage behauptet, diese Verschlebung der Arbeiter von Nord nach Süd betrage in den letzten 20 Jahren nur 7 Proz. Das ist nicht richtig. Es beträgt der Rückgang in Norddeutschland 25,6 Proz., die Zunahme in Süddeutschland 19,8 Proz., also betrug die Verschiebung in 20 Jahren nicht 7 Proz., sondern 16,4 Proz.

Neuerdings geht die Verschiebung der Tabakindustrie auch nach dem Osten — dort sind die Arbeitskräfte noch billiger zu haben wie im Süden. Die bedürfnislosesten Proletarier wohnen im Osten, an der Grenze Rußlands, dem wir uns immer mehr nähern. Auch aus Leipzig und Berlin sind die großen Zigarrenfabriken nahezu verschwunden. Die Folge dieser Verschiebung, die Folge der fortgesetzten Mehrbelastung des Tabaks ist eine Herabdrückung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter. In den Orten der Tabakindustrie sind viele schwächliche Personen ansässig, die in der Tabakindustrie arbeiten. Was soll aus diesen Arbeitern werden. Sie können der ausstehenden Industrie nicht folgen. Ihre Existenz wird vernichtet. Weisfallen würde zum Teil entvölkert, wenn die dort ansässigen Tabakarbeiter keine Beschäftigung finden. Das kleine Eigentum, welches viele derselben haben, würde vernichtet.

Die neuen Steuerpläne bedeuten also neue, schwere Schädigungen der Arbeiter. Ihre Lebenshaltung wird um 80—100 Prozent herabgesetzt. Das ist eine Entwicklung zum Nullsum, eine Verjüngung ohne Ende. Jahrelang haben wir gekämpft und gearbeitet, um aus der Verjüngung herauszukommen, in die wir durch die 1879 eingeführte Steuer gekommen sind. Wenn jetzt die geplante neue Steuer beschloffen wird, so würden wir wieder zurückgeworfen werden in das Elend, aus dem wir uns kaum etwas herausgearbeitet haben. Unsere Bestrebungen, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, würden vereitelt werden. Wenn es die Herren im Reichstage nicht wissen — wir wissen es, und hier sind viele, die es am eigenen Leibe erfahren haben, daß die Tabakarbeiter Jahr aus Jahr ein hungern mühten. Solches Unglück, wie die Tabaksteuer von 1879 zur Folge gehabt hat, darf der Reichstag, wenn er menschlich denkt, nicht ein zweites Mal heraufbeschwören. Die jetzt geplante Steuer muß die Konsumtionen belasten, denn von den Löhnen der Arbeiter kann nicht der ganze Betrag der Steuer abgezogen werden, weil ihnen sonst nicht mehr so viel bleiben würde, um auch nur das elendeste Leben zu fristen. Trotzdem wird man versuchen, die Löhne herabzubrüden und die Arbeitszeit zu verlängern. Was wir seit Jahren für die Erhöhung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter erreicht haben, wird wieder verloren gehen.

Wir protestieren hier gegen jede Mehrbelastung des Tabaks nicht der Fabrikanten wegen. Wir protestieren auch nicht im Interesse der Händler und nicht der Konsumenten wegen, sondern wir protestieren hier im Interesse der Arbeiter, die mit vieler Mühe dazu gekommen sind, ihre Lebenshaltung aufzubessern. Wir fordern im Namen der Gerechtigkeit, daß der Reichstag beschließt, was er mit der Annahme der Vorlage anrichten würde. Wir brauchen nicht überreden, wir sagen nur die Wahrheit. Wenn trotzdem der Reichstag das Verbrechen begehen sollte, eine Steuererhöhung zu beschließen, so beinahe er namenloses Unglück über die armen Tabakarbeiter. (Beifälliger Beifall.)

In der Nachmittags Sitzung wurde mit dem zweiten Punkte der Tagesordnung: Berichte der einzelnen Delegierten begonnen. Als erster Redner erhält Franz Schmidt-Dresden, Vertreter der Zigarrenarbeiter, das Wort. Er führt aus und beweist durch ein reichhaltiges statistisches Material, daß die 1908 eingeführte Wankostensteuer alle die verderblichen Wirkungen auf die Zigarrenindustrie und vor allem für deren Arbeiterklasse ausgeübt hat. Er verurteilt scharf das Verhalten der Regierung, die zur Begründung jener Steuererhöhung anführte, daß die Zigarrenarbeiter gegenüber den Zigarren als Industrie im Vorteil seien, und nun wieder, nachdem jener Zweck erreicht ist, aus Gründen „ausgleichender Gerechtigkeit“, die Zigarrenindustrie mit neuen Steuern belasten will. Die Folgen der Zigarrensteuer zeigen sich unter anderem darin, daß die Maschinenarbeit selbst in solchen Fabriken eingeführt wurde, die bisher ausschließlich Handarbeit machten, die Preise immer mehr gedrückt, Arbeiter und Arbeiterinnen in Masse arbeitslos gemacht wurden. Die Firma Garbalt-Berlin hatte vor Einführung der Wankostensteuer circa 400 Handarbeiter; heute hat sie vier große Maschinen und nur noch 150—200 Handarbeiter. Gleichzeitig hat diese Firma Kommissionsarbeit nach Cotta bei Dresden bezogen. Es ist nach Einführung der Steuer allgemein geworden, daß die großen Firmen sowohl aus Berlin wie aus Dresden auf dem Lande Filialbetriebe errichten, um an den Arbeitskräften zu sparen. Die Firma R. a. n. o. k. Berlin beschäftigt nun in Schneidemühl 80—70 Arbeiterinnen und gibt dort für dieselben Sorten, für die es in Berlin 2,65—3,95 M. gibt, 1,00—1,90 M. Daneben hat infolge der Steuer die Lehlingszucht sich entwickelt. In Dresden wird für die halbjährige Lehrgeld 20 M. Gehalt verlangt, das zurückgezahlt wird, wenn die Arbeiterin nach 1½ Jahren im Betriebe bleibt. Dadurch sucht man sich selbst einen Stamm äußerst billiger und billiger Arbeitskräfte zu schaffen. Früher wurden in Dresdener Zeitungen oft Zigarrenarbeiterinnen nach auswärts verlangt, jetzt liest man fast nur noch, daß hier und da eine Arbeiterin verlangt wird, damit sie auswärts auf dem Lande andere anlernt. Die Arbeitslosigkeit hat ungeheuer zugenommen, und diejenigen, die nicht in vollem Maße davon betroffen sind, arbeiten bei verkürzter Arbeitszeit. Der Redner fordert zum Kampf auf gegen die neue Steuererhöhung, gegen das ganze volksfeindliche Steuersystem und die Regierung, die auf Kosten einer so elend bezahlten Arbeiterschaft immer neue Steuern erpresen will.

Der Vorsitzende verliest eine Sympathieerklärung der Föderation deutscher Tabakarbeiter, die die Hoffnung ausdrückt, daß es ihren deutschen Kollegen gelingen möge, die Steuerpläne abzuweisen.

Arnold-Altona protestiert im Namen der Zigarrenarbeiter gegen die Steuerpläne. Durch die Zigarrenarbeiter werde dieser ganze Beruf mit Vernichtung bedroht. Die Sortierung und Verpackung diene ja nur dazu, dem Käufer die Ware äußerlich ansprechender zu machen. Wird die Wankostensteuer eingeführt, so laedere man die Zigarren mehr als bisher schon ohne Sortierung in Kisten zu 500 und 1000 Stück verpacken. Redner schildert, wie die Löhne schon unzureichend waren, die Zigarrenarbeiter in den letzten Jahren zurückgegangen sind, wie immer mehr weibliche Arbeitskräfte eingeführt wurden. Man müsse den Protest gegen die neue Vorlage in alle Welt hinausschicken, weil sonst würde die Reichstagsmehrheit es sich doch noch überlegen, ob sie wieder einmal Tausende von Arbeitern dem Elend preisgeben dürfe.

Goldschmidt, Vertreter des Verbandes der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, erklärt, daß sich seine Organisation dem Proteste durchaus anschließen, und schildert, wesentlich im Sinne des Referenten, welche verderbliche Wirkung die geplante neue Belastung der Tabakindustrie haben muß, und daß, wie nach 1879 eine Abwanderung der Tabakindustrie von Nord nach Süddeutschland stattfand, dann eine solche vom Süden nach dem Osten mit seinen noch billigeren und anspruchsloseren Arbeitskräften folgen werde, so daß in den bisherigen Orten der Industrie die Arbeiterschaft dem Hunger preisgegeben und nebenbei auch die Armenlasten der Gemeinden steigen würden.

Cherle-Weeman, Vertreter der Kautabakarbeiter, bemerkt, daß man es bitter empfinden müsse, daß gerade auch die Preiskämpfer, denen ja der vorige Redner angehört, sich nur zu leicht bereit zeigen, neuen Belastungen der Arbeiterschaft zuzustimmen. Der Redner schildert dann die traurigen Folgen, die die bestehenden Steuern schon der Arbeiterschaft seiner Branche zugefügt haben. Der Alkohol wird nach Gewicht des Produktes berechnet. Die Gefährte und Kollen mühten nun immer schwächer hergestellt werden. Kamen vor 1870 40 Kollen auf ein Kilo, so sind es jetzt bis zu 120, die für den gleichen Preis gemacht werden sollen. Die Produktion der kleinen Genossenschaftsfabrik der Kautabakarbeiter allein war im Jahre 1907 mit 53 300 M. Zoll und Steuer belastet, und fr die 50 000 Doppelentner, die die

Industrie insgesamt produziert, machte die Belastung nicht weniger als 4 100 000 M. aus. Durch die neuen Steuern würden die elenden Löhne natürlich noch viel mehr herabgedrückt. Die große das Elend jetzt schon ist, zeigt der Bericht der Handelskammer des Bezirks Minden, wonach dort 5829 schulpflichtige Kinder in der Tabakindustrie tätig sind. Eine Regierung, die sich erdreistet, eine Industrie mit so traurigen Arbeitsverhältnissen immer von neuem zu belasten, verdient bei der Arbeiterschaft nicht das mindeste Vertrauen.

Sillier, Vertreter der Lithographen und Steinbruder, weist nach, wie verderblich auch auf diesen Beruf die neuen Steuern wirken müssen, ja, wie die Steuern schon jetzt ihre Schatten vorauswerfen, schon zu einer ungeheuren Steigerung der Arbeitslosigkeit außerordentlich stark beigetragen haben. In der Berufsangehörigen sind mit der Steinbrudarbeit für die Tabak- und Tabakfabrikationen beschäftigt. Infolge der drohenden Steuer werden jetzt schon Bedingungen, die bisher achtfarbig hergestellt wurden, nur noch einfarbig, solche, die bisher fünffarbig, nur noch dreifarbig hergestellt. Das bedeutet ein Drittel weniger Arbeitsleistung, weniger Lohn und mehr Arbeitslosigkeit. Dazu kommt die geplante Plakatssteuer, die das Steinbrudergewerbe nicht minder hart treffen wird; dann der Umstand, daß infolge der unvernünftigen Zollpolitik der Auslandsmarkt für die deutsche Steinbrudarbeit immer mehr abgeschnitten wird. Die Zigarrenfabrikanten werden die kleinen Zigarrenfabrikanten vernichten und so den Weg ebnen für das Monopol, das die Arbeit der Lithographen und Steinbruder für die Tabakindustrie überhaupt beseitigt, wie man jetzt schon in Oesterreich keine Steinbrudarbeit für die Tabakindustrie braucht.

Kloß, Buchbinderverband, bemerkt, daß es dem Ungewöhnlichen keltam Erkunden kante, daß auch seine Organisation ganz besonders Grund habe, sich an dem Protest gegen die neue Belastung der Tabakindustrie zu beteiligen. Es sind aber allein in Dresden 500 im Buchbinderverband organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Herstellung der Verpackungen, der Kartons für die Tabakfabrikate beschäftigt, und in Berlin sind es 777. Dabei sind die noch unorganisierten Personen nicht mitgezählt, abgesehen davon, daß auch noch in anderen Städten eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen diese Art Arbeiten ausführt. Die Arbeitslosigkeit muß natürlich durch die höhere Belastung der Tabakindustrie auch in jener Branche ungeheuer anwachsen. Man wird suchen, die Löhne, die sowieso schon in der Kartondruckbranche äußerst niedrig sind, noch mehr herabzubrüden. Der Redner verurteilt in weiteren Ausführungen aufs schärfste die ganze verderbliche Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung und ihrer Helfershelfer.

Lührs-Weeman, Ristenmacher, zeigt, wie auch in seinem Berufszweig die neue Belastung verderblich wirken muß, weil man an der Auskultung sparen wird. Sieht man doch jetzt schon in den Zigarrenläden immer häufiger die Aufschrift: „Keine Auskultung — bessere Qualität!“ Wie die Ristenmacher, werden auch die Balleberinnen noch mehr dem Elend preisgegeben werden.

Schlüter-Dielefeld berichtet, daß in der Tabakarbeiterchaft Weisfallen eine ungeheure Empörung über die geplante Vernichtung ihrer Existenz Platz gegriffen hat, was sich auch darin schon zeigt, daß von dort allein 100 Delegierte gefandt sind zum Kongress. 30 000 Menschen arbeiten dort am Tabak und sind mit Elend bedroht, von dem fast 100 000 Familienangehörige mitbetroffen werden müssen. Elend ist jetzt schon ihr Los, Krankheit, Invalidität und früherer Tod. Die Protestbewegung ist allgemein, selbst Pastoren haben sich ihr angeschlossen. Der Pastor Vodelschwingh erklärte in einer Rede: „Die Zigarrenarbeiter werden früh, am ersten Stütz meist die Frau, sterben sie nicht früh, so werden sie früh invalide.“ Er hat das auf Grund der Totenbücher festgestellt. Kommt die Tabaksteuer, so bedeutet sie den Leichenstein für abermal Tausende von Tabakarbeitern. Die Reichstagsabgeordneten sollten der Regierung sagen, daß es Leute gibt, die das Geld haufenweise verpraseln; die sollte man besteuern, aber nicht das Elend der Tabakarbeiterchaft.

Schlöhmann-Minden berichtet unter anderem, daß die Fabrikanten sich zwar nicht in den Protesterklärungen der Arbeiterschaft bilden lassen, aber wenn irgendeiner mit den elenden Löhnen, die im Durchschnitt kaum 600 M. jährlich ausmachen, nicht zufrieden sein will, erklären, daß sie auswandern wollten, die Arbeiter dann gar nichts mehr zu tun hätten.

Berner-Trobbin: Die Tabakarbeiter, die die frühere Zeit durchgemacht haben, wissen, was für ein Elend mit der neuen Tabaksteuer hereinbricht.

Heininger-M. Aubeim im Raingau teilt mit, daß dort der Gemeinderat sich dem Protest gegen die Steuererhöhung angeschlossen hat. In der Hausindustrie werden dort 5 bis 7 M. die Woche verdient. Kinder werden von frühesten Jugend zur Arbeit herangezogen.

Prinmann-Springe in Weisfallen: Die Zigarrenmacher gehen zu den Armen der Armen. Die geplanten neuen Steuern machen bei uns jetzt schon ihre Wirkung geltend. Als wir den Protest dagegen beschloffen, darauf hinwies, wie viel Entschuldigungen dadurch vernichtet wurden, meinte der Pastor, es schade nichts, wenn die Leute aus der Gemeinde weggingen.

Gräbner-Hanau: Wie andere Handelskammern, hat es auch die in Hanau abgelehnt, gegen die Steuererhöhung zu protestieren; aber ihr Vorhaben hatte es um so eiliger, nach Berlin zu reisen, um mit Dernburg über die vermeintlich gefundenen Diamanten zu konferieren. Die Finanzkommission des Gemeinderats, in der auch ein Zigarrenfabrikant sitzt, hat einen Protest ebenfalls abgelehnt, weil die Handelskammer schon Stellung genommen habe. Lust die Zigarrenlisten- und „Normenindustrie“ wird aufs schmerzlichste durch die neuen Steuern geschädigt werden. Schon jetzt wird mit Rücksicht darauf nur 5 Tage die Woche gearbeitet, und schon jetzt ist erklärt worden, daß, wenn die Vorlage Gesetz wird, viele Arbeiter entlassen werden müssen. Berrat am Volke wäre es, wenn die Abgeordneten der Vorlage ihre Stimme geben.

Lange-Hersberg am Harz schildert die traurigen Löhne, die dort in der Tabakindustrie gezahlt werden, und ruft ebenfalls zum Protest gegen die neue Belastung auf.

Kleine-Holzhausen bei Formont: Der Gemeinderat wollte von einer Protesteinstellung an die Reichsregierung nichts wissen, weil der Kreisamtmann solches Vorhaben verworfen hätte. Der liberale Abgeordnete des Kreises scheint nur zu geneigt, trotz des zu erwartenden Elends, der Vorlage in der einen oder anderen Form zuzustimmen, obwohl er bei der Stichwahl versprochen, gegen jede indirekte Steuer zu stimmen. Der Redner mahnt zur äußersten Vorsicht mit den Liberalen bei den Wahlen. — Sorgt dafür, daß wirkliche Volksvertreter und keine Volkswörterer gewählt werden.

Meister-Leopoldshöhe (Lippe) führt aus, daß sowohl die Tabakarbeiter seines Bezirks als auch die Lippefchen Ziegler mit der Politik des Vertreters des dortigen Kreises, Abgeordneten Neumann-Hofer nicht einverstanden seien. In einer Versammlung habe Neumann-Hofer versprochen, gegen die Steuererhöhung zu stimmen, nachdem man ihm vorgehalten, daß er mit Hilfe der Arbeiter in den Reichstag gewählt worden sei. Wir wollen abwarten, ob Neumann-Hofer Wort halten wird.

Partel-Luzenau: Der Abgeordnete unseres Kreises, der Reichstagsabgeordnete Liebert, hat gezeigt, daß er von den Angelegenheiten der Tabakindustrie nichts versteht. Er hat auf unsere Einladung zu einer Versammlung geschrieben, er habe das größte Interesse für die Tabakindustrie und werde dahin wirken, daß die Steuer auf die Konsumenten abgewälzt werde. Diese Bemerkung beweise, daß Liebert auch von nationalökonomischen Fragen nichts versteht. Kommerzrat Vogel, der an den Patriotismus der Steuerzahler appelliert, zählt seinen Arbeitern Stundenlöhne von 20 Pf. Von solchem Lohn wird auch der größte Patriot keine höheren Steuern zahlen können. — Die Steuererhöhung ist gleichbedeutend mit der Entzweiung der Tabakarbeiter. Darum fort mit dieser Vorlage.

Hierauf wurde die weitere Debatte auf morgen vertagt.

Facharbeitsnachweise für gastwirtschaftliche Angestellte.

Am 15. Januar fand eine vom preussischen Handelsminister einberufene Konferenz im Herrenhause statt, die sich mit obiger Frage beschäftigte. Zu dieser Zusammenkunft waren geladen die Vertreter der größeren städtischen und gemeinnützigen Arbeitsnachweiskontrollen in Preußen sowie die Vertreter der bestehenden Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gastwirtsgebiets. Von den Verbänden der Gastwirtsgehilfen und Hoteldiener waren erschienen Miller, Borchard, Barnat und Boesch.

Regierungsrat Dr. Neumann, der die Verhandlungen leitete, wies in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die verschiedenen Verordnungen gegen die gewerksmäßige Stellenvermittlung ziemlich erfolglos gewesen seien, daß die Mißstände nach wie vor weiter beständen. Eine Änderung der Gesetzgebung (§ 34 der Gewerbeordnung) siehe deswegen bevor. Beabsichtigt sei, Bestimmungen über die Gebühren der Stellenvermittler zu treffen, ferner für die Vergehen höhere Strafen in Aussicht zu nehmen und die Bedürfnisfrage zur Einführung zu bringen. Wo ein Bedürfnis nicht vorhanden sein sollte, wird danach in Zukunft die Erteilung neuer Konzessionen an Stellenvermittler verweigert. Mit der Frage der gesetzlichen Regelung aber habe sich die heutige Konferenz nicht zu befassen, sondern nur mit der Frage der Errichtung besonderer Fachabteilungen bei den städtischen bzw. allgemein gemeinnützigen Arbeitsnachweisen.

Die Referenten, die Herren Jaekel und Brügemann, Geschäftsführer des städtischen Arbeitsnachweises in Dortmund, begründeten eine Reihe Leitsätze. Darin wird gefordert die Errichtung von derartigen Facharbeitsnachweisen in jeder Provinz mit je einem Sachmann an der Spitze. Die Aufbringung der Mittel hat in der Weise zu erfolgen, daß die städtischen Ausgaben von den Gemeinden zu übernehmen sind, während das Gehalt für den anzustellenden Beamten durch Beiträge der Angestellten selbst, durch Zuschüsse der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine und durch staatliche und kommunale Zuschüsse aufgebracht werden sollen.

Nach den Referenten kamen die Vertreter der städtischen Arbeitsnachweise (es waren meist die Stadträte, Delegierten der betreffenden Ressorts, denen der Arbeitsnachweis untersteht) zum Wort. Aus ihren Mitteilungen ging hervor, daß die Gastwirtsvereinigungen es in der Mehrzahl ablehnen, zu den Kosten einer solchen Nachweistelle für das gastwirtschaftliche Personal beizutragen. Es ist das weiter nicht zu verwundern, es sind ja nicht die Gastwirte, sondern ihre Angestellten, welche die Vermittlungsgebühren zu tragen haben. Dagegen haben sich die Gehilfen stets und überall bereit erklärt, einen Teil der Kosten zu übernehmen. Einige Städte, wie z. B. Düsseldorf (in den süddeutschen Staaten kommen noch mehrere andere in Betracht), haben die städtischen Kosten der Fachabteilung übernommen.

Von den anwesenden Vertretern der Unternehmer-Vereinigungen erklärten sich die des „Internationalen Hotelier-Verbandes“ für die Errichtung von Facharbeitsnachweisen. Sie sind bereit, zu den Kosten beizutragen und auch ihre Stellenvermittlung aufzuheben, sobald durch die Facharbeitsnachweise Ersatz geschaffen worden ist.

Dagegen gibt der Pfarrer Feudt, der Leiter des sogenannten „Christlichen Stellnerbundes“, zwar auch eine platonische Liebeserklärung für den allgemeinen Arbeitsnachweis ab, erklärt aber gleichzeitig, die an die sogenannten „Stellnerheime“ angeschlossenen Arbeitsnachweise nicht aufheben zu wollen. Dieser sonderbare Verein wird von einer Anzahl evangelischer Geistlicher (auch Herr Vic. Rumm gehört zu ihnen) geleitet, beschäftigt sich mit der Errichtung von Stellnerheimen und Vermittlungsbureaus, die schon mehrfach Streikbrecher vermittelt. Der „Deutsche Gastwirte-Verband“ bezeugte erst kürzlich diesem Verein seinen Dank durch Ueberweisung von einigen hundert Mark.

Die Vertreter der zahlreichen bestehenden gelbnationalen Stellner- und Köcheverbände gaben recht gewundene Erklärungen ab und verwickelten sich vielfach miteinander in Widersprüche, so daß der Regierungsvertreter mehrfach um klare Antworten ersuchen mußte. Die zweideutige Haltung dieser Verbände erklärt sich zunächst daraus, daß sie selbst zum Teil gewerksmäßige Stellenvermittlung betreiben. Einige haben die Erhebung von Gebühren erst seit einiger Zeit und auch nur für ihre Mitglieder aufgehoben und plazieren desto mehr Nichtmitglieder gegen Entgelt. Aber auch soweit sie kostenlos Vermittlung haben, möchten sie diese doch gern weiter behalten, weil die Stellenvermittlung vielfach ihr einziger Vereinkostendeckung ist, durch den Mitglieder zu ergattern suchen.

Von den Vertretern der organisierten Gastwirtsgehilfen und Hoteldiener wurden besondere Leitsätze unterbreitet und von Boesch begründet. Sie fordern, daß die städtischen Arbeitsnachweise gänzlich gebührenfrei vermittelt und daß auch der Staat bzw. die Kommunen die gesamten Unterhaltungskosten tragen soll. Mindestens sollen die städtischen Verwaltungen die sachlichen Aufkosten, als Bureaumiete, Telefon usw., übernehmen, während die angeschlossenen Organisationen eventuell den Beamten, den sie aus ihren Reihen zu wählen haben, zu bezahlen hätten. Ferner wird die Anstellung von Sachleuten gefordert, auf keinen Fall dürfen die Nachweistellen als geeignete Unterkunftsstellen für Militärwärter betrachtet werden. Die Leute, die an diesem Plage stehen, müssen ein tiefes soziales Verständnis besitzen, gepaart mit feinem Taktgefühl und Energie. Der Umgang mit den Arbeitsjünglingen, die Führung des Arbeitsnachweises überhaupt, darf nichts Bureaokratisches an sich haben. Eine weitere Forderung der organisierten Gehilfen geht dahin, daß die Wächter städtischer und staatlicher Lokale durch Vertrag zu verpflichten sind, ihr Personal nur durch den städtischen Arbeitsnachweis zu beziehen.

In die Nachverträge der Inhaber von Bahnhofswirtschaften, Kaffeehäusern, Markthallen usw. sind diesbezügliche Bestimmungen aufzunehmen. Desgleichen ist von den Stadtverwaltungen bei Ausstellungen oder sonstigen Veranstaltungen, die durch die Stadt in irgendeiner Form subventioniert werden, dies als Bedingung mit aufzustellen.

Es sei ein Widerspruch, wenn die städtischen Verwaltungen Arbeitsnachweise unterhalten oder doch subventionieren, während die Wächter städtischer Lokale nach wie vor die gewerksmäßigen Stellenvermittler durch Zumeisung von Aufträgen unterstützen.

Schließlich wird gordert, daß diejenigen Verbände, die sich den städtischen Arbeitsnachweiser anschließen, ihre eigenen Arbeitsnachweise unbedingt aufzugeben haben, und daß die Mitglieder der angeführten Verbände bei der Vermittlung unbedingt zu bevorzugen sind.

Beabsichtigt werden bei derartigen Konferenzen bekanntlich nicht gefast.

Sodann wurde noch über die Einrichtung öffentlicher Dienstbotenachweise

verhandelt. Das Referat hierzu hatte Fräulein Klausner, die Leiterin des Bureaus für die Vermittlung von weiblichen Personen bei dem Zentralverein für Arbeitsnachweise in Berlin. Ihrem durchsachlichen Referat legte sie die folgenden Vorschläge zugrunde:

1. Allgemeines Kennzeichen der gemeinnützigen Dienstbotenachweise sei die Stufenlosigkeit für die Arbeitnehmer.
 2. Der Dienstbotenachweise muß leicht erreichbar sein und in guter Gegend liegen.
 3. Die Sprechstunden sollen getrennt von denen für Arbeiterinnen und Auszubildende sein.
 4. Für Hausfrauen und Lustmädchen müssen gesonderte Wartezimmer vorhanden sein. In die Verhandlungen sind keine Eingetragene vorzulassen.
 5. Die Beamten sollen nur beide Teile zusammenführen und die Abschlüsse buchmäßig festhalten. In die Verhandlungen eingreifen, insbesondere unerfahrene Hausfrauen und junge Dienstmädchen mit Rücksicht.
 6. Im Interesse einer langfristigen Dauer sind bei Vertragsabschluss die Arbeitsbedingungen genau aufzuführen.
 7. In größeren Städten soll die Vermittlung nicht an einem Punkt stattfinden, es soll möglichst jedem Stadtteil eine Filiale errichtet werden. Alle Filialen müssen von einer Zentrale geleitet sein.
 8. Die Arbeitsnachweisebeamten müssen in ständiger Fühlung mit Hausfrauen- und Dienstmädchenvereinen bleiben. Kleine schon bestehende Arbeitsnachweise sind zum Anschluß an den Zentralarbeitsnachweis zu verknüpfen, Hausfrauen- und Dienstbotenvereine eventuell z. Mitarbeit an der Verwaltung heranzuziehen.
 9. Für eine ständige Propaganda in der Presse durch Annoncen wie durch Kolportage ist zu sorgen. Behörden sind zur Mithilfe bei der Propaganda zu veranlassen.
 10. Die Arbeitsnachweisebeamten muß eine gute Vorbildung für ihren Beruf mitbringen.
 11. Wenn angängig, soll mit dem Arbeitsnachweis eine kleine Herberge verbunden sein.
 12. Die Arbeitsnachweise sollten sich entschließen, zur wirksameren Propaganda gegen die gewerbliche Stellenvermittlung und gegen die sich als gemeinnützige Beine gebenden Mietbureaus, alle den gleichen Namen „Zentralarbeitsnachweis“ anzunehmen.
- Die Diskussion über diesen Punkt ist nur sehr gering; abweichende Meinungen wurden nicht geltend gemacht.

Parlamentarisches.

Die Subkommission des Abgeordnetenhauses hat die Beschlusssache in zweiter Lesung beendet und den Bericht fertiggestellt. Der mehrere hundert Seiten umfassende Bericht wird in einigen Tagen dem Plenum zugestellt werden.

Das Karolka-Weißbuch.

Staatssekretär v. Schoen hat im Deputat im Reichstage berichtet, daß ihm „spätestens nach den Weihnachtsferien“ ein Weißbuch über Karolka zugehen werde. Bisher hat man sich auf das Buch gewartet und jetzt weiß die Scherzpresse zu urteilen, daß das Weißbuch auch in der nächsten Zeit nicht erscheinen wird! Einiges Schriftstück wegen, die mitgeteilt werden sollen, muß erst mit Frankreich und Spanien Unterhandlung getrieben werden. Schließlich kommt das Weißbuch nach Schluß der Reichstagsession und damit ist dann der Herr Staatssekretär unangenehmen Aufmerksamkeiten entzogen. . . .

Drucksachen.

Aus dem Reichstage. (Nr. 1096.) Vorschriften über die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben

1. der Reichs-Marineverwaltung.
2. Königl. preuß. Oberverwaltungs.
3. bayerische.
4. sächsische.
5. württembergische.

(Nr. 1106.) Denkschrift über die Entzweiung der Schutzgebiete in Afrika und der Ostsee im Jahre 1907/08. (Teil B: Deutsch-Ostafrika. Teil C: Kamerun. Teil E: Deutsch-Südwestafrika. Teil G: Samoa.)

(Nr. 1120.) Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung der Gesetze betreffend Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern.

(Nr. 1121.) Denkschrift über die wissenschaftlichen und künstlerischen Unternehmungen, die aus Mitteln der Sta für das auswärtige Amt und für das Reichamt des Innern gefördert werden.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhause. (Nr. 42.) Bericht über die Ergebnisse der Betriebe der bereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen im Rechnungsjahre 1907.

Die Kommissionsberichte über die Beamten- und farrerbefolgung erscheinen in den nächsten Tagen und sind von der königlichen Hofbuchdruckerei Wilhelm Greve, Verlags SW. 68, zu beziehen. Preis: Beamtenbefolgung (4 Teile und Sachregister, 650 Seiten) 8,40 M., kathol. Geistl. 50 Pf., evangel. Geistl. 30 Pf., einschließlich Porto. Wenn die Bestellung bis zum 22. Januar eintrifft, erwägt sich der Preis auf 5,40 M., 35 Pf., 20 Pf. Die Sendung erfolgt nur nach portofreier Voreinsendung des Betrages.

Der Bericht über die Bekehrungsbefolgung erscheint später.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerefolge.

Aus Baden liegen wieder einige Erfolge bei der Gemeindevahlen vor. Unsere Parteigenossen zu Daxlanden bei Karlsruhe behaupteten mit großer Mehrheit in der I. Wahlklasse gegen den Zentrumskandidaten den Sieg und errangen mit ihrem Vorschlag in der zweiten Klasse einen Achtungserfolg. Ferner siegte die sozialdemokratische Liste bei den Bürgerwahlen der 3. Klasse in Singen bei Durlach und in Forstheim.

Ein neuer Kämpfer. In Braunschweig erlitten die erste Nummer des „Empor!“ ein Agitationsblatt, da jeden Monat als „ein Bedenk für das braunschweigische Land“ herabkommen soll. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet Genosse Richard Wagner-Braunschweig.

Eine Vergewaltigung nach Berlin. Rupp. Die die Freisinnigen zu Berlin, so haben in Friedrichs. D. die Liberalen im Stadtverordnetenkollegium den Sozialdemokraten die Vertretung im Vorstand verweigert. Im hiesigen Stadiparlament sind unter 92 Mitgliedern 15 Sozialdemokraten, sie bilden die stärkste Fraktion des Kollegiums. Die sozialdemokratische Liste als auf Grund ihrer Stärke Anspruch auf den ersten Vorsitzenden, sie wollte sich aber mit dem zweiten begnügen. Der aus Nationalliberalen, Freisinnigen und Demokraten bestehende Ratshaus-Mock hat ihnen aber dieses Recht nicht zugegeben, und zwar aus byzantinischen Gründen. Die Nationalliberalen haben verlangt,

der Sozialdemokrat, der zweiter Vorsitzender werden sollte, müsse sich allen repräsentativen Versammlungen unterziehen. Die Sozialdemokraten erklärten, der betreffende Genosse werde die geschäftsmäßige Repräsentationspflicht übernehmen und auch, wenn es im Interesse der Stadt liege, dieses Interesse beim Minister persönlich vertreten. Die Nationalliberalen waren aber damit nicht zufrieden, sie verlangten, daß der betreffende Sozialdemokrat erforderlichenfalls zu Hofe gehen müsse. Darauf gingen die Sozialdemokraten nicht ein, worauf die Nationalliberalen erklärten, ihre monarchische Gesinnung dulde es nicht, einen Sozialdemokraten als zweiten Vorsitzenden zu wählen. Der Stad hat darauf die Sozialdemokratie überhaupt aus dem Präsidium ausschließen lassen.

Seit Gardie in New York.

London, 14. Jan. (Fig. Ber.)

Wie die englische Presse heute aus New York berichtet, sprach dort gestern Herr Gardie in einer öffentlichen Versammlung über das Thema: „Ein Umschwung in der britischen Politik und eine Danksagung für Amerika“. Er sagte, der Kampf der Arbeiterpartei werde solange dauern, bis die Regierung aus den Händen der vielen Wühlgänger in die der Arbeiterklasse übergegangen sei. Solange die Arbeiter geteilt seien, hängen sie von der Gnade der Kapitalisten ab. Die Reihen der amerikanischen Arbeiter seien gegenwärtig so geteilt, wie die der britischen Arbeiter früher waren. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl zeige dies zur Genüge. Der Versuch, die Arbeiter unter das Banner einer der kapitalistischen Parteien zu vereinigen, werde immer ein Mißerfolg bleiben. Dagegen lassen sich die Arbeiter — seien sie liberal oder konservativ, demokratisch oder republikanisch — in eine einheitliche Arbeiterpartei organisieren. Sie tun das in der Gewerkschaft, warum sollten sie es nicht in der Politik tun? Gardie sagte dann: „Ich bin aber überzeugt, daß eine Arbeiterpartei nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie sich vom sozialistischen Ideal leiten läßt! . . . Die amerikanischen Arbeiter werden früher oder später zur Einsicht gelangen, daß ihnen nur zwei Wege offen stehen: Hingabe an die politische Selbstständigkeit. Wie in Großbritannien haben unsere Wähler bereits getroffen und wir sind entschlossen, und unsere wirtschaftliche Freiheit zu erkämpfen.“

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. In der Gemeinde Ried bei Biel wurden in der Gemeindeversammlung bei 28 anwesenden Stimmberechtigten zwei Genossen als Gemeinderäte wieder- und ein Genosse neu gewählt; ein vierter Genosse wurde als Gemeindevorsteher neu- und als Gemeindevizepräsident wiedergewählt. Die Gegner hatten vergebens alle Kräfte aufgebieten, um die Sozialdemokratie zu besiegen.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sächsisches Postamt, „Recht“. Der Genosse Geddych von der „Dresdener Volkszeitung“ und der Genosse Neumann, Bezirksleiter des Völkerverbandes, wurden am Montag vom Dresdener Landgericht zu 150 bzw. 30 M. Geldstrafe wegen Poststempelvergehens verurteilt. Das Sächsischen Landgericht hatte seinerzeit dieselbe Strafe über die Angeklagten verhängt, worauf Staatsanwalt und beide Angeklagte Berufung einlegten.

Bei diesem Erkenntnis ist besonders interessant, daß das Landgericht auch in der Verurteilung von Briefen eine öffentliche Auforderung zum Poststempelvergehen erblickte.

Aus Industrie und Handel.

Britische Arbeitsverhältnisse im Jahre 1906.

London, 16. Januar. Die heute ausgegebene „Labour Gazette“ enthält auch einen Rückblick auf die Arbeitsverhältnisse im verflohenen Jahre. Es wird gesagt: . . . Der allgemeine Niedergang der Arbeitslosigkeit, der während der letzten Hälfte des Jahres 1907 einsetzte, hielt das ganze Jahr 1908 an und obwohl eine kleine Besserung im November und Dezember eintrat, so war doch die Arbeitslosigkeit im Jahre 1908 schlechter als in irgend einem Jahre seit 1892. Die langen Konjunktur- und Währungs- und in der Textilindustrie haben auch indirekt andere Arbeitszweige in Mitleidenschaft gezogen.

Folgende Riffer zeigen die Veränderungen, die im Jahresdurchschnitt in den Prozentsätzen der Arbeitslosen in den letzten 11 Jahren vorgekommen sind:

1898: 2,8 Proz.; 1899: 2,0; 1900: 2,5; 1901: 3,8; 1902: 4,0; 1903: 4,7; 1904: 6,0; 1905: 5,0; 1906: 3,6; 1907: 3,7; 1908: 7,8 Proz.

Zum Verständnis dieser Zahlen muß bemerkt werden, daß sie nur auf einer regelmäßigen Statistik von über 600 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern beruhen. Bei den nichtorganisierten dürfte der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit viel größer gewesen sein.

Der amtliche Rückblick bezieht sich auf die Veränderungen in den Lohnsätzen: Gegen Ende des Jahres 1907 waren die Löhne höher als in irgend einem Jahre, seit dem Lohnkollaps systematisch aufgestellt wurden, das heißt seit dem Jahre 1893. Zu den ersten zwei Monaten des Jahres 1908 zeigten die Lohnänderungen eine aufsteigende Richtung, dann aber nahmen sie eine absteigende Richtung an. Im allgemeinen blieben sie im Dezember 1908 auf einem höheren Niveau stehen, als sie in den Jahren 1893—1906 waren.

Die Veränderungen in den Arbeitsstunden betrafen nur 21000 Arbeiter. Von diesen mußten sich 3000 eine Verlängerung der Arbeitszeit um 5000 Stunden wöchentlich gefallen lassen, während 18000 Arbeiter eine Herabsetzung der Arbeitszeit um 20000 Stunden pro Woche erhielten.

Soziales.

Die guten Sitten und die Victoria.

Welcher Widerspruch mit der Konkurrenzkauf unter den gegenwärtigen in Betracht kommenden Geschehnissen getrieben wird, zeigte wieder einmal ein eklatanter Fall, der gestern (Montag) vor der 4. Kammer des Berliner Kaufmannsgericht zur Entscheidung kam. Der Kläger C. Müller aus Delbrück war als Inspektor bei der Versicherungsgesellschaft „Victoria“ mit dem bestimnten „Garantie“-Vertrage engagiert. Nachdem er auf Grund dieses Vertrages vom Tage der Kündigung keine weitere Gehalts- bzw. Garantiegeldung erhielt, strengte er gegen die Gesellschaft die Feststellungsklage an und beantragte, ihn von den Gehältern des § 18 des Anstellungsvertrages zu befreien. Dieser § 18 lautet:

Der Herr Inspektor darf weder vor noch nach Ablauf des Vertragsverhältnisses, gleichgültig wodurch er herbeigeführt worden ist, veranlassen oder auch nur zu veranlassen versuchen, daß ein Versicherungsnehmer oder Beamter oder Agent der „Victoria“ oder auch nur ein Geschäftsvormittler eines Beamten oder Agenten der „Victoria“ von ihr abgeht bzw. die Tätigkeit für sie aufgibt oder zu einer anderen Gesellschaft, welche die gleichen Geschäftszweige betreibt wie die „Victoria“, übergeht bzw. für solche tätig sei; er darf ferner weder vor noch nach seinem Austritt jemals irgend jemand über schriftliche oder mündliche Mitteilungen irgendwelcher Art, die ihm von der „Victoria“ als „vertraulich“ bezeichnet werden, eine Auskunft geben. Sollte der Herr Inspektor vor oder wie lange auch nach seinem Austritt gegen diese Bestimmungen oder auch nur eine von ihnen verstoßen, so ist er verpflichtet, sofort auf einmalige Anforderung eine Vertragsstrafe von 1500 M. an die „Victoria“ zu zahlen.

Der Vorsitzende Assessor Döyde bemächtigte sich, den Kläger zur Rücknahme der Feststellungsklage zu veranlassen, indem er ihm den Rat gab, er solle doch mal erst gegen den § 18 verstoßen und abwarten, ob die Beklagte ihrerseits gegen ihn vorgehe. Der Kläger ließ sich aber nicht davon ein und verlangte Urteilsspruch. Der Vertreter der „Victoria“ erklärte, daß in dem § 18 keine unzulässige Beschränkung zu erblicken sei. — Das Kaufmannsgericht entschied, daß der Kläger an den § 18 nicht gebunden sei. Er verstoße gegen die guten Sitten, weil er weder nach Zeit noch nach Ort beschränkt sei und den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs zumiderlaufe.

Unberechtigte Lohnkürzung.

Die Käserin Anna G. war bei dem Antrage einer Arbeitslosenfür Damenkonfektion P. Westwert, Voigtstr. 6, bei einem Wochenlohn von 10 M. bis zum 6. Dezember 1908 beschäftigt. Sie klagte am Montag beim Gewerbegericht auf Zahlung einer Lohnentschädigung für 14 Tage.

Ueber Klündigung war nichts vereinbart. Etwa drei Tage vor der Entlassung wurde der Käserin vom Beklagten gesagt, daß er wenig zu tun habe, er würde sie aber weiter beschäftigen, wenn sie für 8 Mark Lohn die Woche weiter arbeiten wolle. Das lehnte die Käserin ab. Darauf wurde sie entlassen. Die Behauptungen des Beklagten, daß sie die Kaplere selbst gekündigt und auch bei ihrem Weggange einen Anspruch auf Klündigungskasse nicht geltend gemacht habe, wurden von ihr bestritten. Das Gericht unter Vorsitz des Magistratsrat Dr. Leo empfahl dem Beklagten, auf einen Vergleich von 10 M. einzugehen, da er, wie selbst zugegeben, eine sofortige Lohnkürzung einreten lassen wollte. Er hätte aber der Käserin ordnungsgemäß kündigen müssen und ihr dabei sagen können, daß sie nach Ablauf der Klündigungskasse für 8 M. weiterarbeiten könne. Beide Parteien nahmen den Vergleichsvorschlag an.

Der Kampf um die Feiertagsbezahlung.

Um den Lohn für die Feiertage zu ersparen, hat der Tischlermeister Wilhelm Belle, Gartenstr. 95, dem Geiger D. am 10. Dezember zum 24. Dezember gekündigt und ihn auch mit dem Bemerkten entlassen, das Werkzeuge könne er zurücklassen und nach den Feiertagen wieder anfangen. Da D. aber Anspruch auf Bezahlung der Feiertage erhob, wurde er nach der Feiertage nicht wieder eingestellt. D. klagte am Montag beim Innungschiedsgericht auf Zahlung von 11 M. Lohn für die beiden Feiertage. Er macht geltend, daß die Arbeitswoche am 24. Dezember endete und da er im Wochenlohn stand, seien ihm die Feiertage zu bezahlen. Er habe auch den Vultag bezahlt bekommen. Der Vorsitzende, Sekretär Hagemann, erklärte dem Kläger, es sei nicht üblich, den Arbeitern die Feiertage zu bezahlen, es sei auch Judikatur aller Gerichte, daß auf Lohnzahlung für Feiertage, an denen nicht gearbeitet wird, kein Anspruch gemacht werden kann. Diese Erklärung des Vorsitzenden des Innungschiedsgerichts steht mit dem Gesetz und der Rechtsprechung so ziemlich der gesamten Gerichte auf gespanntem Fuße. Der Arbeitgeber ist zur Zahlung für die Feiertage verpflichtet, wenn es sich um auf Wochenlohn beschäftigte Arbeiter handelt. Eine Verletzung des Innungschiedsgerichts durch die Berufungsinstanz erübrigte sich aber, weil die Parteien sich verglichen.

Aus der Frauenbewegung.

Peters und das Frauenstimmrecht.

Ein wirklicher Mann will doch den Frauen nichts böses tun, im Gegenteil, er ist der natürliche Freund und Beschützer der weiblichen Hälfte, nicht ihr Feind. Er liebt sie und möchte ihr Gutes tun.

Man könnte meinen, der Autor dieses Satzes, in dem die Frauenwelt in so altmodisch-treuerartig klingender Weise der ritterlichen Gesinnung des Mannes versichert wird, sei ein Biedermann von altem Schar und Korn. Weil gefehlt! Es klingt wie Ironie, aber es ist tatsächlich so: Vom Rabau-Peters stammt dieser scharf gemeinte Satz, von demselben Karl Peters, der in diesen Tagen einen neuen ebenso gescheiterten wie erfolglosen Versuch macht, das Urteil der gesamten gestifteten Welt über ihn durch den Spruch eines bayerischen Gerichts umstürzen zu lassen. Er schrieb diesen Satz vor einiger Zeit in Nr. 101 des „Scherzchen-Tag“ in einem längeren Aufsatz, in dem der große Kulturkrieger das Absterben der Frauenstimmrechtsbewegung darstellte. Wenn nun Peters in diesem Artikel auch in beinahe sentimentaler Weise von dem Vater- und Schützeramt des Mannes schwärmt, dem sich die Frau unserer Tage wie in der Regel ruhig anvertrauen kann, so möchte er nicht der sein, der er wirklich ist, wenn nicht irgendwo der brutale Gewaltmensch zum Vorschein kommen sollte. Das geschieht, indem Peters sich eines der Hauptargumente der englischen Antifeministinnenbewegung gegen die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Frauen zu eigen macht. Nach seiner Darstellung lautet dies Argument wie folgt:

Die Gesetze werden beschlossen von der Mehrheit der Männer, und ihre eigentliche Basis beruht auf der Tatsache, daß diese Mehrheit ihre tatsächliche Anerkennung auch jeden Augenblick durch rohe Kraft erzwingen könnte. Dies würde sich sofort verzeichnen, wenn Frauen in das Parlament kämen. Es könnte sich dann leicht ereignen, daß die Mehrheit wesentlich von Frauen gebildet würde, die Rinderheit aber erheblich mehr Männer enthielte und damit physisch stärker wäre. Die rohe Kraft wäre also dann gegen das Gesetz und könnte es nach Belieben beiseite schieben. Sei es doch ein altes Naturgesetz, daß Macht vor Recht geht und alle sogenannten Ordnungen schließlich auf roher Gewalt beruhen. — Da haben wir den ersten, unbescholtenen Peters, der die heulend barmherzige Masse des Ritters, Dichters und Beschützers der Frauen abgeworfen und nun sein wahres Antlitz zeigt! Für ihn gilt praktisch und theoretisch das Recht des Stärkeren. Das ist derselbe Peters, der seine ungezügeltsten Herrenmenscheninstinkte an recht- und wechlofen schwarzen Weibern mit Peitsche und Strahl betätigt.

Den Feinden des Frauenstimmrechts können wir einen solchen Kämpen von Herzen. Gegner von diesem Kaliber vermögen der gerodeten Sache des Frauenstimmrechts nicht nur nicht zu schaden, sondern nur ungewollte Agitationsarbeit für sie zu leisten. —

Frauenwahlrechtsdeputation zum Schwedenkönig.

Entsprechend dem Beschluß des Frauenkongresses in Cerebro, besuchten 35 Hauptvorstandsmitglieder der Landesvereinigung für politisches Frauenwahlrecht den König von Schweden, um ihn für das Ziel ihrer Organisation zu gewinnen und seine Unterstützung zu erbitten. Die Damen behaupteten, daß sie „Frauen aller Völkerrassen“ repräsentierten. Ihre Sprecherin, Dr. Lydia Wahlström, die neue Vorsitzende der Landesvereinigung, die in ziemlich langer Rede dem König die untertänige Bitte um sein Wohlwollen für das Frauenwahlrecht vorbrachte, erging sich auch in löcherlichen Schmeicheleien, sprach von dem „vergnüglichen Königsstammes“ schönen Freiheitsstraditionen in der Gesetzgebung für die Frauen, von „unserem Volke immer härteren Vertrauen zu dem königlich männlichen Willen“ und dergleichen mehr. Der König empfing die Deputation natürlich sehr liebenswürdig, wie es Könige bei solchen Gelegenheiten immer zu machen pflegen, und seine Antwort war königlich nichtsagend. Er gelobte, die Sache im Auge zu behalten, erinnerte aber auch daran, daß die Wahlrechtsreform der Männer sehr lange Zeit in Anspruch genommen habe. Nach solchen unbedingten Redensarten konnten die Damen wieder ihrer Wege gehen. Unsere Genossinnen in Schweden haben bisher die mit prohem Eifer betriebene Agitation der Landesvereinigung für das allgemeine Frauenwahlrecht gebührend anerkannt und auch nach besten Kräften unterstützt. Sie wissen aber entschieden den Geboten zurück, daß etwa auch die sozialdemokratischen Frauen sich durch jene untertänige Damen- und Deputation vor dem König repräsentieren lassen. Sie wissen, daß ganz andere Mittel als Bittgänge notwendig sind, um das Wahlrecht zu erreichen. „Ich hatte wirklich geglaubt“, schreibt die Genossin Signa Ebersson, „daß die Frauenwahlrechtsbewegung nun ihre Rinderstufe abgelegt hätte, und daß dergleichen, das man wohl in den ersten Zeiten einer jungen Bewegung vielleicht hätte einschuldigen können, jetzt unmöglich gewesen wäre.“

Versammlungen — Veranstaltungen.

Terein für die Interessen der Hausangestellten. Mittwoch, den 20. Januar, 8 1/2 Uhr, im „Königslof“. Vortrag von Genossin Sieg: „Der Dienstboten Leid und Freud“.

Öffentliche politische Versammlungen.

V. Berliner Wahlkreis.

Heute Dienstag, den 19. Januar, 8 Uhr abends,
in den
Sophien-Gärten, Sophienstraße 17/18 (im Handwerker-Verein).

Tages-Ordnung:

1. Die Wahlrechtsräuber von Rixdorf.

Referent: Genosse **Eduard Bernstein.**

2. Freie Diskussion. 3. Diner.

Größtes Erscheinen erwartet

Der Einberufer.

Willi Friedländer, Ekker Straße 25.

Dritter Wahlkreis.

Dienstag, den 19. Januar 1909, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstraße 58/59:

Öffentliche Frauenversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der Kampf der Frauen um die politischen Rechte.
2. Freie Diskussion. Referent: Genossin **Zieg.**

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer. August Pohl, Naunynstr. 30.

Sozialdemokratischer Wahlverein des IV. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 19. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

5 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

Sandfouci, Kottbusser Straße 6.
Voelker, Weberstraße 17.
Urania, Brangelstraße 11.

Litfin, Remeler Straße 67.

Elysium, Landsberger Allee 40.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. 500 Millionen neue Reichsteuern, ein Raub am deutschen Volke. 2. Diskussion.

Referenten sind die Reichstagsabgeordneten Genossen **Brech-Hannover, Brähme-Wiesbaden,**
Emmel-Rühlhausen, Roske-Chemnitz, Stärken-Limbach, Wittweida.

Der Vorstand. Paul Hoffmann, Oppelner Straße 47.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr, bei **Zhiel**, Berg-
straße Nr. 151-152:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Verwaltung und Kommissionen. 2. Kassendbericht. 3. Wahl
der Ortsverwaltung und Kommissionen. 4. Wahl der Beitragsämter.
5. Wahl der Delegierten zur Innungsstrafkammer. 6. Verhandlungsangelegen-
heiten.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Freyer**,
Koppenstraße 29:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. „Die wirtschaftliche Krise und die Gewerkschaften.“ Referent:
Genosse **Max Grunwald.** 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.
Vertrauensmännerliste nebst Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engelstraße 15:

Branchen-Versammlung.

Näheres siehe Sonntaginserat.

Die Branchenkommission.

Große Dienstboten-Versammlung

Morgen, Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale
„**Bunigshof**“, Bülowstraße 37/40.

Referentin: **Frau Luise Zietz**

Thema: „Der Dienstboten Leid und Freud“.

Sie erwarten, daß alle Genossen und Genossinnen für guten Besuch
der Versammlung agieren und die ihnen bekannten Dienstboten auf diese
Versammlung aufmerksam machen.

Carmen Sylva
Cigaretten
Beste Qualitäten

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Reichstraße 28.

Filiale Berlin.

Telefon Nr. IV Nr. 4787.

Donnerstag, den 21. Januar 1909

abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalsammlung in Köln (Eichwahl).
2. Der Reichstarif (Fortsetzung der Diskussion).
3. Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Schneider-Innung

zu Berlin.

Beauftragte der Wahlen zu Besitzern beim Innungs-Schiedsgericht werden gemäß der
§§ 2-6 des Statuts der Vereinigten Innungen zu Berlin, bestehend das Schiedsgericht, die bei Mitgliedern
der Schneider-Innung beschäftigten Gesellen, Arbeiter und Arbeiterinnen, Hausdiener, überhaupt alle Personen,
welche im Geschäftsbetriebe eines Innungsmitgliedes tätig sind,

Mittwoch, den 20. Januar abends 8 1/2 Uhr,

nach dem Lokale „Lebensquelle“, Kommandantenstr. 20 (obere Saal), alte Arminhallen, hiermit eingeladen

Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl des Gesellen-Ausschusses.
2. Ergänzungswahl der Ersatzmänner des Gesellen-Ausschusses.

Zweite Versammlung: 9 Uhr.

Tagesordnung:

1. Bericht der Besitzer vom verflorenen Geschäftsjahr.
2. Neuwahl von acht Besitzern und zwei Ersatzmännern.

Zum Mitgliede des Schiedsgerichts soll nur berufen werden, wer das 30. Lebensjahr vollendet, in dem
der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familienunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht
erhalten oder die empfangene Unterstützung zurückgestellt hat.

Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig (§. 3. B. G. vom 27. Januar 1877 (R.-G.-B. 187
S. 41) §§ 31, 32) können nicht berufen werden.

Zur Teilnahme an den Wahlen (§§ 3 und 4) ist berechtigt, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat.
Die Legitimation zum Eintritt in die Versammlung ist nur das Mitgliedsbuch entweder der Orts-Frankenkasse
der Schneider oder einer eingeschriebenen Hilfsklasse oder einer Betriebsklasse, welche nach § 75 des Statuts
gegründet zugelassen ist, zu führen.

Im Auftrage des Gesellen-Ausschusses: **Justav Gebauer**, Anhaltstr. 15.

Berlin, den 19. Januar, 1909.

Der Vorstand der Schnelde-Innung zu Berlin.

Gustav Kraus, Obermeister.

280/11

Kaiser's Brust-Caramellen 5500
not. begl. Zeugnisse verbürgen
die sichere Wirkung bei

Husten

Heiserkeit, Katarrh, Keuchhusten.
Paket 30 Pf. Kaiser's Brust-Extrakt
Flasche 90 Pf.
Zu haben in Apotheken u. Droger.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Anienstr. 5. Geöffnet von 9-1 u. 4-8 Uhr. Telefon: III, 938

Bezirks-Versammlungen

mit nachfolgenden Tagesordnungen:

Mittwoch den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

für **Südost** bei **Hahn**, Kaufher Platz 8.

1. Vortrag 3 Genossen Ritter: „National und international“.
2. Diskussion. 3. Bericht der Bezirksleitung. 4. Neuwahlen. 5. Stellung-
nahme zur Generalsammlung. 6. Wahl der Delegierten.

Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 Uhr.

für **Ober-Schöneide** bei **Schulte**, Wilhelmstraße 10.

1. Bericht d. Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur
Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

Donnerstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

für **Nordost** bei **Kramer**, Fustienstr. 40.

1. Bericht d. Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur
Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für **Nordwest** bei **Kirschkowski**, Senfstr. 9.

1. Bericht d. Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur
Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für **Osten** bei **Zietz**, Warschauer Straße 61.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur
Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für **Charlottenburg** im Volkshaus, Rosenstr. 3.

1. Bericht a) Der Bezirksleitung, b) Der Delegierten zur Gewer-
kchaftskommission, c) Bericht von der Volkskommission. 2. Neuwahlen.
3. Stellungnahme zur Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für **Spandau** bei **Gottwald**, Schönewalder Straße 80.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Bericht der Kartelldelegierten.
3. Neuwahlen 4. Unser Stützpunkt. 5. Geschäftliches.

für **Köpenick** bei **Joeh**, Grünauer Straße 7.

1. Jahresbericht sämtlicher Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Neuwahlen.
4. Stellungnahme zur Generalsammlung. 5. Wahl der Delegierten.
6. Verhandlungsangelegenheiten.

für **Weißensee** bei **Content**, Seidstr. 5.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur
Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für **Rixdorf** bei **Hennig**, Zietzenstraße 69.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur
Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

für **Schöneberg** bei **Gebhard**, Gothenstr. 25.

1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Neuwahlen. 3. Stellungnahme zur
Generalsammlung. 4. Wahl der Delegierten.

Die Versammlung für Köpenick und Weißensee wird

pünktlich 8 Uhr eröffnet.

63/1

Es ist Ausübung einer Kontrolle über die Teilnahme an den
Bezirksversammlungen wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder
ihre Bücher abgeben sollen, um den Bezug der Versammlung durch
Stempel im Mitgliedsbuch eintragen zu können.

Da in den Versammlungen die Wahl der Delegierten zur nächsten
Generalsammlung vor sich geht, erwarten wir bestimmt, daß die Mit-
glieder zahlreich und pünktlich erscheinen.

Die Bezirksleitungen.

Kufeke
Tausendfach bewährte
Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.
Kindernahrung
Kränkerkost

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin. Sektion der Fliesenleger.

Mittwoch, den 20. Januar, abds. 8 Uhr, bei **Meyer**, Oranienstr. 103:

General-Versammlung der Fliesenleger-Sektion.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Wahl des Sektionsvorstandes.
3. Verhandlungsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

Die sämigen Kollegen sind ganz besonders geladen.

Der Sektionsvorstand. **J. H. Waldheim.**

MANOLI
Cigarettes
Abbas 3 Pf. Chic 4 Pf. Gibson Girl 5 Pf.

Reichel's echter

Wacholder-Extrakt

Marko „Medico“

wird mit vielseitigem Erfolge gegen Rheumatismus, Gicht,
Fischelad, Gämorrhoiden, Nierenleiden, Frauenleiden, Blasen-
und Harnleiden, Gelenkleiden, Asthma etc. gebraucht. Er schleim-
lösend auf Brust und Lunge, treibt Erkältungen aus dem Körper,
regt Appetit u. Verdauung an und ist ein Blutreinigungsmittel
sondergleichen. Unverricht in seiner, für alle Teile des Organismus
wohlthätigen Wirkung. Tausende verdanken ihm ihre Gesundheit!
In Flaschen a 75 Pf., 1.50 und 2.50, große Flasche 21. G.,
einzig echt von

Otto Reichel, Berlin 50. 43. F.-Anschlüsse

Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.

Wo in den Drogerien und Apotheken nicht erhältlich, hier frei Haus

Warnung: Man verlange aus- und nehme keinesfalls
andere Färbungen.

H. & P. Uder

Berlin 50. 16,
Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl goldgarter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche be-
kanntesten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.

Amt IV, 3014.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 68/69, eine Frauenversammlung statt. Genossin Jiey spricht über: „Der Kampf der Frauen um die politischen Rechte“.

Abteilung, fünfter Wahlkreis! Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, spricht Genosse Eduard Bernstein in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 17/18 (Handwerkerverein), über das Thema „Die Wahlrechtsträger von Nordost“.

Charlottenburg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im großen Saale des Volkshauses die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Emil Glashorn. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 5. Vereinsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Witz-Budow. Heute abend 7 1/2 Uhr findet bei Weniger die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Wahl von zwei Delegierten zur Kreisgeneralversammlung. 4. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Röpend. Dienstag, den 19. d. M., abends pünktlich 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Funktionäre. Anträge die „Eöln, Vorstadt“ betreffend. Hausflatterung usw. Vereinsangelegenheiten.

Bantow. Morgen Mittwoch; Flugblattverbreitung im 1. Bezirk. Die Jablonski-Marktsche und Schwarz helfen bei Kurisch, Schloßstraße, diejenigen bei Larsen und Herrmann helfen bei Sanderlich, Hironstraße, ebenso der bei Hoffmann tagende Bezirk im Abendrotischen Jahlabend.

Donnerstag: Deffentliche Versammlung im „Kurfürsten“. Referent: Landtagsabgeordneter A. Hoffmann. Der Vorstand.

Rummelsburg. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß am Donnerstag, den 21. Januar, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, im Lokale von Wwe. Zeigel, Türschmidtstr. 15, ein Geschichtskursus beginnt.

Zum Vortrag kommt: Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts (zweiter Teil). Vortragender ist Dr. A. Gomady. Der Kuriosbeitrag von einer Mark ist von den Mitgliedern des Wahlvereins für Rummelsburg nicht zu zahlen.

Recht rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Zeibennau. Die Gemeindevorliste liegt bis zum 30. Januar wochentäglich von 8-9 im Gemeindebureau, Feuerstr. 8 aus. Auch nehmen die durch Plakate kenntlichen Geschäfte Einsicht in dieselbe.

Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr im „Rheinischloß“, Rheinstr. 60: Ordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. „Unsere nächsten Aufgaben“. 2. Die bevorstehende Gemeindevahl. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes.

Mariendorf-Südende. Heute Dienstag, den 19. Januar 1909, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hietz, Kurfürstenstr. 44, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Funktionäre. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Heute abend, 8 1/2 Uhr, findet in den Eichhornhallen (Inhaber H. Schiller), Eichhornstr. 90, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, Bericht des Kassierers, Bericht sämtlicher Funktionäre. 2. Neuwahl des Vorstandes und sämtlicher Funktionäre. 3. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zegel. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet in Julius Klippensteins „Seehöfen“, Spandauer Straße 4, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht der Funktionäre und Neuwahl derselben. Statutenberatung.

Nieder-Schönhausen. Heute 8 1/2 Uhr abends findet im „Schwarzen Adler“, Blankenburgerstr. 4, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Deutschland in der Welt voran!“ Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse A. Stadthagen.

Jossen. Am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet im Saale des Herrn Kurzer die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Abrechnung vom vierten Quartal. 4. Wahl des Gesamtvorstandes. 5. Anträge. 6. Verschiedenes.

Spandau. Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Emil Röndel, Fickelsdorferstr. 39 statt. Tagesordnung: Bericht der Geschäfts-Kommission. a) Presse. b) Buchhandlung. Neuwahl der Geschäfts-Kommission. Stellungnahme und Wahl der Delegierten zu der am 14. und 15. Februar stattfindenden Konferenz der Gemeindevorstände Groß-Berlins und Vororte. Neuwahl der Schiedskommission. Wahl einer Genossin zum Vorstand. Da außerdem noch wichtige Punkte mit auf der Tagesordnung stehen, ist das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen erforderlich. Ohne Mitgliedskarte oder die am Jahlabend ausgegebene Legitimationskarte kein Zutritt.

Eichwalde. Die Gemeindevorliste liegt auch an unserem Orte vom 15. bis 30. Januar täglich während der Dienststunden von 9 bis 11 Uhr im Gemeindebureau aus. Auf die Eingabe unseres Bezirksleiters hin wurde diesem seitens des Gemeindevorstandes mitgeteilt, daß die Liste auch Sonntags von 9 bis 10 Uhr ausliegt. Parteigenossen, bis zum 30. d. M. bleibt aber nur noch der nächste Sonntag, der 24. d. M., für und übrig. Wer bisher die Liste noch nicht eingesehen hat, tue dies bestimmt an diesem Tage. Wer nicht in der Liste steht, geht seines Wahlrechtes verlustig. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

60 000 Mark städtische Gelder für einen Königsempfang. Die bekannt, wird König Eduard von England Anfang Februar dem deutschen Kaiser einen Besuch machen. Und wie das in unserer Haupt- und Residenzstadt nun einmal so Brauch ist, wenn fremde Potentaten nach Berlin kommen, rüstet man sich an den betreffenden Stellen zum festlichen Empfang. Der Stadt Berlin ist auch diesmal wieder die Ehre zuteil geworden, eine Feststraße zu schmücken und dafür das nötige Geld herzugeben. Wir hatten schon mitgeteilt, daß der Kaiser mit den Spitzen der städtischen Behörden eine Konferenz gehabt hat und dabei seine Wünsche über die Art des Empfanges und die Ausschmückung der Feststraße geäußert hat. Der Kaiser wünscht eine recht farbenprächtige Ausstattung der Straße unter den Linden, womit er glaubt, seinem Dheim eine besondere Freude zu machen. Dagegen wäre ja gar kein Wort zu verlieren. Jeder Privat-

mann sucht seinem Besuch möglichst viel Aufmerksamkeit zu teil werden zu lassen und dafür zu sorgen, daß es dem Besuche gefällt, aber diese Annehmlichkeiten des Besuches bestreitet der Privatmann aus seiner Tasche. Wenn aber der Kaiser Besuch bekommt, ist das anders. Da greift die Stadt in ihren Säckel und wendet für den kaiserlichen Besuch erhebliche Kosten auf.

Der Magistrat begründet seine Bereitwilligkeit zu festlichen Empfängen fremder Souveräne mit dem Hinweis, daß es gelte, zu guten Beziehungen zu den verschiedensten Ländern beizutragen. An sich billigen wir die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, zu verschiedenen Völkern und nicht zuletzt zu England in freundschaftliches Verhältnis zu treten. Nur bestreiten wir, daß diese Absicht durch den gegenseitigen Besuch der Fürsten in irgend einer Weise gefördert wird.

Um die Einzugsstraße festlich zu schmücken und das Königspaar seitens der Stadt zu begrüßen, fordert der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung nicht weniger denn 60 000 Mark. Ob diese Summe reichen wird, steht noch dahin, man muß sich auf Nachforderungen gefaßt machen. Daß die Stadtverordnetenversammlung diese Summe mit Hurra bewilligen wird, steht heute schon fest. In solchen Sachen sind unsere Freisinnigen immer bewilligungslustig. Ja, würde es sich um Anträge auf Erhöhung der Löhne städtischer Arbeiter handeln oder um durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dann würden die Herren schon, daß sie „angehört der Finanzlage der Stadt“, wie es so schön heißt, den Daumen böse auf den Geldbeutel drücken könnten.

Uebrigens verlautet, daß der Plan bestehe, den König Eduard nach dem Rathaus einzuladen, welcher Einladung er mit dem Kaiser auch Folge zu leisten gedenke. Dann werden wohl unsere Freisinnigen ganz und gar aus der Fache gehen und Freudenpurzelbäume schlagen.

Was die Litschhäule erzählt.

Gleich einem stolzen Leuchtturm ragt sie aus dem flutenden, brandenden Weltstadtgetriebe auf. Durchdrungen von ihrer Notwendigkeit und Wichtigkeit blickt sie mit unerschütterlicher Ruhe hinein in das brodelnde, quirlende, hastende Berliner Leben, und die brausenden Wogen des nimmerruhenden Verkehrs brechen sich an ihrem buntgepanzerten umfangreichen Leibe. Sie fühlt sich. Und das mit Recht. Denn sie ist zweifellos eine außerordentlich interessante und fesselnde Persönlichkeit, die jedem etwas zu bieten hat.

In früher Morgenstunde, wenn der Mond noch verschminkt durch zerrissene Wollenschleier das nächtliche Straßenleben belauscht, wenn trinkeste Schlemmer mit fallender Stimme ihrem Heime zutorkeln und der Schutzmann, dicht verummelt, schlaftrig aus einer Haustürnische blinzelt, macht Fräulein Litsch unter den kundigen, schlaffen Händen weibbedienter Diener, die mit Kleiternapf und Leiter bewaffnet sind, Toilette. Jede Art höchst distinguiert Damen wechselt sie täglich ihr Gewand und trägt ein Kostüm prinzipiell nur einen Tag. Ihr Kleid ist stets originell und „vielfarbig zusammengefügt“ und wenn Berlin erwacht und die ersten schüchternen Strahlen der Morgensonne die Kirchturnspitzen vergolden, reißt sie ihre hohe Gestalt neugeschmückt aus dem wirren Knäuel des beginnenden Straßenlebens. Mit unerschütterlicher Sicherheit lenkt sie die Räder der Passanten auf ihr inhaltsschweres Neugere. Nie verkehrt sie ihre Richtung, und wenn es auch nur flüchtige Eroberungen sind, die sie macht, so ändert das nichts an der Tatsache, daß sie im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. Ein Vorzug, um den sich viele vergeblich bemühen. Mit einem Wort: Fräulein Litsch ist unwiderstehlich, im Gegensatz zur holden Verolina, die mit ruhender Langmut die Hand ausstreckt und doch unbeachtet bleibt.

Die bunte, dapperne Dame ist in ihrer stumm-beredten Sprache aber auch äußerst mitteilbar. Sie strotzt förmlich von Ueberraschungen und Sensationen. Sie weiß alles und nichts bleibt ihr verschwiegen. Sie kennt sämtliche Theater und alle Stätten, wo man sich amüsieren und tollachen kann. Die Namen der Künstler und Mitwirkenden zählt sie gewissenhaft auf und gibt genau auf Heller und Pfennig an, „wat det Verjusien kostet“. Wenn einer Aristokrat in ihr Familienschmuck entwendet wird, wenn ein armer Kassierer einen Hundertmarkschein verloren hat, wenn „Bepi“, der asthma-tische Roys, seiner Herrin entlaufen ist, Groß-Berlin erfährt's am nächsten Morgen brühwarm von Fräulein Litsch. Von Zeit zu Zeit wird sie von einer häßlerischen Menge umringt, die neugierig zu ihr aufblickt. Dann bringt sie die schauerliche Kunde, daß in irgendeiner Straße ein Mord geschehen ist und auf die Erregung des Täters 1000 Mk. ausgelegt sind oder daß der Scharfrichter im Hofe des Plögensee-Gefängnisses einen gestrauchten Bruder im Namen des Christentums liebevoll ins Jenseits befördert hat. Ebenso kann man jederzeit die nächste Feuer- oder Polizeiwache, Postamt, Unfallstelle von ihr erfahren. Sie weiß eben alles, und nichts Menschliches ist ihr fremd. Berlin, wie's weint und lächelt, mit all seinem Frohsinn und Humor, seinem Weh und Leid offenbart sie den Vorübergehenden. Da, der kleine Knirps mit der schweren Last im grünen Tuch hat lange gestanden und auf Wamsell Litsch gestarrt und wendet sich jetzt ab, leise vor sich hinsprechend: „Justat, lehre zuride, et is Dir allens verjeben“, während ein baumlanges Schlingel über die Köpfe der Umstehenden kräht: „Nimmere Dir um Amalie, id kenne ihr nich!“

Einmal waren wir Zeuge, als ein jugendlicher Straßenreiner mit rauher Hand Fräulein Litsch' leuchten, verschwiegenen Bufen öffnete, und mit leisem Erröten und strahlender Neugierde blickten wir dem leeren Burschen über die Schultern, wandten uns aber ebenso schnell und enttäuscht ab. Der jungfräuliche Tabernakel enthielt nur ein wüstes Chooz von Wesen, Schuppen und sonstigen sehr nützlichen, aber wenig begehrenswerten Gegenständen. Ja, „der Mensch versuche die Götter nicht und begehre nimmer und nimmer zu schauen, was sie gnädig bededen mit Nacht und Grauen!“

Der Schutz des Waldes.

Um den Wald der Bevölkerung zu erhalten und ihn vor Verwüstungen zu schützen, hat sich vor einigen Jahren am hiesigen Orte ein Waldschutzverein gebildet, der nun auch weitere Kreise für seine Bestrebungen zu interessieren versucht. Das will er unter anderem auch durch Abhaltung von Waldschutztagen erreichen. Am Sonnabend fand ein solcher — der zweite — im Architektensaal statt. Er war einberufen vom Ansiedlungsverein Groß-Berlin, dem Berliner Waldschutzverein, dem Bund deutscher

Bodentformer, dem Bund für Sozialpolitik, der deutschen Gartenstadt-Gesellschaft, der Landesgruppe Brandenburg des Bundes Heimatschutz, der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vorortie sowie einer großen Zahl anderer gemeinsamer Vereine und Gesellschaften.

Dr. Jablonski veranschaulichte durch Vorführung von Lichtbildern die seit 1896 in Groß-Berlin geschehene Waldverwüstung. Man tue den Bandalen Unrecht, wenn man sage: es sei wie von Bandalen in den Wäldern gehackt worden; die Bandalen haben eine derartige Verwüstung kaum angerichtet. Wenn dem Volke die Waldverwüstungen genommen werden, dann werde es der Trunksucht und Prostitution verfallen. Schuld an diesem Mißstand habe die überhandnehmende Boden-spekulation. Diese von privater Seite unternommene Spekulation sei auf Staat und Gemeindebehörden nicht ohne Einfluß geblieben. (Aufs: Minister v. Boddielstil) Das deutsche Volk, daß sich 1870/71 seine Einheit erkämpft habe, werde, wenn es den Kampf einheitlich und energisch führe, auch in dieser, die wichtigsten Lebensinteressen des deutschen Volkes berührenden Frage den Sieg davon tragen. (Beifall) — Landtagsabgeordneter Dr. Hintmann (Ulberfeld) bemerkte, daß man im Rheinland einen ganz ähnlichen Kampf führe. In den meisten anderen Provinzen sei es um die Waldverwüstungen nicht viel besser bestellt. — Baumeister Janssen zeigte, ebenfalls an der Hand von Lichtbildern, wie in Groß-Berlin immer mehr Waldflächen auf dem Boden abgehauener Wälder entstehen. In Groß-London wachsen die Parkanlagen jährlich um 43 Hektar, in Groß-Berlin verfallen die Parkanlagen immer mehr der Bauspekulation. Ein solches Verfahren könne sich die deutsche Reichshauptstadt, die mit ihren Parkanlagen etwa sechs Millionen Einwohner zähle, nicht weiter gefallen lassen. (Beifall) — Dr. v. Rangoldi führte aus: Mit keiner Ware werde von den Eigentümern derartig rücksichtslos verfahren, wie mit dem Grund und Boden. Es sei hohe Zeit, daß diesem unhaltbaren Zustande durch Verstaatlichung oder Verstaatlichung allen Grund und Bodens ein Ende gemacht werde. Wer noch einen Funken Vaterlandsliebe habe, müsse für möglichst baldige Beseitigung dieser himmelschreienden Zustände mitarbeiten. (Beifall) — In demselben Sinne sprachen Professor Dr. Hentig, Professor Dr. Wet-lamp, Dr. Reuhaus, Albert Kohn, letzterer im Namen der Zentralkommission der Krankenkassen, Fräulein Litsch im Namen der verbündeten Frauenvereine, die Rednerin bemerkte: Wenn die Frauen erit das allgemeine Wahlrecht haben werden, dann werden sie dafür sorgen, daß Groß-Berlin ebenfalls alljährlich einen neuen Park erhalte. — Herr Gold-schmidt erklärte sein Einverständnis im Namen der Hirsch-Wundersches Gewerbevereine. — Lehrer Kald wies auf die Notwendigkeit genügender Parkanlagen im Interesse der Kinder, insbesondere der Kinder der Armen, hin. — Es sprachen noch in demselben Sinne Senatsrat Dr. Beerwald im Namen des deutschen Vereins für Volkshygiene, Dr. Wallwich im Namen der Berliner Hochschulsportvereine, Fräulein Söding im Namen der Gewerbevereine der Heimarbeiterrinnen, Amtsgerichts-rat Dr. Piepmann im Namen der Jakob Klant-Stiftung, Ingenieur Lüdemann im Namen des Verbandes der technisch-industriellen Beamten, ferner Dr. med. Geise und Stadt-verordneter Reukranz (Charlottenburg).

Erklärung

Einmütig zur Annahme, in der es unter anderem heißt: „Die Vernichtung der Wälder und die übermäßige Zusammenbrängung der Bevölkerung gefährden und schädigen die Gesundheit außerordentlich, führen zu einer Verleugnung alles sittlichen Zusammenhanges mit dem Heimatboden und erschweren es auf das äußerste, die Kultur der Stadtbewölkerung über ihren jetzigen Stand zu heben.“

Gegenüber diesen schweren Uebelsständen ist es dringende und unabwendbare Pflicht, alle berufenen Faktoren, insbesondere die zuständigen Staatsbehörden, die Kommunalverwaltungen, den Landtag und die Presse zu energischer und schnellster Gegenwehr aufzurufen, namentlich aber die Bevölkerung auf ihrer Gleichgültigkeit aufzurütteln, und zwar nicht nur diejenige Groß-Berlins, sondern auch die zahlreichen anderen ähnlich bedrohten Orte. Folgende Reformmaßregeln sind zunächst zu verlangen:

- a) Ungehemmte Erhaltung des jetzigen Bestandes der Wälder und Naturschönheiten in und um Groß-Berlin.
b) Möglichst weitgehende Uebernahme der Wälder und Naturschönheiten Groß-Berlins durch die Kommunalverwaltungen gegen Entschädigung der bisherigen Besitzer.
c) Herabminderung der Ansprüche des Staates und der sonstigen Besitzer der Wälder und Naturschönheiten im Falle der Uebernahme derselben.
d) Aufbringung der Mittel zur Entschädigung des Staates und der anderen Besitzer, teils durch direkte Leistungen der Kommunalverwaltungen, teils auf anderem Wege.
e) Beseitigung der bestehenden schädlichen Bauordnungs- und Bebauungsplanbestimmungen zugunsten eines modernen Grund-sätzen entsprechenden Generalbebauungsplanes für Groß-Berlin.

Der Ausschuss wird beauftragt: a) diese Beschlüsse den zuständigen behördlichen und sonstigen Stellen zu übermitteln; b) eine dauernde Verbindung zwischen den an der Erhaltung der Wälder und Naturschönheiten und an der Reform der Groß-Berliner Ansiedlungsverhältnisse überhaupt interessierten Kreisen herzustellen und in geeigneten Fällen eine gemeinsame Behandlung der einschlägigen Angelegenheiten sowie weitere gemeinsame Kundgebungen in die Wege zu leiten. Der weitere gemeinsame Kundgebungen in die Wege zu leiten. Der Waldschuttag fordert alle Körperschaften und Einzelpersonen, denen das Wohl der Groß-Berliner Bevölkerung am Herzen liegt, auf, mehr und mehr in die Arbeit für die Erhaltung und Pflege der Berliner Wälder und Naturschönheiten einzutreten und sie immer mehr auszubehnen, zu verstärken und zu vertiefen. Er empfiehlt weiter die Ausdehnung dieser Bestrebungen und Reformmaßregeln funktgemäß auf andere Orte des Landes.

Wälder.

Alljährlich, zur rauhen Winterzeit, finden sich auf den Berliner Gewässern fremde Gäste ein. So mancher, der in hastigem Lauf seinem Erwerb nachgeht, hemmt auf einige Minuten den Schritt und sieht mit Verwunderung auf die niedlichen, nimmerruhenden Vögel, die in ihrem blendendweißen Federkleid und ihrer prächtigen Haltung sich vorteilhaft von unseren bodenständigen Enten abheben. Wägen sind es, die mit nie verjagender Sicherheit zu Beginn der kalten Jahreszeit ihr Winterquartier in der Reichshauptstadt aufschlagen. Für diejenigen Beobachter, die noch nicht in einer See- oder Hafenstadt waren, wo die Zahl der Wägen Legion ist, bietet ihr munteres Spiel und ihre eleganten Flugübungen immer einen eigenartigen Reiz. Und flink und heillos betrogen sind diese Winterreisler! Bist ein Stück Brot oder sonst einen Lederbissen den Enten hin, in 9 von 10 Fällen erwischt es eine Wägen. Sie scheinen dem Grundfah zu halogen: „Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr“. Was getade einen kleinen Teil dieser Fremdlinge nach einem fremden Ort treibt, ist wohl schwer zu ergründen. Ob sie, wie so viele „Aukerhähne“, glauben, hier besser durchzukommen oder ob sie der Gung zu überneuern nach dem grünen, wollen sagen, verkommenen Strand der Spree treibt, mer weiß es? Jedenfalls sind sie da und freuen sich ihres Lebens, bis die ersten schüchternen Strahlen der Frühlingssonne leuchten.

In der Waisenspflege der Stadt Berlin befanden sich am Schluß des Verwaltungsjahres 1907/08, aus dem jetzt der Bericht der Waisendeputation vorliegt, mehr als 10 000 Böglinge. Am 1. April 1908 wurden nämlich gezählt 6990 Waisenkinder im engeren Sinne, 3482 Fürsorgezöglinge nebst noch 213 Zwangszöglinge, außerdem 6 erwerbsunfähige ehemalige Waisenkinder, macht zusammen 10 691 Böglinge.

Zu den Waisenkindern im engeren Sinne gehören nicht nur die durch Tod der Eltern verwaisten, sondern auch solche Kinder, die nur zeitweise die Hilfe ihrer Ernährer entbehren müssen, namentlich auch uneheliche. Die Zahl der unehelichen Kinder, die der Waisenspflege anheim fallen, ist sehr groß. Die Unehelichen waren schon früher ziemlich die Hälfte der Waisenkinder, seit einigen Jahren aber sind sie sogar noch mehr als die Hälfte. Am 1. April 1908 waren unter den 6990 Waisenkindern 3388 eheliche und 3591 uneheliche, während bei 11 Kindern eine bezügliche Angabe fehlte. Unter den Müttern der Unehelichen waren allein 1357 Dienstmädchen. 245 Uneheliche hatten ihre Mütter bereits verloren. Besonders in den jüngsten Jahrgängen der Waisenkinder sind die Unehelichen sehr stark vertreten, während in den älteren Jahrgängen ihre Zahl immer mehr zurückbleibt und schließlich weit unter die der Ehelichen sinkt. Unehelich waren z. B. von 797 Waisenkindern des ersten Lebensjahres 678, aber z. B. von 516 Kindern des vierzehnten Lebensjahres nur 103. Unter den 3388 ehelichen Waisenkindern waren nur 1774 durch Tod verwaist, nämlich 465 väterlose, 849 mütterlose, 460 Vollwaisen. Bei 58 Kindern fehlte eine Angabe, ob noch Eltern lebten. Die Eltern von 1556 Kindern, die gleichfalls zu den Waisenkindern im engeren Sinne gezählt wurden, waren noch am Leben. Daß sie zusammenlebten, wurde in 350 Fällen festgestellt. Dagegen lebten die Eltern von 929 Kindern getrennt, und die von 63 Kindern waren geschieden. Bei den übrigen 215 Kindern fehlte eine Angabe über etwaiges Zusammenleben der Eltern. Es kann nicht Wunder nehmen, daß auch eheliche Kinder, die noch Eltern haben, dennoch der Waisenspflege anheimfallen. Dazu kann es kommen, weil die Eltern arm oder krank sind, kein Obdach haben, im Gefängnis sitzen, ihre Familie im Stich gelassen haben, der Erziehungsrechte für verlustig erklärt worden sind, und so weiter.

Ueber die Unterbringung der 6990 Waisenkinder entnehmen wir dem Verwaltungsbericht, daß nur 654 davon sich in den eigenen Anstalten der Stadt befanden. 592 waren in private Anstalten gesteckt worden, deren Leistungsfähigkeit bekanntlich nicht immer über allem Zweifel erhaben ist. Die übrigen Kinder — 5744! — waren in Familienpflege untergebracht, davon nur 1564 in Berliner Familien, 4180 außerhalb Berlins. Diese Zahlen kennzeichnen das System der Waisenunterbringung, das unserer Stadtverwaltung als das „beste“ — weil „billigste“ — gilt.

Auf andere Angaben des Verwaltungsberichtes der Waisendeputation werden wir noch näher eingehen. Der Bericht bringt z. B. auch wieder sehr lehrreiche Ausführungen über die Fürsorgeerziehung, über die Säuglingsfürsorgestellen usw.

Freie Armenarztwahl. Zu der Meldung, daß arme Leute nicht mehr an die sogenannte Bezirksbehörden gebunden sind, sondern jede beliebige Behörde gegen die von der Armenverwaltung festgesetzten Gebühren in Anspruch nehmen dürfen, wird uns geschrieben: Ein erfreulicher kleiner Fortschritt! Aber es fehlt noch die freie Wahl des Armenarztes. Seit langen Jahren werden nicht wenige Beschwerden über Armenärzte laut. Viele dieser Herren fassen ja ihre amtliche Tätigkeit sehr ernst und gewissenhaft auf. Manche andere dagegen sind bei „ihren“ Armen verfahren durch eine besonders grobe, kurzangebundene Tonart. Nicht selten verachtet ein unheimlicher Kranker auf die Hilfe des einzigen zuständigen Armenarztes aus Furcht vor dessen ungehörigem Benehmen und geht erst dann zu ihm hin, wenn es die Krankheit gebieterisch fordert. Es sind das eben solche Armenärzte, welche sich das Recht heranzunehmen, den armen Patienten anders zu behandeln, als den zahlenden. Dabei sollen die sekundären Verhältnisse den Arzt absolut nichts angehen. Das ist Sache des Armenvorstehers, der den Kranken schickt. Hat erst mal ein Armer mit einem Armenarzt einen Konflikt gehabt und er muß sich später notgedrungen an denselben Arzt wenden, so kann das sehr leicht zu größten Unzufriedenheiten führen. Zum mindesten sollte der Versuch gemacht werden, armen Leuten die Auswahl zu lassen zwischen zwei oder drei Ärzten benachbarter Armenbezirke. Die hier gemeinten Herren werden sich schnell die gebührende Höflichkeit angewöhnen, sobald sie fühlbare Konturrenz haben.

Katholische Langhunde. In der „Märkischen Volkszeitung“, die der „Germania“ an irreführender Frömmigkeit noch über ist, zeigt ein Berliner Langhändler an, daß er einen neuen Langkurus für katholische Damen und Herren begonnen habe. Das kann gemüthlich werden, wenn jeder erst seinen Lauschein vorlegen muß. Hoffentlich sind junge Hepläne, die ja zuweilen das Unmöglichste nicht ungern an die lausche Priesterkrust drücken sollen, vom Langhändler aus gut katholisch nicht ausgeschlossen.

Ein tatsächliches Bedürfnis! In Kürze wird auch ein „Rechtssuch“ für Fortbildungsschüler“ erscheinen. In dem Kalender werden sich nach der Voranzeige Vorbrudheiten für Einnahmen, Ausgaben, verlebene Wäcker, Adressen usw. befinden. Wovon aber besonders empfehlend hingewiesen wird, das sind „von kundiger Hand“ verfasste Artikel über folgende Themen: Was ist vom Deutschen Reiche wissen usw. Was ist über den Deutschen Reichstag wissen usw. Denke an Deine Wehrpflicht. Der Bundesstaat Preußen. Staatliche Fürsorge für Handel und Gewerbe. Ueber die Handelskammern. Ueber die Kaufmannsgerichte. Ueber die Gewerbegerichte. Wichtiges von den Steuern. Von der Verwaltung Berlins. Vom Fortbildungsschulwesen. Erste Hilfe bei Unglücksfällen im Betriebe oder zu Hause.

Unseres Wissens sind das alles Sachen, die nach dem Lehrplane der Fortbildungsschulen in diesen behandelt werden sollen, die also die Schüler im Kopfe haben sollen, wenn sie ins Leben treten. Warum sollen sie so also noch besonders für 50 Pf. täglich in der Tasche herumtragen.

Der Redakteur der „Wahrheit“. Wieder verhaftet wurde am Sonntagmorgen der Redakteur Hermann Dähfel, der in Gemeinschaft mit seiner Redakteurin Frau Schwarzdorf der Erpressung gegen den obersten Reichskanzler Grafen Konrad Frankenberg beschuldigt wird. Der Untersuchungsrichter hatte Dähfel nach seiner ersten Verhaftung wieder auf freien Fuß gesetzt, weil er ihn nicht für fluchtverdächtig hielt. Die Staatsanwaltschaft beschwerte sich darüber. Hiernach wurde ein neuer Haftbefehl erlassen und auf Grund dessen der Beschuldigte Sonntagmorgen um neun Uhr von einem Kriminalbeamten in seiner Wohnung abermals festgenommen und mit einer Droschke nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht. Dähfel bestreitet nach wie vor jede Absicht der Erpressung und will gar nicht daran gedacht haben, Frau Schwarzdorf in dieser Absicht zu dem Grafen gesandt zu haben. Was sein Verbleiben betrifft, so behauptet er, daß er sich in den Händen von Wucherern befunden habe und dadurch zu seinen Straftaten gekommen sei. Nicht weit findet er es, daß der Verleger der „Wahrheit“, Bruhn, jetzt von ihm abruft. Er behauptet, daß er tatsächlich Redakteur, nicht bloß gelegentlicher Mitarbeiter gewesen sei. Unter den beschlagnahmten Schriftstücken befinden sich auch Briefbogen mit dem Kopf der „Wahrheit“, auf denen Dähfel als Redakteur unterschrieben hat.

Als Leiche wiedergefunden wurde gestern die 17 Jahre alte Ella Schafow aus der Tüvinger Straße 20 zu Niddorf, die seit dem 19. November verschwunden war. Das Mädchen hatte, bevor es die elterliche Wohnung verließ, um nicht mehr zurückzukehren, wiederholt Selbstmordgedanken geäußert. Es hat sich also ohne Zweifel selbst das Leben genommen. Die Leiche kam gestern im Schiffahrtskanal in der Nähe der Treptower Brücke an die Oberfläche und wurde gelandet, nachdem sie bis dahin unter dem Eise gelegen hatte.

Mit zwei Browningspistolen hat sich gestern früh in einem Hotel in der Köpenicker Straße ein 23 Jahre alter Student der Medizin, Kurt Spindler aus Tübingen, erschossen. Auf dem Zimmer des jungen Mannes, der nur wenig Gepäck mit sich führte, fielen zwischen 3 und 4 Uhr morgens drei Schüsse Angelegte eilten hinzu und fanden ihn bereits in den letzten Zügen liegen. Als von der nächsten Rettungswache ein Arzt kam, war er schon tot. Spindler hielt in jeder Hand eine Browningspistole und hatte sich in den Kopf, den Mund und das Herz geschossen. Deshalb er in den Tod ging, ist noch nicht bekannt.

Vor den Augen seiner Mutter und Schwester überfahren und getötet wurde am Sonnabendnachmittag um 5 1/2 Uhr der vier Jahre alte Sohn Erich des Straßenbahnführers Müller aus der Graepfstraße 25 zu Treptow. Frau Müller ging mit ihrem 1 Jahr alten Tochterchen auf dem Arm in der Graepfstraße spazieren, während ihr Sohn sich an ihrem Kleide festhielt, als ein großer Hund gelassen kam. Der Knabe erlief, ließ die Mutter los und lief auf den Damm. Hier geriet er unter ein Arbeitsfahrzeug, dessen Räder über ihn über die Brust gingen. Vermunget wurde der Verunglückte mit einem anderen Wagen nach der Rettungswache am Köpenicker Bahnhof gebracht, wo aber die Ärzte nur noch seinen Tod feststellen konnten.

Ein schwerer Baunfall, wobei sechs Personen verletzt wurden, hat sich auf dem Neubau an der Ecke der Marienbader und Hundeshausstraße ereignet. Die Zimmerleute waren beim Nähten des Dachgeschoßes, als plötzlich ein langer Sparren brach. Sechs Zimmerleute, die auf dem Sparren gestanden hatten, stürzten in das untere Stockwerk hinab. Sie trugen sämtlich Verletzungen davon. Am schwersten verwundet waren die beiden Zimmerleute Dönhoff und Wawojinski aus Niddorf. Zwei hinzugekommene Ärzte konstatierten bei ihnen Armbrüche und erhebliche innere Verletzungen. Nach Anlegung von Rotverbänden wurden die beiden ins Krankenhaus gebracht. Die anderen Verunglückten, die Zimmerleute Müller, Gue, Walle und Schäfer hatten äußere Verletzungen erlitten. Die Ursache des Unfalles ist darauf zurückzuführen, daß in dem Sparren eine schadhafte Stelle war.

Der letzte Schritt eines Arbeitslosen. Aufsehen rief gestern nachmittag am Gröbenufer die Verzweiflungstat eines Arbeitslosen hervor. Der wohnungslose Arbeiter Albert Schläpfer stürzte sich vor den Augen zahlreicher Passanten in die Spree und ging unter. Im Rettungsdienst wurde er schließlich wieder aus dem Wasser herausgeholt und von einem Schutzmann nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

Der „Vertreter“ fürs Gefängnis. Ein Vorkommnis, das für die Beteiligten recht unangenehme Folgen haben dürfte, wird aus Väterberg gemeldet. Der Händler Paul K. aus der Dorfstraße hatte in Folge einer vierzehntägigen Strafe wegen Körperverletzung abzusitzen. Er kam auf den Gedanken, einen Vertreter an seiner Statt ins Gefängnis zu schicken und fand diesen auch in der Person des arbeitslosen Mechanikers Otto K. aus Friedrichshagen, welcher für die „Vertretung“ 30 M. erhalten sollte. K. brumnte denn auch. Die Sache kam aber doch am Tagelicht und nun wird K. außer den vierzehn Tagen noch längere Zeit gemeinsam mit seinem Vertreter in Folge zubringen müssen.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich in der vergangenen Nacht auf dem Köpenicker Platz zugetragen. Ein unbekannter etwa 60 Jahre alter weißhaariger Herr, der anscheinend nach dem Einhalten von Vahnhof wollte, wurde beim Ueberfahren des Radfahrens von einem Privatautomobil angefahren und niedergebissen. Der Kraftwagen ging über den Kreis hinweg und eine Strecke wurde der Verunglückte vom Hintereck mitgeschleift. Passanten schafften den Verunglückten in bestimmungslosem Zustande nach der Rettungswache in der Köpenicker Straße, wo der diensttunende Arzt bei ihm eine schwere Gehirnerschütterung feststellte. Der Zustand gilt als hoffnungslos.

Vorort-Nachrichten.

Niddorf.

„Der Wahlrechtstreit in Niddorf“ war das Thema, das die am 15. Januar stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands (Ortsverwaltung Niddorf) beschäftigte. Genosse Nagels als Referent legte eingehend die Geschichte dieses niederträchtigen Attentats auf die Wählerkraft dar und kennzeichnete in der schärfsten Weise das Verbrechen der Niddorfer Wahlrechtsträuer, wobei er es nicht unterließ, die Rolle, die das „Niddorfer Tageblatt“ in dieser Sache gespielt, in das rechte Licht zu rufen.

In der lebhaften Diskussion wurden gleichzeitig die Verhältnisse Niddorfs bezüglich der Konzessionsverlängerung für Gastwirte einer Kritik unterzogen. Es wurde bemängelt, daß man hier die Erteilung der Konzession von der Bedürfnisfrage abhängig mache, und daß selbst wenn diese Appelle glänzend überwunden wäre, die Polizeistunde für Gastwirtschaften im Winter schon um 10 Uhr, im Sommer um 11 Uhr eintrete.

Nach Schluß der Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 15. Januar 1908 tagende Generalversammlung der Ortsverwaltung Niddorf des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte sieht in dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Dezember vorigen Jahres eine schwere Einschränkung ihrer Rechte. Die Versammlung protestiert unkommerciell gegen den von der Mehrheit gefassten Beschluß, als gerade die Gastwirte in der Kommune doppelt und dreifach zu den Lasten derselben herangezogen werden. Sie protestiert energisch dagegen, daß trotz dieser starken Heranziehung zu den Lasten durch den gefassten Mehrheitsbeschluß erreicht wird, daß die große Mehrheit dieser Bürger in die dritte Wählerabteilung zurückgedrängt und damit ihr Recht in der Kommune ganz erheblich geschmälert und eingeschränkt wird. Die Versammlung ersucht deshalb den Magistrat zu Niddorf dringend, dem von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gefassten Beschluß seine Zustimmung zu verweigern.“

Der Vorstand des Vereins wurde beauftragt, diese Resolution dem Magistrat schriftlich zu übermitteln.

Bei der am Sonntag, den 17. Januar stattgefundenen Nachmittagsvorstellung im Niddorfer Theater ist einem Besucher irrtümlich an der Garderobe ein Regenschirm ausgehändigt worden. Es wird ersucht, denselben in der Parteipedition, Redakteurstraße 2, im Laden abzugeben. Der Bildungsausschuß.

Charlottenburg.

Francen in der städtischen Verwaltung. Auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Oktober 1907 betreffend die weitergehende Heranziehung von Frauen zur städtischen Verwaltung teilt der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung jetzt mit, daß in der Armenverwaltung zurzeit 28 Frauen tätig sind, und zwar 3 als Mitglieder der Armenverwaltung, 18 als Armenpflegerinnen, 1 als Oberin des Bürgerhauses und 6 in der Auskunftsstelle, die letzten 7 sind bezoldet. Der Magistrat ist bemüht, auf eine mögliche Vermehrung der Zahl der Armenpflegerinnen hinzuwirken, es fehlt aber an einer genügenden Zahl von Frauen, insbesondere im weiblichen Teil der Stadt, die als zur Annahme des Amtes geeignet und bereit, vorgeschlagen werden können. In der Waisenspflege sind tätig 3 Frauen als beratende Mit-

glieder der Deputation, 8 als Mitglieder der Pflegestellen- und Kleiderprüfungskommission, 148 als Waisenspflegerinnen, 108 als Pflegefrauen des freiwilligen Erziehungsvereins, und außerdem je 2 bezoldete Beamtinnen im Pflegestellenwesen und in der Generalbesuchsdienst. Die Deputation für die Gesundheitspflege verfügt über 5 Schwärmer in der Lungenschwammfürsorge und 5 Schwestern und zahlreiche ehrenamtlich tätige, auch einige bezoldete Frauen in den Säuglingsfürsorgestellen und der Vorerziehung für Schwangere. In der Schuldeputation befindet sich unter den 6 sachverständigen Mitgliedern eine Lehrerin, ferner ist ange stellt 1 Leiterin für Kindergärten und 1 Schulärztin für die gehobenen Mädchenschulen. Außerdem sind Lehrerinnen mit der Aufsicht über die Haushaltungsschulen betraut, auch sind Lehrerinnen und andere Frauen bereits vielfach zu Beratungen und Besprechungen herangezogen worden. Für das in der Einrichtung begriffene Wohnungsamt sollen gleichfalls Frauen als Wohnungspflegerinnen bestellt werden.

Der plutokratische Charakter des Dreiklassenwahlsystems zu den Stadtverordnetenwahlen kommt in folgenden Ziffern zum Ausdruck, die wir dem neuesten Verwaltungsbericht des Magistrats entnehmen. Im Jahre 1905 gehörten zu 88 810 Wählern 701 zur ersten, 4764 zur zweiten und 33 345 zur dritten Abteilung, im Jahre 1906 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 41 764, von ihnen waren 682 in der ersten, 5085 in der zweiten und 35 997 in der dritten Abteilung. Also, obwohl die Gesamtzahl der Wähler um etwa 3000 zugenommen hat, ist die Zahl der Wähler erster Klasse von 701 auf 682 zurückgegangen. Im Jahre 1907 gehörten von 44 194 Wahlberechtigten nur 696 zur ersten, 5400 zur zweiten, 38 098 zur dritten Abteilung. Nach Prozenten berechnet zählte die erste Abteilung im Jahre 1905: 1,80, im Jahre 1906: 1,03 und im Jahre 1907: 1,58 von je 100 Wählern, die Verhältnisse sind also von Jahr zu Jahr plutokratischer geworden. Die zweite Klasse zählte in den genannten Jahren 12,28 bezw. 12,18 bezw. 12,21 Proz., die dritte 85,92 bezw. 86,19 bezw. 86,21 Proz.

Nach deutlicher tritt der Geldcharakter des Dreiklassenwahlsystems zutage, wenn man bedenkt, daß man im Jahre 1905 „schon“ mit 2056,40 M. Steuern in die erste Klasse kam, im Jahre 1906 dagegen erst mit 2400,20 M., und im Jahre 1907 sogar erst mit 2852,40 M. Um Wähler zweiter Klasse zu werden, mußte man im Jahre 1905 239,60 M., im Jahre 1906 246,80 M. und im Jahre 1907 bereits 285,50 M. Steuern zahlen.

Zu dieser Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems kommt noch die ungerechte Einteilung der Wahlbezirke. Von den 8 Wahlbezirken der dritten Abteilung zählte im Jahre 1907 der erste 4888, der zweite 7890, der dritte 5967, der vierte 4388, der fünfte 3610, der sechste 4722, der siebente 8519, der achte 3376 Wähler. Die Unterschiede sind so gewaltig, daß der größte Bezirk, der zweite, mehr als doppelt so viel Wähler hat als der kleinste, der achte. Trotzdem wählen beide die gleiche Zahl von Vertretern. Auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion hat die Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre den Magistrat um eine anderweitige Einteilung ersucht. Es ist dringend notwendig, daß der Magistrat diesem Beschluß Folge leistet, damit wenigstens die Ungerechtigkeit der Einteilung der Wahlbezirke beseitigt wird. Auch ist mit Rücksicht auf die im Herbst bevorstehenden Ergänzungswahlen die baldige Befähigung der neuen Wahlbezirke erwünscht.

Schöneberg.

Der zahnärztliche Fürsorge für Schulkinder soll nunmehr auch hier nähergetreten werden. Umfangreiche Untersuchungen an vielen Orten haben das übereinstimmende Resultat ergeben, daß etwa 98 Proz. der Schulkinder an kranken Zähnen leiden. Es kann darum gar nicht genug getan werden, um nach dieser Richtung hin unsere Jugend zu schützen. Leider besteht in der Bevölkerung noch eine große Unkenntnis und geradezu häßliche Gleichgültigkeit in der Pflege der Zähne. Die Folge davon sind zahlreiche Kagen- und Darmkrankheiten, die durch schlechtes Gebiß verursacht werden. Dem soll nunmehr durch Errichtung von Schulzahnkliniken soweit als irgend möglich abgeholfen werden. Die Behandlung ist hauptsächlich auf die Erhaltung der erkrankten Zähne gerichtet. Die frühestmögliche Zahnreinigung soll verschwinden, denn der Zahnarzt soll erhalten, nicht zerstören. Um nun der Angst das die notwendige Vertrauen zu verschaffen, ist es notwendig, staatlich approbierte Zahnärzte, die keine Privatpraxis ausüben dürfen, anzustellen. Die Schulzahnklinik soll vorläufig den Kindern im vor- und mittelmittleren Alter, den Kindern der Volksschulen sowie auch den Kindern, die die höheren Schulen besuchen, soweit sie vom Schulgeld befreit und den Böglingen der Fortbildungsschule unentgeltlich zur Verfügung stehen. Die Kosten sind für die Stadt nicht allzu erheblich.

Groß-Lichterfelde.

Ein erschütternde Familientragödie spielte sich am Sonntag in der Chausseestraße 113 zu Groß-Lichterfelde ab. Dort tötete der 30jährige Schuhmacher Richard Braun seine beiden Kinder im Alter von 8 und 5 Jahren und sich selbst durch Einatmung von Leuchtgas. Die Leichen wurden nach dem Schauplatz gebracht. Ueber die näheren Umstände der Tat werden uns noch folgende Mitteilungen gemacht: In dem genannten Hause hat seit etwa einem Jahre der Schuhmachermeister Braun mit seiner Familie eine kleine Bekkerwohnung inne. Da es zwischen den Eheleuten wiederholt zu Zwistigkeiten kam, verließ Frau Braun vor einiger Zeit die Wohnung und zog zu Verwandten. Die beiden Kinder blieben bei dem Vater. Als sich am Sonntag in dem Hause ein intensiver Gasgeruch bemerkbar machte und man der Ursache nachging, fand man, daß der Gasgeruch aus der Braunkohlenwohnung drang. Da auf wiederholtes Klopfen nicht geöffnet wurde, vermutete man einen Unglücksfall und alarmierte die Feuerwehre. Diese verschaffte sich nun gewaltsam Zutritt zu der Kellerwohnung, die vollständig mit Gas angefüllt war. Nachdem sämtliche Gasohne, die offen standen, wieder verschlossen waren, fanden die Feuerwehrlente den Vater mit seinem dreijährigen Sohn in einem Bett tot liegend vor. In einem zweiten Bett lag der fünfjährige Sohn, der ebenfalls den Wirkungen des Gases schon erlegen war. Alle Wiederbelebungsbemühungen mit dem Sauerstoffapparat blieben erfolglos. Die herbeigerufenen Ärzte konnten bei allen drei Personen nur den Tod feststellen. Wie angenommen wird, hat Braun die Tat aus Gram über sein unglückliches Eheleben begangen. Die Kellerwohnung wurde polizeilich geschlossen.

Tempelhof.

Die Vernehmung der Gemeindevorsteher von 12 auf 15 verlangt ein Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins, welcher in der letzten Gemeindevorsteherwahl Gegenstand der Beratung war. Es ist nicht das erste Mal, daß die in der Gemeindevorsteherwahl noch nicht vertretenen sozialdemokratischen Arbeiterklasse einen solchen Antrag an das Ortsparlament gerichtet hat. Ingleich haben diesmal auch bürgerliche Vereine Anträge auf Vermehrung der Gemeindevorsteher gestellt. Wie immer, so fanden sich auch diesmal wieder einige Herren, die eine stilles Ablehnung der Anträge forderten. Insbesondere waren es Herr Lehne und der Direktor von der Industrie-gesellschaft. Herr Hartmann, die behaupteten, daß die bisherigen Vertreter sich den an sie gestellten Anforderungen gemessen gezeigt hätten. War es wirklich die Angst der Herren, daß durch eine Vermehrung der Vertreter die Sozialdemokratie Zugang in die Gemeindevorsteherwahl halten könnte, die sie zu Gegnern des Antrages machte? So besteht kein Zweifel darüber, daß nur durch einen Vertreter der Sozialdemokratie in der Gemeindevorsteherwahl ein anderer Geist eingeblasen würde.

Schließlich wurde beschlossen, die Anträge einer Kommission, bestehend aus fünf Mitgliedern, zu übermitteln.

Ein zweiter Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins, der die Errichtung eines Gewerbebeschwerdegerichts fordert, wurde bis zur

Inspektion eines besoldeten Schöffen, der gleichzeitig als Vorsitzender des Gerichts fungieren soll, verlangt. Die Verechtigung dieser Forderung wurde angesichts der raschen industriellen Entwicklung des Ortes anerkannt.

Nieder-Schönhausen.

Mit der Vermehrung der Polizeibeamten hatte sich in einer öffentlichen Sitzung der Amtsausschuss zu beschäftigen. Vom Polizeiwachmeister wurde beantragt, die Beamten zu vermehren mit der Begründung, daß in letzter Zeit eine große Anzahl von Diebstählen usw. vorgekommen seien, ferner gebrauchten die drei Nachtwächter, die nebenbei einen Tagesberuf haben, zu viel Zeit, bis sie ihren Bezirk durchwandert haben. Der Ausschuss wäre somit vollständig ungenügend, es müßten nachts ständig ein bis zwei Polizeibeamte die Straßen abpatrouillieren. Bürgermeister Abraham sowie Schöffe Sörger erkennen die Gründe als richtig an, können sich jedoch zur Verbilligung der Kosten auch nicht für einen Beamten entscheiden, da die augenblickliche Finanzlage der Gemeinde es nicht zuläßt, sie sind jedoch dafür, daß die Nachtwächter dem Amtsvorsteher als Nachtpolizeibeamte ganz zur Verfügung gestellt werden. Der Amtsvorsteher hat, den Betrag von 1600 M. wenigstens für einen Beamten zu bewilligen, die Vertreter des Gemeindevorstandes ließen sich jedoch nicht erweichen. Die Angelegenheit wurde vertagt bis nach Aufstellung des Etats. Beschlossen wurde noch der Erlass eines Nachtgesetzes zur Vorgebührenordnung, danach beträgt die Mindestgebühr 5 M. und für die Nachträge anstatt wie früher 5-25 Proz. von jezt ab 10-50 Proz. des Gebührensatzes.

Adlershof.

Die Regierung gegen die Arbeiterturnvereine. Seit der bekannten Verfügung des Ministers Dr. Holla im Jahre 1907, die von den Arbeiterturnvereinen angeführten Jugendabteilungen warnt und die Regierungen anweist, die Jugend von den staatsfeindlichen Bestrebungen dieser Vereine fernzubehalten, erfreuen sich die Arbeiterturnvereine der fortgesetzten Verurteilung durch die Behörden. Insbesondere wird an vielen Orten die Praxis angewendet, die Kinder nach den in den Arbeiterturnvereinen Unterricht erteilenden Turnwarten auszufragen, um dieselben dann der Regierung zu denunzieren. Letzteres Mittel ist fälschlich auch gegen die Jugendabteilung des hiesigen Arbeiterturnvereins angewandt worden. Nachdem die Lehrer in den Adlershofer Gemeindefschulen bei den Kindern Umfrage gehalten, wie die Turnwarten der Schülern- und Schülerinnensektionen des Arbeiterturnvereins zu Adlershof heißen und wo dieselben wohnen, wurden die Turnwarten plötzlich mit einer Verfügung von der Potsdamer Regierung bedacht, in welcher ihnen bei 20 M. Strafe das fernere Erteilen von Turnunterricht an Schülern verboten wird. Merkwürdigerweise wird der im Geruch des Patriotismus stehende „Deutsche Turnverein“ von solchen Verfügungen verdonnert. Die Turnwarten dieses Vereins sahen die bei den Turnwarten des Arbeiterturnvereins in Frage gestellte „Befähigung und sittliche Tüchtigkeit für den Unterricht und die Erziehung der jugendlichen Personen“ in ausreichendem Maße zu besitzen. Schon dieses Meinen mit zweierlei Maß muß bei den Schülern das Gegenteil dessen bewirken, was durch die Verfügung der Regierung beabsichtigt wird.

Pankow.

Bei den Gemeindevahlen ist es im ersten Bezirk, wie wir bereits in der Sonnabendnummer mitgeteilt haben, zu keinem endgültigen Resultat gekommen. Am Montag, den 25. Januar, findet die Stichwahl statt. Bei der Hauptwahl stimmten 1102 Wähler, die absolute Majorität beträgt also 552 Stimmen. Unsere Kandidaten erhielten 550 Stimmen, während auf die Blockkandidaten 581 resp. 528 Stimmen entfielen. Für die entschiedenen Demokraten wurden 19 resp. 15 Stimmen, außerdem 8 und 2 zerplitterte Stimmen abgegeben.

Wir fordern sämtliche Arbeiter, welche in der Zeit vom 1. Oktober 1907 bis Ende Januar 1908 am Orte (Bez. I) wohnhaft waren (ein Jahr lang), auf, am Montag, den 25. Januar, in der Zeit von 11-8 Uhr im „Kurfirsten“, Berliner Str. 102, zur Wahl zu erscheinen. Dem Block ist es lediglich durch die 23 ausgetriebenen Korrespondenzen gelungen, die Stichwahl herbeizuführen. Bei unseren Blockgegnern scheint es wegen der Leitung bei der Wahlagitatorien übrigen zu Unzufriedenheit gekommen zu sein. Der Reichsverband, welcher bei den letzten Wahlen noch die Führung über die bürgerlichen Vereine hatte, durfte sich diesmal lediglich als Gleichgestellter in den Kreis der Blockgegner einreihen. Die bekannten Praktiken des Reichsverbandes haben demselben selbst bei den Blockkandidaten bereits den Kredit geschnitten, daß sich der bürgerliche Wahlblock durch die „Vorort-Zeitung“ dagegen verbodert, unter der Führung des Reichsverbandes zu stehen. Trotzdem formell als Vorsitzender des Wahlblockschiffes ein anderer fungiert, zeichnet die Korrespondenzen der Reichsverbands-

führer Herbert Schmidt. Einer der Forensen, welcher von diesem Herrn unter Hinweis auf die nationalen Pflichten um Ueberlassung seiner Stimme ersucht worden war, sandte das erhaltene Schreiben an den sozialdemokratischen Wahlverein und bot diesem seine Stimme an. Wie verlautet, hat den Block die Wahlagitator bereits über 700 Mark gelöst, ein Beweis, daß unsere Gegner alles aufbieten, um uns den Sieg streitig zu machen, für uns ein Grund mehr, tatkräftig an die Stichwahl heranzugehen.

Lichtenberg.

In der Diphtherie erkrankt sind 15 Kinder der VII O-Klasse der 2. Gemeindefschule in der Dorfstraße. Die VII O-Klasse zählt zurzeit 82 Schülern. Um die weitere Verbreitung der furchtbaren Krankheit hindern zu können, wurde die Klasse vorläufig geschlossen und alle Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Vielleicht erinnert sich der Magistrat bei Anwendung der Vorsichtsmaßregeln auch der Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten, die ja leider bei dem mangelnden sozialen Empfinden der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und auch wohl der Magistratsmitglieder keine Berücksichtigung fanden. Die Sozialdemokraten forderten Maßnahmen, um weiterem Umsichgreifen der Unterernährung der Schulkinder zu begegnen. Zweifelslos finden die epidemischen Kinderkrankheiten dort ihre beste Brutstätte, wo es mit der Ernährung, der Wohnung, der Kleidung und der Pflege schlecht bestellt ist. Der Magistrat wird sich hoffentlich nunmehr die Anträge der Sozialdemokraten scheinlich zu eigen machen und eine Vorlage einbringen, um eine wirksame Schulpeinigung zu ermöglichen, um dadurch die infolge der Not und Arbeitslosigkeit eingetretene Unterernährung ganzer Familien zu verhindern.

Der Jahresbericht des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts wird veröffentlicht. Der Magistrat scheint auch auf diesem Gebiete der Stadtverordnetenversammlung einen weiteren Beweis der Verschwendung liefern zu wollen. Im Gegensatz zu früher, wo den Stadtverordneten ein gedruckter Bericht zugeht, werden diesmal die Zahlen in einem Uralsatte veröffentlicht. Es sind noch dem Bericht beim Gewerbegericht 365 Klagen (1907: 408 und 1906: 411) anhängig gemacht. Bei 148 Klagen betrug der Wert des Streitgegenstandes unter 20 M., bei 33 Klagen mehr als 100 M. 361 Klagen waren Arbeiter und 4 Arbeitgeber. Beim Kaufmannsgericht waren es 46 Handlungsgeschäften und 2 Kaufleute, die 48 Klagen anbrachten (1906: 35, 1907: 50 Klagen). In drei Fällen war der Streitgegenstand unter 20 M. und in acht Fällen über 300 M.

Die Klären des Reichsverbandes, in dessen Auftrage augenblicklich der frühere junge Mann des Herrn Stadtrat Koch die Provinz bereist, machen sich in dem hiesigen Organ immer mehr breit, wie folgender Wochensatz beweist:

Ausstellungen von Strafbüchern ereigneten sich vor dem Gasthaus Jahngrundstück in der Stegriedstraße. So wurden die zur Aufrechterhaltung der Ordnung patrouillierenden Beamten von hinten angegriffen, ohne daß es gelang, den Täter zu ermitteln! (So, so!) Infolge der polizeilichen Maßnahmen haben sich diese Ausstellungen in den letzten Tagen nicht wiederholt!

Luzere Polizei und mit ihr das Polizeibüro haben wirklich Pech! War nicht vor nicht langer Zeit eine fast wörtlich gleiche Notiz in demselben Blättchen, nur daß die „Täter“ nicht „gestiftet“, sondern mit Flegelsteinen die Beamten attackiert hatten, ohne — daß der oder die Täter von den Beamten festgesetzt werden konnten? Sonderbar!

Straßen.

Im Betriebe der Stralauer Glasfabrik ereignete sich am Freitag folgender Vorfall: Der Arbeiter Jahn war mit Abbremsen von Reisingteilen in der Verfahrfabrik beschäftigt. Dabei entwickelten sich Gase, welche auf den genannten Arbeiter so schädlich einwirkten, daß er von heftigem Erbrechen befallen wurde. Und obwohl sofort ärztliche Hilfe zur Stelle war, starb Jahn in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend nach qualvollem Leiden.

Rügeteilt wird uns, daß der Mann, in dem das Abbremsen vorgenommen wird, den polizeilichen Anforderungen nicht entsprechen soll und der Gewerbeinspektor gut tut, sich ihn einmal näher anzusehen.

Sohen-Neuendorf.

Arbeiter Sohen-Neuendorf! Heute Dienstag, den 19. Januar, nachm. 5 Uhr, findet im Lokal von C. Schulze, Berliner Straße 60, die Wahl einer Kommission zur Beratung des Sohen-Neuendorfer für die neu zu gründende Ortskrankenkasse Sohen-Neuendorf aus den Reihen der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber statt. Das Erscheinen aller in dieser Klasse versicherungspflichtigen ist dringend notwendig.

Sohen-Schönhausen.

Zum Kaktus-Ladenabschluss. Auch am hiesigen Orte fand auf Veranlassung des Zentralverbandes der Handlungsgeschäfte und gebilligten Deutschlands eine Abstimmung zwecks Einführung des Kaktus-Ladenabschlusses statt.

Von 48 in Frage kommenden Gewerbetreibenden erklärten sich 32 dafür, so daß gerade die Zweidrittelmehrheit erreicht ist.

Vermischtes.

Gefrandeter Dampfer. Am Sonnabend ist, wie aus Tugghaben gemeldet wird, bei der Insel Arrum der englische Dampfer „Hydra“ aus Leich gefrandet. Die Mannschaft dürfte ertrunken sein, da bereits Leichen angetrieben wurden.

Beim Eislauf ertrunken. Wie eine Meldung aus Geithain (Sachsen) besagt, brachen Sonntag nachmittag drei Knaben beim Eislaufen auf einem Teiche ein. Zwei sind ertrunken, der dritte konnte gerettet werden.

Zu der Grube verschüttet. Nach einer Meldung aus Königsbrunn fürzten auf dem Krughachte gewaltige Gesteinsmassen ab. Der Fährer Drabig aus Cotbus wurde verschüttet und konnte nur als Leiche geborgen werden. Mehrere andere Vergleute erlitten erhebliche Verletzungen.

Die Opfer des Eisenbahnunglücks. Aus Denver (Colorado) wird berichtet: Bei dem Zusammenstoß bei Greenwood Springs sind, wie nunmehr festgestellt ist, 21 Personen ums Leben gekommen und 40 verletzt worden.

Eine folgenschwerere Explosion. Aus Saragossa wird berichtet: In einer hiesigen Fabrik wurden durch die Explosion eines Dampfzylinders zwei Arbeiter und ein Werkmeister getötet und vier Arbeiter verletzt.

Die Cholera in Petersburg.

Während der letzten 24 Stunden sind, wie eine Meldung aus Petersburg besagt, wiederum 94 Cholerafälle vorgekommen, von denen 9 einen tödlichen Ausgang hatten.

Briefkasten der Redaktion.

Die türkische Schreckensnacht über Lindenberg Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 100 Jahre alt, ist am Sonntagabend um 7 1/2 bis 9 Uhr, bei kaltem, heftigen Wind, um 7 Uhr Sonnabend beginnt die Schreckensnacht um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Wunsch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten sind nicht erwünscht. Bis zur Veranwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte tragen Sie in der Schreckensnacht.

Die Musikal. Volksbibliothek befindet sich im Bureau des Berliner Landstättensystems, W. 57, Silesenstr. 81, Hof links 1. Trepp. Sie ist täglich von 11-12 Uhr vormittags geöffnet. — Heftige Beleid. H. 1. Die meinen wohl den Blinddarm, der bei den pflanzenfressenden Tugghatern eine für die Verdauung wichtige Rolle spielt, während er bei den Fleischfressern viel länger ist und ganz fehlen kann. — H. 2. 100. 100 000 M., außerdem freie Dienstwohnung. — Bild-Größe 100. Konstant 12 M. — H. 2. 79. Wenden Sie sich mit dem Manuskript an einen Verleger. — H. 3. 31. Das Selbststudium soll außerordentlich schwer sein. Buchhandlung Vorwärts. — H. 100. Unrechtes Erbschaftsrecht. Beschwerde an den Vorgesetzten des Salzsaunemeisters wäre zu empfehlen. — H. 6. 1262. 1 und 2. Es ergibt eine amtliche Aufforderung zur Anbahnung. 3. Gewiss. 4. Königliche Oberbehörde. 5. Die Bewährung der Studung oder Ablehnung derselben ist Sache der zuständigen Behörde. — Kurst. Genf. Wir empfehlen Geschäfte grundsätzlich nicht. Aber Ihrem Wunsch kommt auch bei Ihnen an Orte jedes größere Verlagsgeschäft nach. — H. 1000. Ja. — H. 2. 25. 1. Direktorium der Deutschen Bank, Berlin. 2. Geschäftsleitung der Firma H. B., Berlin. — H. 1. 75. 1. Aufschlag an den Vorortverkehr. 2. Ob eine Forderung eintritt, ist uns nicht bekannt. — H. 10. Auf Antrag bei der Landesversicherungsanstalt in der Sallastraße Lindenberg. — H. 3. 007. Arzt oder Hebamme. — H. 8. 1. Fragen Sie einen Fachmann. 2. Leider nein. — H. 3. 2274. Am 18. Oktober 1896.

Word in Lichtenberg. Die Wirtschaftlerin des Gastwirtsbesizers Wehr in Lichtenberg. 20. Januar 08. — Otto Krüger, Adersdorf. 1. Von Berlin: fälschlich. 2. Mittelverdienst. — H. 6. 171. Norddeutsche Textilgenossenschaft, Berlin W. 52, Rönneburger Straße 21. — H. 3. 18. Bezeichnet eine benutzte Stahlarbeit. — H. 3. 74. Nein. — H. 8. 100. Nein. Die Aufsichtsbekörde hat Einspruch erhoben. — H. 3. 11. 1. R. 1 bis 16. Dordagen-Rummelsburg. 2. Lichtenberg. 3. 100. 4. Vor Ablauf des bestehenden Monats. 5. Einjährig Militärdienstgelder 300 000 M. — H. 3. 70. Versuchen Sie es im Laboratorium von Dr. C. Engel, Friedrichstr. 125. — H. 3. 43. Adalbertstraße 41. — H. 3. 777. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69. — Streckenfeuer. Nein, nicht mehr. — Wilhelm Lud. Sammet und Seide, nicht. — Hermann, Dörfelberg. 1. Germanischer Abstammung. 2. Ja. Durch die Buchhandlung Vorwärts. 3. Ja. 4. Nein. 5. Ja. — Ein alter Abonnent. Vielleicht durch ärztliche Maßnahme und Selbstheilung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 19. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Sardanapal. Anfang 8 Uhr. Königl. Schauspielhaus. Hof. Hof. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Was ihr wollt. Nachmittags 4 Uhr: Der Apotheker. Der betrogene Kahl. Kammerstücke. Der Graf von Gleichen. Festung. Der König. Verliere. Einer von unsrer Leut'. Neues. Israel. Neues Schauspielhaus. Kabarett. Kleines. Moral. Komische Oper. Alesand. Hebbel. Frau Warrens Gewerbe. Can. 10 Uhr. Neudenz. Kammerspiele. Schiller. Komische Guckel. Schiller. Charlottenburg. Charly's Lande. Friedrich-Wilhelmstädt. Zufaren. Dehen. Der tapfere Soldat. Thalia. Meister Kahl. Lullien. Das Mädchen auf Irwegen. Trianon. Der Satyr. Neues Operetten. Die Doktorprinzessin. Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelsheil. Carl Hoyerhaus. Spezialitäten. Bernhard Hoyer. Dräberlein fein. Gastspiel-Theater. Der Pfennigretter. Bürgerl. Schauspielhaus. Fräulein Doktor. Gebrüder Herzfeld. Die beiden Hündelband. Hysterie. Lullien. Spezialitäten. Metropol. Donnerwetter. — fabellos. Wintergarten. Spezialitäten. Poffoge. Spezialitäten.

Kaisers. Die Diamant. Spiegel. Reichenhagen. Steiner Sänger. Wolhalla. Spezialitäten. Folies Caprice. Serous (Hefina. Lustige Ehemann (Hef. 8 1/2 Uhr.) Cabarett. Die tolle Solo. Ein Berliner muß es sein. Spezialitäten. Parodie. 2 1/2-7. Die Zauberflöte. Anfang 8 1/2 Uhr. Urania. Tanzkabarett. Anfang 8 1/2 Uhr. Abends 8 Uhr: Nische 58 zum zweiten Katarakt. Hofaal 5 1/2 Uhr: Prof. Dr. S. Donath: Optik. 8 Uhr: Dr. W. Scheffer: Das Sehen und der Ertrag der Augenwelt durch photographische Bilder. Sternwarte. Jonaheum. 9 1/2 Uhr.

Neues Theater.

Täglich 8 Uhr: Freitag zum Besten der in Westfalen Braungeladen: Zum erstenmal: Die fremde Frau. (La femme X...)

Theater des Westens.

Mittwoch 8 Uhr: Der tapfere Soldat. Mittwoch und Sonnabend nachm. 4 Uhr keine Preise: Dornröschen. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Dienstag, 19. Januar, Anfang 8 Uhr: Sufarenfieber. Mittwoch: Im vorigen Hef. Donnerstag: Sufarenfieber. Freitag: König Christian II.

Bernhard Rose Theater.

Dr. Franzfurter Str. 122. Abends 8 Uhr: Grädellein fein. Mittwochs: Die Räuber.

Schiller-Theater.

O. (Wasser-Theater.) Dienstag, abends 8 Uhr: Komtesse Guckel. Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schöningh und Franz Roppel-Gilch. Mittwoch, abends 8 Uhr: Komtesse Guckel. Donnerstag, abends 8 Uhr: Charly's Tante.

Berliner Theater.

Heute 8 Uhr: Einer von unsrer Leut'. Morgen: Einer von unsrer Leut'.

Lustspielhaus-Redoute.

Beginn 10 Uhr. Hebbel-Theater Königgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr: Frau Warrens Gewerbe.

Neues Operetten-Theater.

Schiffbauers. am 25. a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Abends 8 Uhr: „Kümmere Dich um Amelie.“ Schwan in drei Akten (oder Bildern) von Georges Feydeau.

W. Noacks Theater.

Opernhaus. am 25. Januar 1908. Der größte Erfolg der Saison! Einer von unsrer Leut'. Volkshaus mit Gesang und Tanz. F. Gluth mit eigenen Liedern zur Seite als G. H. Anfang 8 1/2 Uhr. Ende 30 M. Donnerstags-Vorstellung: Don Erker.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Tandenstraße 43/49. Abends 8 Uhr: Eine Nilfahrt bis zum zweiten Katarakt. 6 1/2 Uhr: Prof. Dr. B. Donath: Optik.

Gastspiel-Theater.

Köpenicker Straße 68. 8 Uhr: Der Pfennigretter.

Metropol-Theater.

Täglich 8 Uhr: Donnerwetter — fabellos! Rovno in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.

Rixdorfer Theater.

Bergstraße 117. Mittwoch, den 20. Januar 1908: Der G'wissenswurm. Sauerfontäne in 3 Akten v. Ludwig Witzengruber. Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater.

Burgstraße 24. 2 Minuten vom Bahnhof Dörfel. Das Monstre-Januar-Programm. 12 Attraktionen 12 unter anderem: Sign. Milano. Prima Galietta vom Scala-Theater in Mailand.

Am Brunnen vor dem Tore.

Volkshaus mit Gesang in 1 Akt. Familienaktien, halbe Preise, wochentags abends 8 Uhr.

Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-saal Moabits. Alt-Moabit 48. (Tel. II 2402.) Donnerstag, den 21. Januar 1908: Das Vörlé.

Wahalla-Wand-Theater.

Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor. Abends 8 Uhr: Großartiges Spezialitäten-Programm. Der Badfahrer Dick, u. a. Salis. Kostale über eine mit Personen besetzte Dreifache. Im Tunnel: Vordiesfest. Regimentskapellen etc. Theate-besucher haben freien Eintritt.

Casino-Theater.

Polstinger Str. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 21. Januar! Ueber 70 Mal ausverkauft!

Die Dianabäder.

Ab Freitag, den 22. Januar Neu! „Ruhland.“ Neu! Sonntag 4 Uhr: Mutter Grabert.

Folies Caprice.

Durchschlagender Erfolg! Ein lediger Ehemann. Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner Ulk-Trio.

Felix Sehouer U. (Stralauerstr. 1.)

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
 Dienstag, 19. Januar 1909,
 abends präz. 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
 Um ca. 9 1/2 Uhr:
 Die neueste Ausstattungs-Gantom.
Auswanderer! Besonders
 Strandung eines Ozeandampfers.
Lebendig begraben.
 3 Meter unter der Erde.
 Mit Surajah, d. weibl. Fakir!
Neu! Neu!
Die Granathos!
 Ferner: Das Mascoffe-Trio, Fel.
 Kartha Robate, Schulfreierin,
 Herr Ernst Schumann, Reudress,
 und das große
Gala-Programm.

Zirkus Schumann.
 Heute, Dienstag, abends 7 1/2:
Große Vorstellung.
 Unvergleichlich! **Vact**



aus d. Her. vierdecker Madantun L.
 wirklich sensationell ist das erstklassige
 Galaprogramm sowie das Manège-
 Pracht-Schauspiel
 Der See-
 räuber „Golo“ und Mädchen-
 händler.

Allen Freunden, Verwandten und
 Bekannten, welche bei der Beerdigung
 meines lieben Mannes, des Schrift-
 legers
Carl Lindenberg,
 die letzte Ehre erwiesen haben, sowie
 für die zahlreichen Kranz- und
 Blumenspenden, besonders dem Per-
 sonal der Firma Otto Glöner, Dramen-
 schreibe, und dem Seglerklub Wendens-
 löhde, sage hiermit meinen tiefgefühl-
 testen Dank.
 Auguste Lindenberg,
 Romintener Straße 45 L.

Dr. Schünemann
 Spezial-Arzt für 60833
**Haut- und Hautleiden,
 Frauenkrankheiten.**
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Sozialdemokrat. Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Giralauer Viertel.
 Bezirk Nr. 351b.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Arbeiter
Gustav Hodorf
 Kopenickstr. 27
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 20. Januar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Central-Friedhofes in
 Friedrichshagen aus statt.
 215/7 **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
 Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1 Tr.
Zehrplan für das 1. Quartal 1909.
 Montag: **Naturerkenntnis.** (Zweiter Teil).
 Die Entstehung der Erde. Die Erdzeitalter. Die Entwicklung
 des Lebens und die Urzeugung. Darwin und der Darwinismus.
 Die Entstehung der Arten. Die Beweise für die Abstammungs-
 lehre. Die körperliche und geistige Entwicklung des Menschen.
 Vortragender: Emanuel Warm.
 Dienstag: **Gesetzeskunde.** (Deutsches Reichsstrafrecht).
 I. Die Entwicklung des deutschen Strafrechts: Von der Buße
 zur Kriminalstrafe. Volkrecht und Juristenrecht. Strafrechts-
 greuel und Milderungen. Das geschriebene Strafrecht bis zum
 Landesstrafgesetzbuch. Die strafrechtlichen Nebengesetze.
 Landesstrafrecht. II. Das geltende Strafrecht. Allgemeiner Teil:
 Voraussetzungen der Strafbarkeit. Strafausschließungs-, Milde-
 rungs- und Verschärfungsgründe. Einteilung der strafbaren
 Handlungen und der Strafen. III. Besonderer Teil. Die ein-
 zelnen Straftaten in bezug auf: 1. Staat und öffentliche Ord-
 nung (Hoch- und Landesverrat. Majestätsbeleidigung. Aufrubr
 und Widerstand gegen die Staatsgewalt usw. Religionsvergehen).
 2. Rechte- und Verkehrssicherheit (Meineid. Münzfälschung.
 Urkundenfälschung). 3. Ehe und geschlechtliche Sittlichkeit.
 4. Persönliche Freiheit (Freiheitsberaubung und Nötigung) und
 Ehre (Beleidigung). 5. Leben und Gesundheit (Tötung, Körper-
 verletzung, Zweikampf, Verletzung der Arbeiterschutzgesetze).
 6. Vermögen (Diebstahl und Unterschlagung. Raub und Er-
 pressung. Hehlerei. Betrug und Untreue. Wucher. Zoll- und
 Jagdvergehen). 7. Sachbeschädigung und gemeingefährliche
 Handlungen. 8. Amts- und Berufsvergehen. 9. Uebertretungen.
 10. Spezialgesetze Militärstrafrecht. IV. Der Strafvollzug.
 Haupt- und Nebenstrafen. Polizeilicher Strafvollzug. Die Jugend-
 lichen im Strafrecht. V. Wesen und Zweck des Strafrechts.
 Strafrechtstheorien und Tatsachen. Schutz der Gesellschaft und
 Unterdrückung. Besitz und Autorität als maßgebende Interessen.
 Klassenrecht und Klassenjustiz. Der Mißbrauch des Strafrechts
 und die Strafrechtsreform. Ersatz der Strafe durch Sozial-
 politik, Erziehung und Anstalt. Sozialismus und Strafrecht.
 Vortragender: Simon Katzenstein.
 Mittwoch: **Gewerkschaftswesen.** (Die Praxis der Gewerk-
 schaftsführung).
 Grundsätze der modernen Gewerkschaftsorganisation. Gewerk-
 schaftliche Demokratie und Disziplin. Kleingewerkschaft.
 Versammlungsleben. Taktik bei Lohnkämpfen. Aufgaben der
 Arbeiterausschüsse. Unsere Stellung zu den gewerkschaftlichen
 Organisationen. Fachpresse (Berichterstattung usw.). Statistik.
 Literatur.
 Vortragender: Emil Dittmer.
 Donnerstag: **Rednerschule.**
 1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. Die
 Grenzen der natürlichen Beredsamkeit. Die Redekunst. Die
 Rede nach Form und Inhalt. Dispositionslehre. 2. Technische
 Hilfsmittel: Die Registratur. Die Nachschlage-Bibliothek. Das
 Manuskript. 3. Praktische Übungen im Reden und Dis-
 kutieren.
 Vortragender: Max Grunwald.
 Freitag: **Nationalökonomie.** (Einführung in die National-
 ökonomie. Zweiter Teil).
 Das geschichtliche Eingreifen des Kapitals in die Produktions-
 bedingungen. Der Charakter der Wirtschaftsgeschichte seit
 dem Ausgang des Mittelalters. Die Entwicklung der mittel-
 alterlichen Produktionsweise über Kooperation und Manu-
 faktur hinweg bis zur großen Industrie der Gegenwart. Der
 Einfluß dieser geschichtlichen Umwälzungen auf die Lage der
 Arbeiterklasse.
 Vortragender: Julian Borchardt.
 Sonnabend: **Geschichte.** (Geschichte des Sozialismus. II. Teil).
 Sozialismus und Arbeiterbewegung in der ersten Hälfte des
 19. Jahrhunderts. 1. Die industrielle Revolution in England;
 Robert Owen. 2. St. Simon und Fourier. 3. Chartisten-
 bewegung und Sozialismus. 4. Das französische Proletariat
 und die französischen Sozialisten zur Zeit des Bürgerkönig-
 tums. 5. Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung; Weitling.
 6. Marx und Engels. Die Grundlage des wissenschaftlichen
 Sozialismus. 7. Kommunistenbund und Kommunistisches
 Manifest. 8. Von der Februarrevolution zur Junischlacht.
 9. Proletariat und Sozialismus in der deutschen Revolution.
 10. Die französische Arbeiterbewegung bis zum Staatsstreich
 Louis Napoleons.
 Vortragender: Dr. A. Conrady.
Fortschrittskursus.
 Dienstag: **Historischer Materialismus.** Einführung in
 die historische Methode des wissenschaftlichen Sozialismus.
 (Praktische Anwendungen).
 Vortragender: Dr. A. Conrady. Dieser Kursus findet im
**Verbandshaus der Gastwirtsgehilfen, Große
 Hamburger Straße 18/19, statt.**
Rummelsburg.
 Donnerstag: **Geschichte.** Geschichte des neun-
 zehnten Jahrhunderts. (Zweiter Teil).
 1. England zur Zeit der Chartistenbewegung und der Anti-
 korngesetzgebung. Frankreich unter dem Bürgerkönigtum.
 Februarrevolution. 2. Deutschland und Italien vor dem tollen
 Jahr. Die Märzrevolutionen. 3. Der Niedergang des Chari-
 tismus. Die Pariser Junischlacht. Die Wahl Louis Napoleons.
 4. Die deutschen Parlamente. Wiener Oktoberrevolution. Der
 Staatsstreich in Preußen. Italien. 5. Die Zeiten der Reichs-
 verfassungskampagne und des Krieges in Ungarn. 6. Frank-
 reich bis zum Staatsstreich. 7. Die fünfziger Jahre.
 Italien. Polen und Rußland. Bürgerkrieg in Amerika. 8. Die
 Internationale. Lassalles Agitation. Die Konfliktzeit. 1863.
 9. Die Zeiten des siebenjährigen Krieges und der Pariser Kommu-
 ne. 10. Ueberblick über die Geschichte der letzten Jahrzehnte des
 Jahrhunderts.
 Vortragender: Dr. A. Conrady. Dieser Kursus findet im Lokal
 der Witwe Weigel, Türschmidtstr. 45, statt und beginnt
Donnerstag, den 21. Januar 1909.
Lichtenberg.
Nationalökonomie. Grundzüge der Finanzwissen-
 schaft.
 1. Begriff und Inhalt der Finanzwissenschaft. Finanzwirtschaft.
 Staatsfinanzwesen. Budget. 2. Staatsausgaben. 3. Staatsein-
 nahmen: Erwerbseinkünfte. Abgaben. Gebühren. Steuern.
 4. Staatsschuldenwesen. 5. Die Finanzen des Deutschen
 Reiches und der Bundesstaaten. 6. Die Reichsfinanzreform.
 Vortragender: Max Grunwald. Dieser Kursus findet im Restau-
 rant Paul Schwarz, Dorfstraße 25/26, statt und beginnt
am Freitag, den 22. Januar 1909.
 In Berlin beginnt der Unterricht in **Naturerkenntnis**:
 Montag, 19. Januar; **Gesetzeskunde**: Dienstag, 19. Januar; **Gewerk-
 schaftswesen** (Fortschrittskursus): Dienstag, 19. Januar; **Gewerk-
 schaftswesen**: Mittwoch, 20. Januar; **Rednerschule**:
 Donnerstag, den 21. Januar; **Nationalökonomie**: Freitag, den
 22. Januar; **Geschichte**: Sonnabend, 23. Januar.
 Zum **Fortschrittskursus** werden nur zirka 25 Teilnehmer
 zugelassen, welche schon mindestens einen Kursus in Geschichte
 oder Nationalökonomie besucht haben müssen. Meldungen zu
 diesem Kursus sind bis zum 14. Januar an den Vorsitzenden zu
 richten.
 Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt
 pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr. Die
 reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr
 geöffnet.
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichts-
 geld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens
 am zweiten Abend zu zahlen.
 Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten
 bei Beginn jedes Kursus im Schullokal **Grenadierstraße 37,
 Hof geradezu 1 Treppe**, und in nachstehenden Zahlstellen:
**Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel,
 Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravendstr. 6; Horsch,
 Engelauer 15.**
 Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Otto
 Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstraße 70 III, rechts**, Gold-
 sunden an den Kassierer **H. Königs, Berlin S. 53, Hasen-
 heide 53**, zu senden.
Der Vorstand.

Gebrüder
Herrnfeld-
 Anfang Theater. Vorverk.
 8 Uhr. 11-2 Uhr.
 57 Kommandantenstr. 57.

WINTERGARTEN
 Heispielloser Erfolg:
FRAGSON
 der polyglotten Vortragskünstler am
 Klavier in seinem Repertoire.
Olga Desmond
 die Berühmtheit
 der Schönheitsabende
 in ihren neuen Tanzweisen
 sowie das übrige von Publikum
 und Presse glänzend beurteilte
 Januar-Programm.

Hygienische
 Bedarfsartikel. Neues Katalog
 m. Empfehl. viel Arznei u. Prof. grat. u. ir.
 H. Unger, Gummwarenfabrik
 Berlin NW. Friedrichsallee 91/92

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
4. Berliner Reichstagswahlkreis
 Götlicher Viertel.
 Bezirk Nr. 217, Teil II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Bier-
 abzieher
Gustav Rother
 Wiener Str. 57
 gestorben ist. 215/8
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 19. Januar, nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Emmaus-Kirchhofes in
 Grig aus statt.
Der Vorstand.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Klempner
Paul Schwittai
 am 17. d. M. an Lungenerleiden
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 20. d. M., nach-
 mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Emmaus-Kirchhofes in
 Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.
 Regge Beteiligung erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Die beiden
Bindelhands
 und der neue
Künstlerteil

Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Willi Agoston
 in der tollen Burleske
Berlin im L. L.
 (Berlin im lenkbaren Luftschiff)
 und das grandiose
Januar-Programm.
 10 erstklass. Nummern!

Passage-Panoptikum.
 Neu! Neu!
 Ein Stündchen im Himmelreich.
 Gr. Ausstattung. Foerie im Fest-
 saal des Zwischengeschosses.
Die singenden Engelsköpfechen.
 Mysteriöse Illustrationsvorst.
Das Bärenweib,
 lobend.
 Alles ohne Extra-Entree.

Variété-Brillant
 (City-Passage)
 Dresdenstr. 52, 3 Annenstr. 42/3
 Täglich
Intern. Ringkampf-Konkurrenz
 um den goldenen Meister-
 schaftsgürtel von Berlin
 und
M. 1500 in bar.
 Vorb. d. großart. Edg.-Prog.
 Anf. 8, Beg. d. Ringl. 9 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf., tel. Platz 1,-.

Königstadt-Kasino.
 Potsdamstr. 72.
 Täglich: Konzert, Theater und
 Spezialitäten-Vorstellung.
 Auftreten erstklassiger Kräfte.
Franz Sobanski
 Original Charakter. — Joe de Diaz.
 Lola Strella. — Jim und Jam.
Häsen-Erfolg!
Am Brunnen vor dem Tore.
 Singpiel von Otto Richter.
 Anf. d. Vorst. 8, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Vuhlmanns Theater
 Schönhauser Allee 148.
 Heute:
Bernhard Rose - Theater.
 Zur Aufführung gelangt:
Bocksprünge.
 Anfang 8 Uhr.

Berliner Eis-Palast
 Täglich geöffnet von morgens 10 Uhr
 bis nachts 12 Uhr.
Konzert u. Kunstlaufen

Grand-Hotel-Festsäle
 Am Alexanderplatz. 8. Jermlich.
 Täglich
Bier-Kabarett.
 Anfang 9 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
 Heute sowie täglich (außer Sonnabends):
Große Münchener Bock-Feste
 Der berühmteste Festwirt
Schorsch Ehrengruber
 aus München mit seiner Truppe (60 Mit-
 wirkende). — Bodienung: 30 Bayr. Mad'ln.
Schönste Alpendekoration.
 Avis! Freitag, den 22. Januar:
Das große Pferdewettrennen.
 6 Geldpreise — 100 M. bar.
 Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluß:
 Der
Kompagnieball
 Militär-Nummerette von
 Wenzel. Anfang wechsent.
 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Arnold Scholz **Neue Welt** **Hasenheide**
 108-114
 Täglich:
Bockbier-Fest
 in den bayerischen Alpen.
Heute:
Gratisverlosung einer Küchen-Einrichtung
 im Werte von 120 Mark.
 Verlosung 11 Uhr auf der Bühne. Jedes an der Kasse
 gelöste Billett nimmt an der Verlosung teil.
 Meldet sich der Gewinner nicht nach 20 Minuten, so
 wird der Gewinn weiter verlost.
 Anfang 7 Uhr. Billett 30 Pf.

Calmon's Hansa
 leichte, schmiegsame
Gummischuhe
 aus feinstem Gummi hergestellt,
 besonders widerstandsfähig.
**Wir hatten für die
 Güte jedes Paares.**
 Fordern Sie neues Musterbuch V.

Sanssouci, Kottbuser
 Straße 6
 Direktion Wilhelm Reimer.
 Heute Dienstag:
Gr. Versammlung.
 Sonntag, Montag und
 Donnerstag:
Hoffmanns Nordl. Sänger
 Beg. Sonnt. 6, wochent. 8 U.
 Morgen Mittwoch:
Theater-Abend.
Othello.
 Donnerstag: **Große Elite-
 Soiree. Tanz.**

Friedr. Rosenbaum
 am Sonnabend, den 16. Januar,
 entlassen ist. 6146
 Dies zeigen hier beirbt an
Famille H. u. F. Rosenbaum.
 Die Beerdigung findet Mitt-
 woch 3 Uhr in Neu-Huhndorf statt.

Margarete Jähre
 geb. Schley.
 Um Hilfe Einnahme bitten
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 19. Januar, nach-
 mittags 3 Uhr, vom Trauerhaus
 Dorfstraße 18, aus statt. 57/8

Salamander
 Schuhges. m. b. H., Berlin
 Zentrale: W. 8, Friedrichstr. 182
 C. Königstr. 47
 Einheitspreis
 für Damen M. 3.50
 für Herren M. 4.50
 SW. Friedrichstr. 221
 C. Rosenthalerstr. 1
 W. Potsdamerstr. 5
 NW. Wilsnackerstr.
 Ecke Turmstr. 9
 W. Tauentzienstr. 15

Der blutige Pantoffel
 an der Kirchhofsmauer.
„Horlekin und Puppe“
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Gustav
Behrens-
Theater.
 Goltzstr. 9.
 Das vollständig neue
 Karneval-Programm!
Der blutige Pantoffel
 an der Kirchhofsmauer.
„Horlekin und Puppe“
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Verdichtung. 6006
 Die Beerdigung meiner lieben
 Frau **Emma Nitschke** findet
 heute nachmittags 3 1/2 Uhr auf
 dem Friedhof der Freiwilligen
 Gemeinde, Rappell-allee, statt.
Franz Nitschke.

Luisen-Verband
 für die vielen Beweise bei der Be-
 erdigung meiner lieben Frau
Luisen Nonjuweit
 lagen wir allen Verwandten und Be-
 kannten sowie dem Ober- und den
 Kollegen der Firma Rosenfeld unsern
 herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Calmon's Hansa
 leichte, schmiegsame
Gummischuhe
 aus feinstem Gummi hergestellt,
 besonders widerstandsfähig.
**Wir hatten für die
 Güte jedes Paares.**
 Fordern Sie neues Musterbuch V.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluß:
 Der
Kompagnieball
 Militär-Nummerette von
 Wenzel. Anfang wechsent.
 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.

Gustav
Behrens-
Theater.
 Goltzstr. 9.
 Das vollständig neue
 Karneval-Programm!
Der blutige Pantoffel
 an der Kirchhofsmauer.
„Horlekin und Puppe“
 und die übrigen erstklassigen
 Spezialitäten.
 Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Verdichtung. 6006
 Die Beerdigung meiner lieben
 Frau **Emma Nitschke** findet
 heute nachmittags 3 1/2 Uhr auf
 dem Friedhof der Freiwilligen
 Gemeinde, Rappell-allee, statt.
Franz Nitschke.

Luisen-Verband
 für die vielen Beweise bei der Be-
 erdigung meiner lieben Frau
Luisen Nonjuweit
 lagen wir allen Verwandten und Be-
 kannten sowie dem Ober- und den
 Kollegen der Firma Rosenfeld unsern
 herzlichsten Dank.
 Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Gründung des Zentralverbandes der Hausangestellten.

Eine Konferenz zum Zwecke der einheitlichen Organisation der Diensthöten hatte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zum 17. Januar nach Berlin — Gewerkschaftshaus — einberufen.

In einer Begrüßungsansprache bemerkte Genosse Regien, die Konferenz stehe vor einer sehr bedeutungsvollen Aufgabe. Gerade unter den Diensthöten stellt sich der Organisation große Schwierigkeiten entgegen.

In das Bureau, welches von den Mitgliedern der Generalkommission Regien, Bauer und Cassenbach gebildet war, wurden noch Hrl. Grünberg, Nürnberg als 2. Vorsitzende und Frau Kähler, Hamburg als 2. Schriftführerin gewählt.

- 1. Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten.
2. Beratung des Statuts.
3. Beratung über Herausgabe einer Verbandszeitung.
4. Wahl des Vorstandes.

Das einleitende Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung übernahm der Genosse Bauer: Der noch sehr jungen Dienstbotenbewegung, so führte er aus, ist von den Gewerkschaften große Aufmerksamkeit gewidmet worden.

sprach er die verschiedenen Gefühlsordnungen in deutschen Staaten. Er gab zum Schluß der Heberzeugung Ausdruck, daß es mit der Unterstützung der gesamten Arbeiterchaft gelingen werde, die Gefühlsordnungen zu überwinden und modernen Anschauungen zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Eine Diskussion fand nicht statt. Einstimmig wurde die Gründung eines Zentralverbandes der Hausangestellten Deutschlands beschlossen. Es folgte die Beratung des Statuts.

Als Zweck des Verbandes wurde festgelegt, die Förderung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen seiner Mitglieder. Dies soll geschehen durch die Einwirkung auf die Gestaltung des Dienstvertrages, Gewährung von Krankenunterstützung und Rechtschutz, Errichtung kostenloser Stellennachweise für die Mitglieder, obligatorische Forderung des Verbandsorgans und Pflege der Geselligkeit und der Solidarität durch Abhaltung regelmäßiger Versammlungen und Veranstaltung ausflügender Vorträge.

Ein Antrag, ein Eintrittsgeld von 20 Pf. zu erheben, fand Annahme.

Als monatlicher Beitrag wurde 40 Pf. festgesetzt. Wo jezt höhere Beiträge erhoben werden, soll der Ueberschuß als Lokalbeitrag gelten.

Als Krankenunterstützung zahlt der Verband nach einjähriger Mitgliedschaft bis zu 18 Mk. und zwar pro Woche 3 Mk. von der zweiten Woche an; bei zweijähriger Mitgliedschaft erhöht sich die Unterstützung bis zu 21 Mk.

Freier Rechtschutz wird den Mitgliedern nach 3 Monaten Mitgliedschaft gewährt in Streitigkeiten, die aus dem Dienstverhältnis entspringen.

In bezug auf den Stellennachweis hatte die Generalkommission vorgeschlagen, daß die einzelnen Ortsgruppen mit der Zustimmung des Verbandsvorstandes Stellennachweise errichten können, sofern nicht am Orte ein städtischer Arbeitsnachweis vorhanden ist, dessen Einrichtungen den von der Arbeiterschaft zu stellenden Ansprüchen genügen und auf dessen Verwaltung der Arbeiterschaft Einfluß besteht.

Die Konferenz entschied sich für den Vorschlag der Generalkommission mit dem Zusatz, daß die städtischen Nachweise auch den Ansprüchen der Verwaltung des Verbandes genügen müssen.

Zur Frage des Verbandsorgans lagen verschiedene Anträge vor. Von Hamburg war beantragt, die „Gleichheit“ einzuführen; der Berliner Verein trat für die jezt bestehende und in 11 Städten vorbereitete Monatschrift ein; die Generalkommission beantragte, der Verband solle das Berliner Organ übernehmen und als Verbandszeitung obligatorisch einführen.

Die Konferenz nahm den Antrag der Generalkommission an. Die Zeitung erscheint als Fortsetzung der Berliner Monatschrift und führt auf Antrag des Mannheimer Vereins den Titel „Zentralorgan des Verbandes der Hausangestellten Deutschlands“.

Die Statuten wurden im übrigen, wie von der Generalkommission vorgeschlagen, angenommen. Zum Schluß wurde noch die Notwendigkeit der Mitwirkung der Gewerkschaftslactelle bei der neuen Organisationsarbeit betont und der Wunsch ausgesprochen, daß die Kartelle Einrichtungen treffen, um stellenlosen oder weisenden Mädchen Unterkunft zu gewähren.

Nach kurzen Ansprachen der beiden Vorsitzenden hatte die Konferenz ihre Ende erreicht.

Antlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. Marktlage: Fleisch: Zufuhr kurz, Geschäft reger, Preise nachgebend, für Kalbfleisch un verändert.

Witterungsübericht vom 18. Januar 1909, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometere-höhe mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C. and Stationen, Barometere-höhe mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C.

Wetterprognose für Dienstag, den 19. Januar 1909. Etwas mürmer bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden und zunehmender Bewölkung; geringe Niederschläge.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns: Wasserstand, am 17. 1., seit 17. 1., am 18. 1., seit 18. 1., Wasserstand, am 17. 1., seit 17. 1., am 18. 1., seit 18. 1.

+ bedeutet Hoch, - Fall, - ? Unterpegel, - ? Eisstand, - ? Eisgang, - ? Treibeis, - ? eisfrei.

Ganz Berlin freut sich

über die vorzügliche Qualität und den großen Erfolg der Bouillon-Würfel Marke „Krone“

Man weise minderwertige Nachahmungen zurück.

Nährmittelgesellschaft „Krone“, Michaelis & Co., Berlin SW. 29.



1 Würfel 5 Pfennig

Überall käuflich.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41.

Blumen- und Franzbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.

Erfahrener Tischler als Tischler, Schreiner oder Maler für größere Tischlerei mit Maschinenbetrieb gelagert. Offerte erbeten postlagernd 21* Greifswald. 5185*

Leihhaus Gelegenheitskäufe vorfall. Gold- und Silbersachen, Brillanten etc. Seit 25 Jahren. Ecke Ritterstr. Prinzenstr. 28 1

Sin Tümp vor Schlaflosigkeit



veranlaßt viele, namentlich Nervöse, abends und nachts vom Kaffeegenuß abzusehen, trotzdem sie sehr gern dieses bevorzugte Genußmittel trinken würden.

Das Vertrauen der Hausfrau

Man verlange auch beim Nachfüllen ausdrücklich echte MAGGI-Würze und lasse sich nichts anderes aufreden.

hat sich wohl selten ein Produkt in so hohem Grade erworben wie

MAGGI'S Würze mit dem Kreuzstern

Sie ermöglicht große Ersparnis im Haushalt.

- Probeküchlein 10 Pfg. -



MAGGI's guto, sparsamo Küche"

